



Wählen ab 16

Ein Beitrag zur nachhaltigen
Steigerung der Wahlbeteiligung

Robert Vehrkamp, Niklas Im Winkel und Laura Konzelmann

Wählen ab 16

Ein Beitrag zur nachhaltigen
Steigerung der Wahlbeteiligung

Robert Vehrkamp, Niklas Im Winkel und Laura Konzelmann

Inhalt

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	6
Vorwort	8
Über die Studie	10
I. Im Fokus: Wählen ab 16	12
Ein Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung	
1. Wahlmüde Jungwähler:	14
Vier (bittere) Wahrheiten und ein Mythos	
<i>Die jüngeren Wähler werden weniger. Gleichzeitig ist ihre Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich und sozial besonders selektiv. In den Wahlergebnissen sind sie schon heute deutlich unterrepräsentiert. Das war nicht immer so.</i>	
2. Was passiert, wenn nichts passiert:	18
Weiter sinkende Wahlbeteiligung durch negative Kohorteneffekte	
<i>Die geringe Wahlbeteiligung der Jüngeren schadet der Demokratie. Über Alters- und Kohorteneffekte bestimmt sie auch das Niveau der Gesamtwahlbeteiligung. Eine weiter sinkende Erstwahlbeteiligung führt langfristig zu einer weiter stark sinkenden Wahlbeteiligung.</i>	
3. „Was Hänschen lernt, verlernt Hans nimmermehr“:	20
Nachhaltig steigende Wahlbeteiligung durch Erstwählermobilisierung	
<i>Die Erstwahlbeteiligung erweist sich als ein strategischer Hebel für die Gesamtwahlbeteiligung: Steigt die Erstwahlbeteiligung um ein Drittel, führt das allein langfristig zu einem Wiederanstieg der Gesamtwahlbeteiligung auf etwa 80 Prozent.</i>	
4. Nur wer die Wahl hat, muss sich auch entscheiden:	22
Wie „Wählen ab 16“ das politische Interesse Jugendlicher stärkt	
<i>Politisches Interesse führt zu einer verstärkten Wahlbeteiligung. Der Zusammenhang gilt aber auch umgekehrt: Das eigene Wahlrecht und die Teilnahme an Wahlen stabilisiert und erzeugt politisches Interesse.</i>	
5. Aktivierung ist nötig und möglich:	24
Warum Wahlen in den Schulalltag gehören	
<i>„Wählen ab 16“ ist kein Selbstläufer. Nur wenn es durch nachhaltige Aktivierungsmaßnahmen für die Jugendlichen begleitet wird, erhöht es die Erstwahlbeteiligung. Gelingt das, ist „Wählen ab 16“ ein nachhaltiger Beitrag zur Steigerung auch der Gesamtwahlbeteiligung.</i>	



II. Wählen ab 16 – Erfahrungen und Lehren aus Österreich und drei deutschen Bundesländern	26
<i>In Österreich und in drei deutschen Bundesländern, Bremen, Brandenburg und Hamburg, wurde das Mindestwahlalter bereits auf 16 Jahre herabgesetzt. Die Erfahrungen zeigen: Viele der gängigen Vorurteile gegen eine Herabsetzung des Wahlalters erweisen sich als Mythen. Die Jugendlichen interessieren sich für Politik, wollen wählen, können auch wählen und sind durch gezielte Begleitmaßnahmen aktivierbar. Die Erfahrungen zeigen aber auch: Zur nachhaltigen Steigerung der Erstwählerbeteiligung bedarf es einer langfristigen Unterstützung und Begleitung der Jugendlichen bei ihrer politischen Sozialisation – in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld und vor allem in den Schulen.</i>	
III. Kohortenanalyse der Wahlbeteiligung in Deutschland – Ergebnisse einer Simulationsrechnung 2017–2049	52
<i>Die für diese Studie durchgeführten Szenarien- und Prognoserechnungen zur langfristigen Entwicklung der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Deutschland zeigen: Eine nachhaltig höhere Erstwählerbeteiligung erhöht langfristig auch die Gesamtwahlbeteiligung. Über Alters- und Kohorteneffekte wirkt die jeweilige Einstiegswahlbeteiligung eines Altersjahrgangs langfristig nach. In jeweils zwei verschiedenen Mobilisierungs- und Demobilisierungsszenarien wird die Wahlbeteiligung bis zur Bundestagswahl 2049 prognostiziert.</i>	
Anhang	71
Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zum Thema „Wählen ab 16“ durchgeführt hat.	
Literaturverzeichnis	86
In a Nutshell	90
Über die Autoren	93
Impressum	98

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Kapitel I.

Abbildung 1:	Fokusgrafik: Hebelwirkung auf die Wahlbeteiligung durch Absenkung des Wahlalters	13
Abbildung 2:	Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Altersgruppen	14
Abbildung 3:	Über- und Unterrepräsentation der Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2013	16
Abbildung 4:	Demobilisierungsszenarien der Wahlbeteiligung 2017-2049	19
Abbildung 5:	Mobilisierungsszenarien der Wahlbeteiligung 2017-2049	20
Abbildung 6:	Politisches Interesse der 16- und 17-Jährigen in Österreich vor und nach Absenkung des Wahlalters im Jahr 2007	23
Abbildung 7:	Akzeptanz schulischer Begleitmaßnahmen zur Wahlaktivierung	25

Kapitel II.

Abbildung 8:	Politisches Interesse der Jugendlichen in Deutschland steigt an	32
Abbildung 9:	Politisch interessierte Erstwähler gehen häufiger zur Wahl	33
Abbildung 10:	Politisches Interesse der 16- und 17-Jährigen steigt in Österreich nach Absenkung des Wahlalters an	34
Abbildung 11:	Politisches Interesse der 16- und 17-Jährigen steigt nach der Nationalratswahl 2013 an	35
Abbildung 12:	Wahlbeteiligung der jungen Wähler bei den Gemeinde- und Kommunalwahlen in Wien (2010) und Krems (2012)	36
Abbildung 13:	In Hamburg und Brandenburg nutzen die 16- und 17-Jährigen die Chance zur Wahlteilnahme	37
Abbildung 14:	In Bremen nutzen die 16- und 17-Jährigen die Chance zur Wahlteilnahme	39
Abbildung 15:	Junge Wähler nutzen die Möglichkeiten des Hamburger Wahlsystems viel stärker als Ältere	42
Abbildung 16:	Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung der Jugendlichen	50



Kapitel III.

Abbildung 17:	Angenäherte Wahlbeteiligung, 2013	55
Abbildung 18:	Nettoeffekt Kohorten	57
Abbildung 19:	Nettoeffekt Alter	57
Abbildung 20:	Mittlerer Nettoeffekt Kohorten	58
Abbildung 21:	Mittlerer Nettoeffekt Alter	59
Abbildung 22:	Prognostizierter Alterseffekt	61
Abbildung 23:	Prognostizierter Kohorteneffekt (Basisszenario)	62
Abbildung 24:	Prognostizierte Wahlbeteiligung	63
Abbildung 25:	Prognostizierte Wahlbeteiligung nach Altersgruppen, 2029	66
Tabelle 1:	Zukünftige wahlberechtigte Bevölkerung	60
Tabelle 2:	Prognostizierte Wahlbeteiligung und Nettoeffekte, Basisszenario	64
Tabelle 3:	Prognostizierte Wahlbeteiligung der 50-Jährigen	65
Tabelle A:	Prognostizierte Wahlbeteiligung und Nettoeffekte, Demobilisierungsszenario 1	67
Tabelle B:	Prognostizierte Wahlbeteiligung und Nettoeffekte, Demobilisierungsszenario 2	67
Tabelle C:	Prognostizierte Wahlbeteiligung und Nettoeffekte, Mobilisierungsszenario 1	68
Tabelle D:	Prognostizierte Wahlbeteiligung und Nettoeffekte, Mobilisierungsszenario 2	68

Vorwort

Die seit Jahren sinkende Wahlbeteiligung auf allen staatlichen Ebenen schadet der Demokratie. Sie verschärft die politische Ungleichheit, da der Rückgang nicht über alle Bevölkerungsschichten hinweg gleichmäßig geschieht. Vor allem die sozial schwächeren Milieus unserer Gesellschaft nehmen weniger am Prozess der politischen Willensbildung teil. Die dazu von der Bertelsmann Stiftung vorgelegten Studien zur Bundestagswahl 2013 und zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen 2015 zeigen: Unsere Wahlergebnisse sind sozial nicht mehr repräsentativ. Deutschland ist zu einer sozial gespaltenen Demokratie geworden.

Das Nichtwählerproblem ist zu lange verharmlost worden. Inzwischen hat jedoch eine politische und öffentliche Diskussion darüber begonnen, wie die Wahlbeteiligung in Deutschland stabilisiert, erhöht und vor allem sozial wieder weniger selektiv werden kann. An dieser Debatte möchte sich die Bertelsmann Stiftung beteiligen; die vorliegende Studie „Wählen ab 16 – Ein Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung“ ist dazu ein erster Schritt.

Ein Blick in die Statistik zeigt die Bedeutung des Themas: Die Erst- und Jungwähler werden im Zuge des demographischen Wandels nicht nur zahlenmäßig immer weniger. Auch ihre Teilnahme an Wahlen ist unterdurchschnittlich und sozial noch einmal deutlich selektiver als die Gesamtwahlbeteiligung. Für die langfristige Entwicklung der Wahlbeteiligung wirkt sich die niedrige Wahlbeteiligung der Erstwähler negativ aus: Ist die Einstiegswahlbeteiligung niedrig, so bleibt auch die Wahlbeteiligung im weiteren Leben niedrig – und umso mehr wird dadurch die Gesamtwahlbeteiligung nach unten gezogen.

Die politische Sozialisation der jungen Wähler und welche Auswirkungen diese auf deren zukünftige Wahlbeteiligung im weiteren Leben hat, sind deshalb ein wichtiger Hebel für die Gesamtwahlbeteiligung: Je früher und je häufiger sich Erst- und Jungwähler beteiligen, umso höher ist auch das langfristige Niveau der Wahlbeteiligung. Das zeigen die Ergebnisse der für diese Studie durchgeführten Simulationsrechnungen sehr deutlich: Schon eine Steigerung der Erstwahlbeteiligung um weniger als ein Drittel würde die Gesamtwahlbeteiligung langfristig wieder auf knapp 80 Prozent erhöhen. „Wählen ab 16“ ist deshalb nicht nur jugendpolitisch ein wichtiges Thema, sondern mit Blick auf die Stabilisierung der Wahlbeteiligung auch dauerhaft ein bedeutender Hebel.



„Wählen ab 16“ ist allerdings kein Selbstläufer. Die vorliegende Studie zeigt auch, dass eine Herabsetzung des Wahlalters allein die Erstwahlbeteiligung noch nicht erhöht. Das geht aus der Analyse der entsprechenden Erfahrungen in Österreich und in drei deutschen Bundesländern hervor. Nur mit gezielten und nachhaltigen Begleitmaßnahmen zur Aktivierung der Erstwähler lassen sich durch eine Herabsetzung des Wahlalters langfristige Erfolge zur Steigerung der Wahlbeteiligung erzielen.

Die Chancen für eine erfolgreiche Einführung von „Wählen ab 16“ auf Bundesebene haben sich auch in Deutschland in den letzten Jahren verbessert: Die aktuelle Shell Jugendstudie zeigt deutlich, dass das politische Interesse Jugendlicher wieder steigt; daneben nimmt auch ihre Engagementbereitschaft zu und ihre Distanz zu den etablierten demokratischen Institutionen verringert sich. Darauf könnte eine generelle Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre aufbauen, diesen erfreulichen Trend stabilisieren und verstärken und gleichzeitig einen nachhaltigen Beitrag zur Erhöhung der Gesamtwahlbeteiligung leisten.



Dr. Jörg Dräger,
Mitglied des Vorstands
der Bertelsmann Stiftung



Prof. Dr. Robert Vehrkamp,
Direktor des Programms
Zukunft der Demokratie

Über die Studie

Die vorliegende Studie besteht aus drei Teilen

Der erste Teil beschreibt in fünf Kernbotschaften, wie und unter welchen Voraussetzungen „Wählen ab 16“ einen Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung leisten kann. Dem liegen verschiedenen Daten und Quellen zugrunde: Die Daten zu den Anteilen der Altersgruppen an den Wahlberechtigten und zu deren Wahlbeteiligung stammen aus den repräsentativen Wahlstatistiken des Bundeswahlleiters. Die Aussagen zur sozialen Selektivität bei Jugendlichen beruhen auf einer empirischen Analyse des GLES-Datensatzes (German Longitudinal Election Study). Zudem basieren die Argumente auf den beiden nachfolgenden Studienteilen: Die Kernbotschaften zwei und drei werden im dritten Teil, vier und fünf im zweiten Teil der Studie ausführlich erläutert und belegt. Aussagen zum politischen Interesse der Jugendlichen stammen aus der aktuellen Shell Studie „Jugend 2015 – Eine pragmatische Generation im Aufbruch“.

Ferner werden Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt hat, vorgestellt. In der Zeit vom 1. September 2015 bis zum 12. September 2015 wurden insgesamt 1402 Personen mündlich-persönlich („face-to-face“) befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Quotenverfahren, die Stichprobe ist damit für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland repräsentativ, das heißt, die präsentierten Ergebnisse können – abzüglich einer bei Repräsentativbefragungen unvermeidlichen statistisch bedingten Unschärfe von etwa 3 Prozentpunkten – auf die Gesamtbevölkerung verallgemeinert werden. Die Befragung hat die IfD-Archivnummer 11045, die Ergebnisse sind vollumfänglich im Anhang dargestellt.

Im zweiten Teil der Studie werden Erfahrungen mit der Herabsetzung des Wahlalters in Österreich und den drei deutschen Bundesländern Bremen, Brandenburg und Hamburg analysiert. Die Daten für die Untersuchung basieren für die drei Bundesländer auf den Wahlanalysen und repräsentativen Statistiken des Statistischen Landesamtes Bremen, des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein und des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg; zudem auf Veröffentlichungen der Landeszentralen für politische Bildung, der Landesjugendringe und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Für Österreich liegen keine Wahlstatistiken vor, es existiert aber eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten, insbesondere die Veröffentlichungen im Rahmen der nationalen Wahlstudie AUTNES (Austrian National Election Study). Diese Studien basieren weitestgehend auf Nachwahlbefragungen. Dadurch unterscheiden sich die vorliegenden Daten deutlich von denen für die deutschen Bundesländer: In Österreich gibt es einerseits mehr Daten und Veröffentlichungen, die neben der Wahlteilnahme zum Beispiel auch Informationen zu politischen Einstellungen bieten. Andererseits ist die Qualität der Daten nicht so hoch, da bei den Befragungen in Österreich die üblichen



methodischen Probleme aufgetreten sind: Die Abfrage des Wahlverhaltens unterlag Verzerrungen durch sozial erwünschtes Antwortverhalten („Overreporting“ etc.) und bei einem Teil der Erhebungen ist der Stichprobenumfang leider nur gering.

Der dritte Teil der Studie zielt darauf ab, Änderungen in der Wahlbeteiligungsrate, die sich aus Verschiebungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung ergeben, zu bestimmen. Diese Untersuchung basiert vornehmlich auf den Daten der repräsentativen Wahlstatistik für die Bundestagswahlen in Deutschland, die vom Bundeswahlleiter bereitgestellt werden. Mit Ausnahme der Wahljahre 1994 und 1998 liegen Angaben zur Wahlbeteiligung von 1953 bis 2013 vor. Ein entscheidender Vorteil dieser Daten im Vergleich zu Umfragedaten ist, dass damit tatsächliches im Gegensatz zu berichtetem Verhalten erfasst wird; Verzerrungen durch „Overreporting“ stellen damit keine Fehlerquelle dar. Die Zeitreihe wird durch Imputationsverfahren mithilfe von „exit polls“ der Jahre 1994 und 1998 komplettiert. Des Weiteren werden Statistiken über die Altersstruktur verwendet, die beim Statistischen Bundesamt verfügbar sind. Die für die bisherige Wahlgeschichte ermittelten Befunde werden unter bestimmten Annahmen auf die zukünftige Bevölkerung angewendet. Dies stellt einen Versuch dar, den Einfluss gesellschaftlicher Alterungsprozesse auf die Wahlbeteiligung abzuschätzen. Die dafür herangezogenen Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung stammen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

I. Im Fokus: Wählen ab 16 – Ein Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung

Robert Vehrkamp

Die Wahlbeteiligung der Erstwähler spielt für das langfristige Niveau der Gesamtwahlbeteiligung eine entscheidende Rolle. Das liegt an den Alters- und Kohorteneffekten der Wahlbeteiligung: Die Höhe der Erstwahlbeteiligung eines Jahrgangs bestimmt für seinen gesamten (Wahl-)Lebenszyklus das Niveau seiner Wahlbeteiligung. Das bedeutet: Über diese Alters- und Kohorteneffekte der Wahlbeteiligung lässt sich langfristig auch das Niveau der Gesamtwahlbeteiligung nachhaltig beeinflussen.

Gelingt es, durch „Wählen ab 16“ die Einstiegswahlbeteiligung deutlich zu erhöhen, dann stabilisiert und erhöht das langfristig und nachhaltig auch die Gesamtwahlbeteiligung. „Wählen ab 16“ führt also immer dann – aber auch nur dann – zu einer nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung, wenn es durch die Absenkung des Wahlalters gelingt, die Erstwahlbeteiligung deutlich zu erhöhen (vgl. Fokusgrafik). „Wählen ab 16“ ist deshalb kein Selbstläufer. Es bedarf einer aktiven Begleitung und Aktivierung der Erstwähler in den Schulen, in den (sozialen) Medien und im sozialen Umfeld der Erstwähler.

Wie stark jedoch die Hebelwirkungen einer erhöhten Wahlbeteiligung der Erstwähler für die Gesamtwahlbeteiligung sind, zeigen die Ergebnisse dieser Studie:

Eine Steigerung der Erstwahlbeteiligung um 20 Prozentpunkte ab der Bundestagswahl 2017 würde auch die Gesamtwahlbeteiligung langfristig wieder auf knapp 80 Prozent erhöhen.

Gelingt es also, durch „Wählen ab 16“ die Erstwahlbeteiligung nachhaltig zu erhöhen, kann „Wählen ab 16“ auch bei den Bundestagswahlen einen nachhaltigen Beitrag zur Stabilisierung und Steigerung der Gesamtwahlbeteiligung leisten.

Dennoch wächst die Zustimmung zu einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre in der Bevölkerung nur langsam. Obwohl inzwischen acht Bundesländer bei Kommunal- und/oder Landtagswahlen das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt haben, ist die Zustimmung zu „Wählen ab 16“ auch bei den Bundestagswahlen zwischen 2008 und 2015 nur leicht von lediglich neun Prozent auf nunmehr 13 Prozent aller Befragten angestiegen. Knapp acht von zehn (79 Prozent) aller Menschen in Deutschland sprechen sich derzeit für die Beibehaltung des jetzigen Mindestwahlalters von 18 Jahren aus (vgl. dazu Anhang).

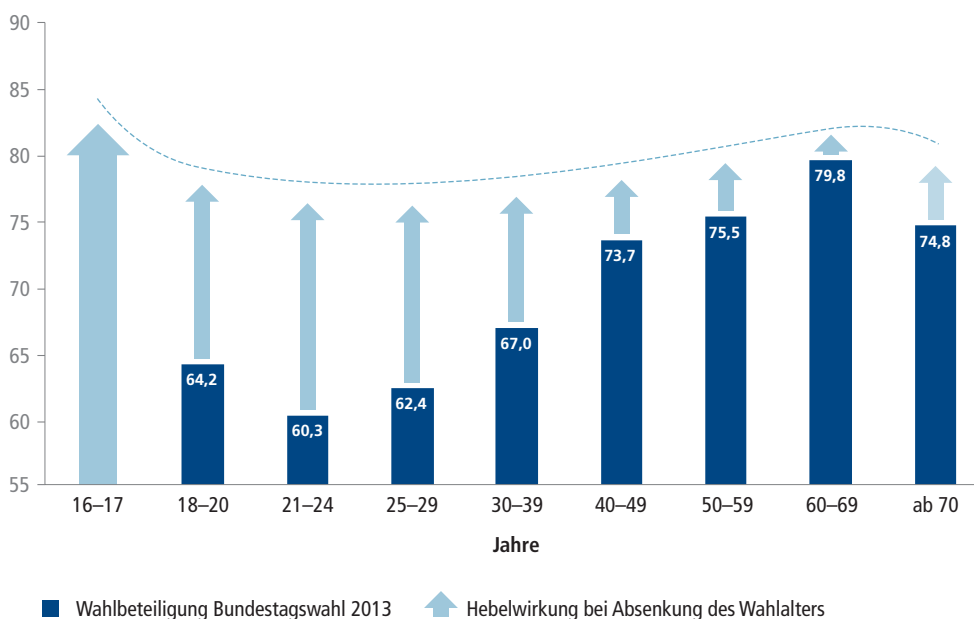


Das zeigt: Auch politisch ist „Wählen ab 16“ kein Selbstläufer. Das war aber auch die erste Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre im Jahr 1970 nicht. Noch zwei Jahre vor der ersten Herabsetzung des Wahlalters wurde auch diese von 52 Prozent aller Westdeutschen abgelehnt. Erst nach öffentlicher Diskussion des Themas waren dann 1970 nur noch 28 Prozent aller Westdeutschen dagegen, während eine deutliche Mehrheit von 58 Prozent das neue Wahlalter inzwischen befürwortete.

Deutlich höher ist die Zustimmung zu einer weiteren Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre schon heute bei den betroffenen Jungwählern selbst: Knapp ein Viertel (23 Prozent) der unter 29-Jährigen und etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent) der 16- und 17-Jährigen befürworten das „Wählen ab 16“, während fast neun von zehn (87 Prozent) der über 60-Jährigen es lieber beim jetzigen Mindestwahlalter belassen würden.

Fokusgrafik:
Hebelwirkung auf die Wahlbeteiligung durch Absenkung des Wahlalters

Angaben in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2013, eigene (Szenario-)Berechnung.

BertelsmannStiftung

1. Wahlmüde Jungwähler: Vier (bittere) Wahrheiten und ein Mythos

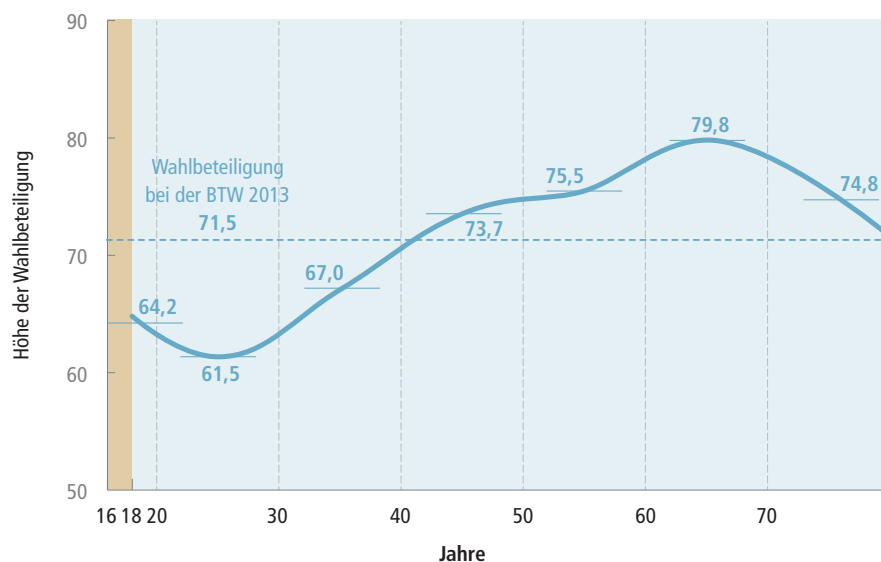
Die jüngeren Wähler werden weniger. Gleichzeitig ist ihre Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich und sozial besonders selektiv. In den Wahlergebnissen sind sie schon heute deutlich unterrepräsentiert. Das war nicht immer so.

Der Anteil der Erst- und Jungwähler an allen Wahlberechtigten sinkt seit mehr als drei Jahrzehnten und wird auch in Zukunft weiter abnehmen. Seit der Bundestagswahl 1980 hat sich der Anteil der Erstwähler auf lediglich noch 3,5 Prozent aller Wahlberechtigten nahezu halbiert. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der unter 30-Jährigen an allen Wahlberechtigten um mehr als ein Viertel von 22,5 Prozent auf nur noch 16,4 Prozent bei der Bundestagswahl 2013 gesunken. Dieser Trend wird sich aufgrund des demographischen Wandels weiter fortsetzen.

Gleichzeitig beteiligen sich die Jüngeren unter den Wahlberechtigten nur unterdurchschnittlich an Wahlen. Das zeigt die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Altersgruppen:

Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Altersgruppen

Angaben in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiter (tatsächliche Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, Wahlbeteiligung der Altersgruppen nach repräsentativer Wahlstatistik), eigene Berechnung und Darstellung.

| BertelsmannStiftung



Die Wahlbeteiligung der unter 21-Jährigen lag bei der Bundestagswahl 2013 bei 64,2 Prozent. Damit lag die Erstwahlbeteiligung zwar um sieben Prozentpunkte unterhalb der durchschnittlichen Gesamtwahlbeteiligung (71,5 Prozent), jedoch gleichzeitig um knapp drei Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung der 21- bis 29-jährigen Zweit- und Drittwähler. In der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen stieg die Wahlbeteiligung dann zwar auf 67,0 Prozent an, blieb aber noch immer unterdurchschnittlich. Erst in der Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen lag die Wahlbeteiligung mit 73,7 Prozent erstmals oberhalb der durchschnittlichen Gesamtwahlbeteiligung, um dann bis zur Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen bis auf knapp 80 Prozent anzusteigen. Bei den über 70-Jährigen ging die Wahlbeteiligung dann wieder leicht zurück, blieb aber mit 74,8 Prozent überdurchschnittlich.

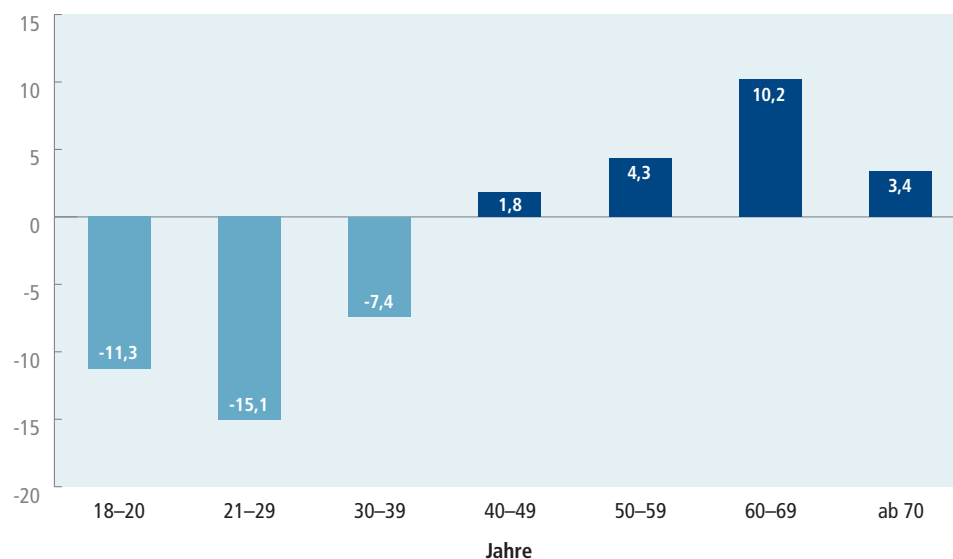
Im Gesamtbild zeigt sich für die Bundestagswahl 2013 damit ein sehr typischer (Wahl-)Lebenszyklus: Nach einem bereits unterdurchschnittlichen Einstiegsniveau der Erstwähler erreicht die Wahlbeteiligung in der Altersgruppe der 21- bis 29-jährigen Zweit- und Drittwähler ihren Tiefpunkt, um dann im weiteren Verlauf des Lebens kontinuierlich anzusteigen, und erst bei den über 70-Jährigen wieder leicht abzuflachen.

Besonders gering ist die Wahlbeteiligung bei Erst- und Jungwählern aus den sozial benachteiligten und bildungsferneren Milieus. Die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung ist bei den Jüngeren noch ausgeprägter als im Durchschnitt aller Wahlberechtigten. Das zeigen die GLES-Umfragewerte zur Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Während bei allen Wahlberechtigten die Wahlbeteiligung der bildungsschwächsten Wahlberechtigten (ohne Schulabschluss bzw. mit Volks- und Hauptschulabschluss) um 15,6 Prozentpunkte unterhalb der Wahlbeteiligung der bildungsstärksten Gruppe aller Wahlberechtigten (Fachhochschulreife, Abitur) lag, betrug dieser Unterschied in der Gruppe der 18- bis 29-jährigen Wahlberechtigten 51,9 Prozentpunkte. Das heißt: Die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung ist bei den jüngeren Wählern noch einmal mehr als dreifach so stark ausgeprägt wie bei allen Wahlberechtigten.

Als Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine zunehmende Unterrepräsentation der Jüngeren in den Wahlergebnissen entstanden. Vergleicht man den Anteil der verschiedenen Altersgruppen an allen Wahlberechtigten mit ihrem jeweiligen Anteil an den Wählern, lässt sich daraus die prozentuale Über- bzw. Unterrepräsentation der verschiedenen Altersgruppen im Wahlergebnis berechnen:

Abbildung 3: Über- und Unterrepräsentation der Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2013

Prozentuale Abweichung des Anteils der jeweiligen Altersgruppe an den Wählern von ihrem Anteil am Elektorat.



Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2013, eigene Berechnung und Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Am stärksten unterrepräsentiert ist im Wahlergebnis der Bundestagswahl 2013 die Gruppe der 21- bis 29-jährigen Jungwähler. Ihr Anteil an allen Wählern lag um mehr als 15 Prozent unterhalb ihres Anteils an allen Wahlberechtigten. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für die Gruppe der unter 21-jährigen Erstwähler, deren Anteil an den Wählern um mehr als ein Zehntel unterhalb ihres Anteils an allen Wahlberechtigten lag. Das Gegenteil zeigt sich in der wählerstärksten Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen. Ihr Anteil an allen Wählern lag um mehr als ein Zehntel über ihrem Anteil an allen Wahlberechtigten.

Im Gesamtbild zeigen sich damit vier (bittere) Wahrheiten zur Lage der wahlmüden Jungwähler in Deutschland: Sie werden zahlenmäßig und als Anteil an allen Wahlberechtigten deutlich weniger, sie beteiligen sich darüber hinaus deutlich seltener und sozial selektiver an Wahlen, und sie sind deshalb bereits heute im Wahlergebnis der Bundestagswahl strukturell unterrepräsentiert.



Auch die beruhigende Lesart „das sei schon immer so gewesen“ erweist sich als ein Mythos. Denn die Ergebnisse dieser Studie zeigen auch: Noch bis in die 1990er Jahre wirkte sich die Wahlbeteiligung der Erst- und Jungwählerkohorten sogar positiv auf die Gesamtwahlbeteiligung aus. Erst Ende der 1990er Jahre wurde der Einfluss negativ, d. h. die strukturell unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung der Jüngeren wirkte sich im weiteren Zeitverlauf über die Alters- und Kohorteneffekte negativ auf die Gesamtwahlbeteiligung aus.

Diesem ersten Strukturbruch in der Wahlbeteiligung der Jüngeren in den 1990er Jahren könnte nun ein zweiter Strukturbruch in den Bundestagswahlen ab 2017 folgen, wenn immer mehr junge Menschen aus typischen Nichtwählermilieus ins wahlberechtigte Alter kommen. Folgen sie dem Beispiel ihres sozialen Umfelds und werden überdurchschnittlich häufig auch selbst zu dauerhaften Nichtwählern, führt allein dieser Effekt einer weiter zunehmenden sozialen Spaltung der Wahlbeteiligung auch in Zukunft zu einer stetig weiter sinkenden Gesamtwahlbeteiligung in Deutschland.

2. Was passiert, wenn nichts passiert:

Weiter sinkende Wahlbeteiligung durch negative Kohorteneffekte

Die geringe Wahlbeteiligung der Jüngeren schadet der Demokratie. Über Alters- und Kohorteneffekte bestimmt sie auch das Niveau der Gesamtwahlbeteiligung. Eine weiter sinkende Erstwahlbeteiligung führt langfristig zu einer weiter stark sinkenden Wahlbeteiligung.

Die in dieser Studie (Kapitel III) vorgelegte langfristige Prognose der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Deutschland zeigt vor allem: Auch bei Annahme konstanter Erstwahlbeteiligung künftiger Alterskohorten (Kohorteneffekt) und einer auch in Zukunft konstant steigenden Wahlbeteiligung mit zunehmendem Alter (Alterseffekt), **wird die Wahlbeteiligung in Deutschland weiter abnehmen. Bis zur Bundestagswahl 2049 um etwa 3,5 Prozentpunkte auf dann nur noch 68 Prozent Gesamtwahlbeteiligung.** Das heißt im Klartext: Auch wenn in Zukunft die Wahlbeteiligung der erstmals wahlberechtigten Alterskohorten sowie der (Wahl-)Lebenszyklus aller wahlberechtigten Alterskohorten stabil bleiben, wird die Wahlbeteiligung langfristig weiter abnehmen.

Aber wie realistisch ist die für ein solches Basisszenario unterstellte Annahme konstanter Erstwählerbeteiligungen? Und wie stabil bleiben die Alterseffekte einer im Lebensverlauf zunehmenden Wahlbeteiligung? Und vor allem: Welche Effekte auf die Wahlbeteiligung würden sich aus der Annahme zukünftig abnehmender Alters- und negativer Kohorteneffekte ergeben? Wie stark würde die Wahlbeteiligung langfristig abnehmen, wenn in Zukunft die Erstwahlbeteiligung noch weiter abnimmt und der (Wieder-)Anstieg der Wahlbeteiligung im weiteren Lebenszyklus schwächer ausfällt als in früheren Jahrzehnten?

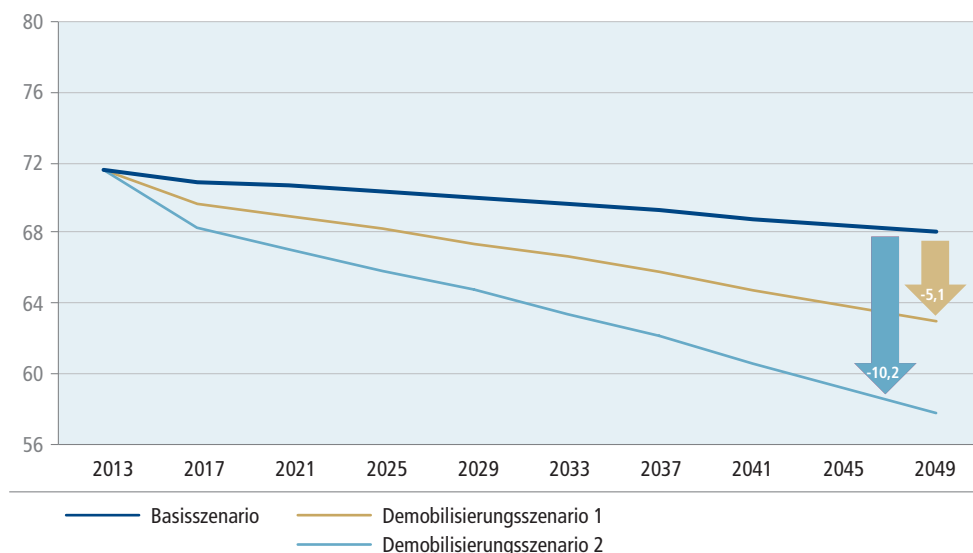
Zur Beantwortung dieser Fragen wurden in dieser Studie beispielhaft zwei verschiedene „Demobilisierungsszenarien“ durchgerechnet (vgl. dazu Abbildung 4 sowie die Ergebnisse der Simulationen im Einzelnen in Kapitel III dieser Studie).

Im ersten Demobilisierungsszenario wird eine um zehn Prozentpunkte geringere Wahlbeteiligung aller in Zukunft erstmals wahlberechtigten Altersjahrgänge unterstellt. Allein daraus ergibt sich bis zur Bundestagswahl 2049 eine im Vergleich zum Basisszenario zusätzliche Abnahme der Gesamtwahlbeteiligung um 5,1 Prozentpunkte. **Die prognostizierte Wahlbeteiligung für die Bundestagswahl 2049 liegt damit bei nur noch 62,9 Prozent**, also fast neun Prozentpunkte unterhalb der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013.



Abbildung 4: Demobilisierungsszenarien der Wahlbeteiligung 2017–2049

Angaben in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt) und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Bevölkerungsprognose (Szenario 2aD), eigene Berechnung und Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Im zweiten Demobilisierungsszenario wird eine um zwanzig Prozentpunkte geringere Wahlbeteiligung aller in Zukunft erstmals wahlberechtigten Altersjahrgänge unterstellt. Allein daraus ergibt sich eine im Vergleich zum Basisszenario zusätzliche Abnahme der Gesamtwahlbeteiligung bis 2049 um weitere 10,2 Prozentpunkte. **Die prognostizierte Wahlbeteiligung für die Bundestagswahl 2049 liegt damit bei nur noch 57,8 Prozent**, also fast 14 Prozentpunkte unterhalb der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013.

Für beide Szenarien wurde unterstellt, dass der (Wahl-)Lebenszyklus auch in Zukunft stabil bleibt, die Wahlbeteiligung also auch in Zukunft verlässlich mit zunehmendem Lebensalter wie gewohnt ansteigt. Tatsächlich nimmt aber spätestens seit der Bundestagswahl 2002 der Anteil dauerhafter Nichtwähler stetig zu. Damit werden ab den Bundestagswahlen 2017 erstmals Alterskohorten wahlberechtigt sein, die in diesen sich zunehmend verfestigenden Nichtwählermilieus aufgewachsen sind. Der starke Einfluss des unmittelbaren sozialen Umfelds auf die eigene Wahlwahrscheinlichkeit lässt vermuten, dass viele der Erst- und Jungwähler aus diesen Nichtwählermilieus auch selbst zu dauerhaften Nichtwählern werden. Das würde – zusätzlich zu den hier prognostizierten Demobilisierungseffekten – zu einer Abschwächung der bisher noch so verlässlichen Alterseffekte der Wahlbeteiligung führen. In der Summe dieser sich selbst verstärkenden Effekte **könnte die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Deutschland deshalb langfristig noch deutlicher sinken, als es in den beiden hier vorgestellten Demobilisierungsszenarien prognostiziert wurde.**

3. „Was Hänschen lernt, verlernt Hans nimmermehr“: Nachhaltig steigende Wahlbeteiligung durch Erstwählermobilisierung

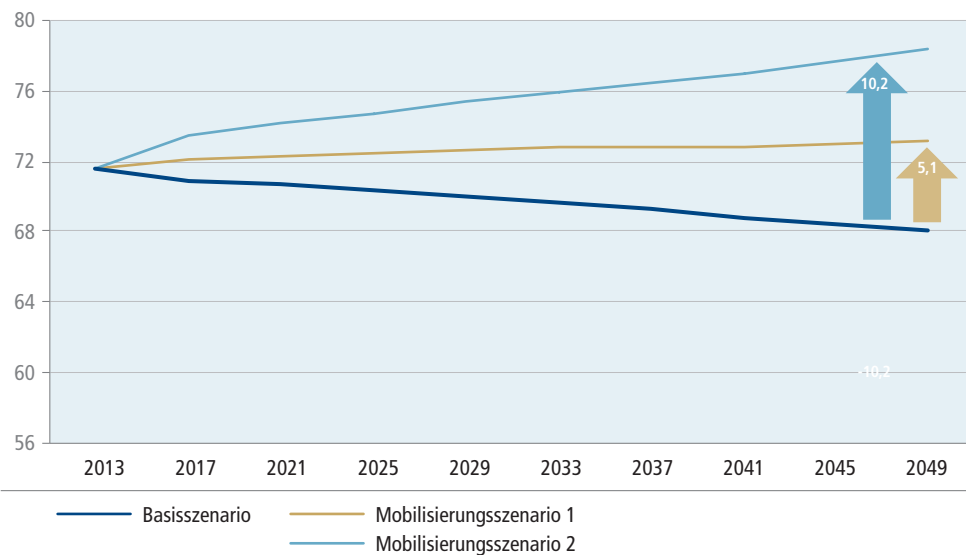
Die Erstwahlbeteiligung erweist sich als ein strategischer Hebel für die Gesamtwahlbeteiligung: Steigt die Erstwahlbeteiligung um ein Drittel, führt das allein langfristig zu einem Wiederanstieg der Gesamtwahlbeteiligung auf etwa 80 Prozent.

Aber auch umgekehrt wirkt der in den Demobilisierungsszenarien beschriebene Zusammenhang zwischen der Höhe der Einstiegswahlbeteiligung künftiger Alterskohorten und der Höhe der prognostizierten Gesamtwahlbeteiligung: Gelingt es, die Erstwählerjahrgänge zusätzlich zu mobilisieren, hat dies nachhaltig positive Effekte auch auf die Höhe der Gesamtwahlbeteiligung.

Spiegelbildlich zu den beiden Demobilisierungsszenarien zeigen das die beiden folgenden Mobilisierungsszenarien der langfristigen Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Deutschland:

Abbildung 5: Mobilisierungsszenarien der Wahlbeteiligung 2017–2049

Angaben in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt) und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Bevölkerungsprognose (Szenario 2aD), eigene Berechnung und Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Im ersten Mobilisierungsszenario wird eine gegenüber dem Status quo um zehn Prozentpunkte höhere Wahlbeteiligung aller zukünftig wahlberechtigten Alterskohorten unterstellt. Analog zur Effektstärke der Demobilisierungsszenarien würde das allein bereits dazu führen, die Wahlbe-



teiligung bis zum Jahr 2049 im Vergleich zum Basisszenario um 5,1 Prozentpunkte zu erhöhen. **Die prognostizierte Wahlbeteiligung für die Bundestagswahl 2049 liegt damit bei immerhin 73,1 Prozent**, also etwa 1,5 Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 und mehr als fünf Prozentpunkte über der im Basisszenario prognostizierten Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2049.

Im zweiten Mobilisierungsszenario wird eine gegenüber dem Status quo um 20 Prozentpunkte höhere Wahlbeteiligung aller zukünftig wahlberechtigten Alterskohorten unterstellt. Im Vergleich zum Basisszenario würde das allein zu einer langfristigen Steigerung der Wahlbeteiligung um 10,2 Prozentpunkte führen. **Die prognostizierte Wahlbeteiligung für die Bundestagswahl 2049 liegt dann wieder bei knapp 80 Prozent (78,2)**, also fast sieben Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 und mehr als zehn Prozentpunkte über der im Basisszenario prognostizierten Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2049.

Zur Methodik und angemessenen Interpretation der hier vorgestellten Prognosen der langfristigen Wahlbeteiligung ist wichtig festzuhalten: Nicht die jeweils unterstellten Demobilisierungs- und Mobilisierungseffekte bei den Erstwählern werden prognostiziert. Auch über die Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit der dabei unterstellten Veränderungen der Erstwählerbeteiligungen lassen sich aus den hier vorgestellten Szenarien keine verlässlichen Rückschlüsse ziehen. Die angenommenen Erstwählerbeteiligungen fließen als extern gesetzte Annahmen in die Berechnung der Szenarien ein. Prognostiziert werden dann im Rahmen des Modells die aus diesen Annahmen resultierenden Effekte für die Veränderung der Gesamtwahlbeteiligung bei den künftigen Bundestagswahlen bis zum Jahr 2049.

Ob, wie stark und wie nachhaltig eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre die Gesamtwahlbeteiligung positiv beeinflussen kann, hängt also davon ab, ob es gelingt, dadurch die Erstwählerbeteiligung nachhaltig zu erhöhen.

Gelingt es durch früheres Wählen die Erstwählerbeteiligung zu erhöhen, dann – das zeigen die Ergebnisse dieser Studie sehr deutlich – erweist sich „Wählen ab 16“ auch für die Bundestagswahlen in Deutschland als eine überaus wirkungsvolle und nachhaltige Strategie zur Stabilisierung und Steigerung der Gesamtwahlbeteiligung.

Das und wie eine Steigerung der Erstwählerbeteiligung durch eine Herabsetzung des Wahlalters erreicht werden *kann*, zeigen die Erfahrungen aus Österreich und aus drei deutschen Bundesländern (vgl. dazu Kapitel II). Diese Erfahrungen zeigen aber auch, dass dies nicht gelingen *mus*s und stark abhängig bleibt von geeigneten und nachhaltigen Begleitmaßnahmen der Erstwählermobilisierung vor allem in den Schulen, aber auch in den (sozialen) Medien und im unmittelbaren sozialen Umfeld der Erstwähler.

4. Nur wer die Wahl hat, muss sich auch entscheiden: Wie „Wählen ab 16“ das politische Interesse Jugendlicher stärkt

Politisches Interesse führt zu einer verstärkten Wahlbeteiligung. Der Zusammenhang gilt aber auch umgekehrt: Das eigene Wahlrecht und die Teilnahme an Wahlen stabilisiert und erzeugt politisches Interesse.

Politisch interessierte Menschen gehen deutlich häufiger zur Wahl als politisch weniger Interessierte. Ob und wie stark sich jemand für Politik interessiert, ist eine der wichtigsten Erklärungen für die Häufigkeit und Stetigkeit seiner Wahlteilnahme. Besonders deutlich zeigt sich das bei den Jüngeren: Das geringere Interesse der Erst- und Jungwähler erklärt auch ihre deutlich geringere Wahlteilnahme und das im weiteren Lebensverlauf zunehmende politische Interesse ist eine wichtige Erklärung für die im (Wahl-)Lebenszyklus deutlich steigende Wahlbeteiligung.

Das politische Interesse der Erst- und Jungwähler ist damit eine wichtige Determinante und Stellenschraube für die Häufigkeit und Stetigkeit ihrer Wahlteilnahme. Gelingt es, die jüngere Generation stärker für Politik zu interessieren, dann steigt auch ihre Wahlbeteiligung.

Der Zusammenhang gilt aber auch umgekehrt: Wahlen und Wahlteilnahme erzeugen politisches Interesse und stabilisieren die eigene Wahlwahrscheinlichkeit in der Zukunft. Das zeigen die Erfahrungen mit „Wählen ab 16“ in Österreich und in drei deutschen Bundesländern (vgl. Kapitel III): Die politisch Interessierten wählen häufiger als die politisch weniger Interessierten, aber umgekehrt erzeugt und stärkt das eigene Wahlrecht und die eigene Teilnahme an Wahlen auch das politische Interesse.

Besonders deutlich zeigte sich das in Österreich nach der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre im Jahr 2007, das einher ging mit einer Verdreifachung des Anteils der unter 18-jährigen Erstwähler, die sich stark für Politik interessieren, und einem mehr als halbierten Anteil derjenigen Erstwähler, die sich gar nicht politisch interessiert zeigten (Abbildung 6).

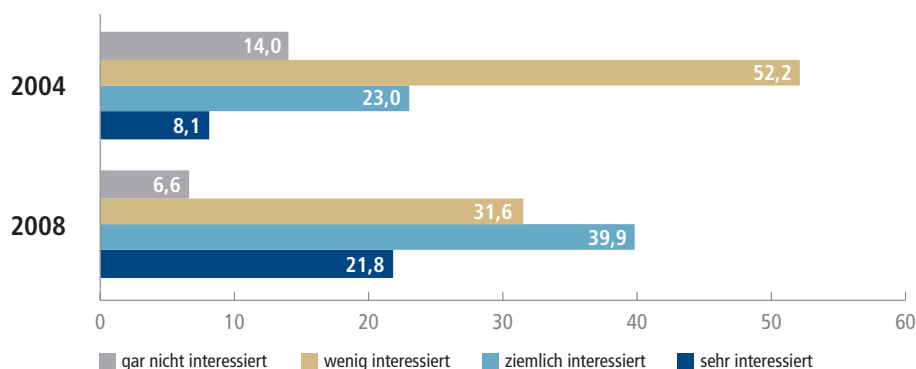
Interessierten sich vor der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre lediglich 8,1 Prozent aller 16- bis 17-Jährigen „sehr“ für Politik, stieg dieser Anteil nach Einführung des „Wählen ab 16“ auf 21,8 Prozent. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der „gar nicht“ Interessierten von 14 auf nur noch 6,6 Prozent aller 16- bis 17-Jährigen. Addiert man jeweils die „gar nicht“ und „wenig“ Interessierten sowie die „sehr“ und „ziemlich“ Interessierten, so zeigt sich, dass mit der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre der Anteil der Nicht-Interessierten zurückgegangen ist: von mehr als zwei Dritteln aller Jugendlichen auf weniger als 40 Prozent. Gleichzeitig hat sich der Anteil der interessierten Jugendlichen von gut einem Drittel auf fast zwei Drittel nahezu verdoppelt.

In Deutschland könnte eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre sogar auf einem bereits seit Jahren wieder steigenden politischen Interesse der Jüngeren aufbauen und diesen Trend



Abbildung 6: Politisches Interesse der 16- und 17-Jährigen in Österreich vor und nach Absenkung des Wahlalters im Jahr 2007

Angaben in Prozent



n = 209 (2004) und n = 719 (2008) befragte Erstwähler unter 18 Jahren.
Quelle: Zeglovits und Zandonella 2013.

| BertelsmannStiftung

stabilisieren und verstärken. Nachdem das politische Interesse der Jüngeren (12–25 Jahre) in den 1990er Jahren sukzessive zurückgegangen ist, zeichnet sich inzwischen eine Trendwende ab. Der Anteil der interessierten Jugendlichen ist in Deutschland seit 2002 um mehr als ein Drittel angestiegen. Der Teil der Jugendlichen, die sich als sehr interessiert bezeichnen, hat sich – wenn auch auf niedrigem Niveau – sogar um 50 Prozent erhöht. Gleichzeitig hat sich der Anteil an Jugendlichen, die sich gar nicht für Politik interessieren, seit 2002 um ein Drittel verringert.

Diese Zahlen zeigen eine Repolitisierung der jüngeren Generation in Deutschland, die durch eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre verstärkt werden könnte. Diese Repolitisierung der Erst- und Jungwähler würde wiederum die in dieser Studie prognostizierten Effekte des „Wählen ab 16“ auf das langfristige Niveau der Gesamtwahlbeteiligung verstärken. Ein guter Zeitpunkt also, um in Deutschland zur Bundestagswahl 2017 das „Wählen ab 16“ einzuführen?

Im Gesamtbild zeigt sich: Die Voraussetzungen für eine langfristige Stabilisierung der Gesamtwahlbeteiligung durch eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre sind in Deutschland seit mehr als zwei Jahrzehnten nicht mehr so gut gewesen wie sie derzeit sind. Wählen kann nur, wer wählen darf, und nur wer (mit-)wählt, muss sich auch entscheiden. Eine Herabsetzung des Wahlalters macht aus unbeteiligten Beobachtern betroffene Mitmacher, und das eigene Mitmachen erzeugt und fördert wiederum das eigene Interesse und Engagement. Es gilt deshalb: Wählen gehen erzeugt und stärkt das politische Interesse von Erstwählern, etabliert und festigt frühzeitig ihre Wahlgewohnheit und kann damit einen nachhaltigen Beitrag zur langfristigen Stabilisierung und Steigerung der Gesamtwahlbeteiligung leisten.

5. Aktivierung ist nötig und möglich: Warum Wahlen in den Schulalltag gehören

„Wählen ab 16“ ist kein Selbstläufer. Nur wenn es durch nachhaltige Aktivierungsmaßnahmen für die Jugendlichen begleitet wird, erhöht es die Erstwahlbeteiligung. Gelingt das, ist „Wählen ab 16“ ein nachhaltiger Beitrag zur Steigerung auch der Gesamtwahlbeteiligung.

Die Erfahrungen mit „Wählen ab 16“ in Österreich und in drei deutschen Bundesländern zeigen aber auch: „Wählen ab 16“ ist kein Selbstläufer, sondern bedarf einer aktiven Begleitung in den Schulen, in den (sozialen) Medien und im sozialen Umfeld der Erstwähler. Die eigene Wahlteilnahme ist keine rein individuelle Entscheidung. Sie ist eine soziale Handlung. Ob jemand wählt, hängt davon ab, ob in seinem sozialen Umfeld über Politik gesprochen und gewählt wird. Die eigene politische Sozialisation bestimmt ganz wesentlich darüber, ob, wann und wie stabil sich die eigene Wahlgewohnheit ausbildet. Die zunehmende Einführung ganztägiger Betreuungs- und Beschulungsangebote stärkt auch hier die Rolle und Einflussmöglichkeiten von Kitas und Schulen, stellt aber für diese auch eine Herausforderung dar.

Gute Beispiele aus Österreich, Bremen, Hamburg und Brandenburg zeigen: Wird „Wählen ab 16“ nicht nur passiv eingeführt, sondern in den Bildungseinrichtungen aktiv begleitet und gefördert, dann zeigen sich positive Effekte:

- In den drei deutschen Bundesländern haben sich insbesondere die in den Schulalltag integrierten und didaktisch begleiteten Juniorwahlen als geeignete Begleitmaßnahmen einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre herausgestellt. In Brandenburg beteiligte sich vor der Wahl 2014 knapp ein Drittel aller weiterführenden Schulen an solchen Juniorwahlen, in Hamburg waren es 2015 etwas mehr als ein Drittel und in Bremen nahmen vor der Bürgerschaftswahl 2015 sogar zwei Drittel der weiterführenden Schulen an der dortigen Juniorwahl teil.
- In Österreich haben vor der Nationalratswahl 2013 vier von fünf aller betroffenen österreichischen Schüler an mindestens einer vorbereitenden politischen Aktivität teilgenommen. Die Aktionen fanden überwiegend in der Schule und integriert in den Unterricht statt. Jugendliche, die dabei mitgemacht hatten, entwickelten ein höheres politisches Interesse und nahmen in höherem Maße an den Wahlen teil.

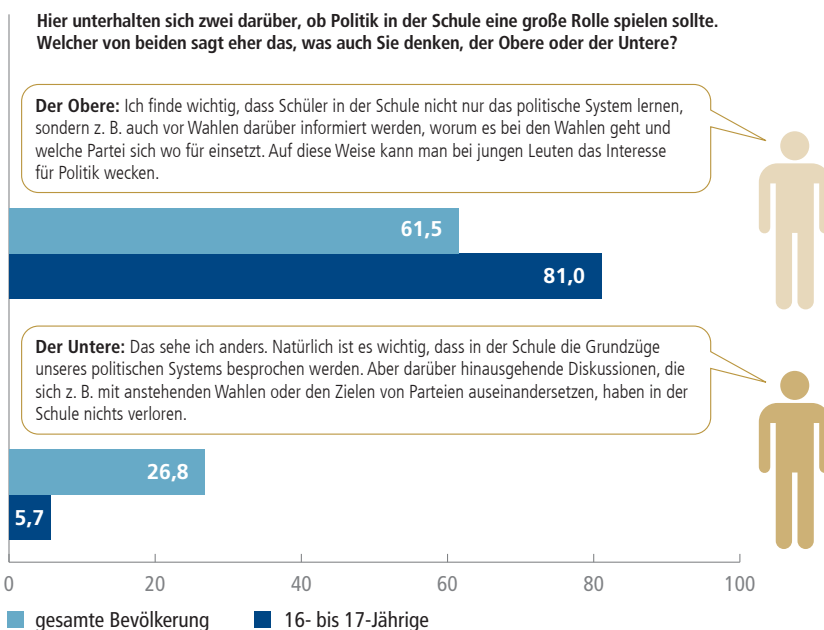
Die Erfahrungen aus Österreich und den drei deutschen Bundesländern bestätigen somit: Eine frühere und schulisch begleitete Wahlteilnahme stabilisiert und erhöht die Wahlbeteiligung der Erstwähler, fördert ihr politisches Interesse und etabliert und stabilisiert frühzeitiger ihre Wahlgewohnheit.



Wie stark die Unterstützung solcher Begleitmaßnahmen in den Schulen zur Aktivierung der Erstwähler in der Bevölkerung ist, zeigen die Ergebnisse der für diese Studie durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage:

Abbildung 7: Akzeptanz schulischer Begleitmaßnahmen zur Wahlaktivierung

Angaben in Prozent



n = 1402 Gesamtbefragte und n = 43 befragte 16- bis 17-Jährige.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045 (September 2015).

| BertelsmannStiftung

Mehr als acht von zehn (81 Prozent) aller Jugendlichen und mehr als sechs von zehn (61,5 Prozent) aller Menschen in Deutschland finden es wichtig, dass Schüler in der Schule nicht nur das politische System Deutschlands kennenlernen, sondern z. B. auch vor Wahlen konkret darüber informiert werden, worum es bei der Wahl geht und welche Partei sich wofür einsetzt. Nur etwas mehr als ein Viertel (26,8 Prozent) aller Menschen und lediglich gut ein Zwanzigstel (5,7 Prozent) der befragten 16- bis 17-Jährigen ist eher der Meinung, dass Wahlen und Parteien in der Schule nichts verloren haben. Schulische Begleitmaßnahmen zur Aktivierung der Erstwähler treffen in Deutschland somit auf eine breite Unterstützung der meisten Menschen und fast aller betroffenen Jugendlichen.

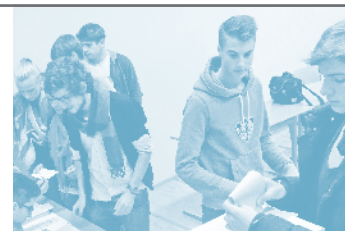
Aber nicht nur die Schulen sind gefragt. Auch die aktive Begleitung in den (sozialen) Medien und die Aufmerksamkeit für das Thema einer Wahlteilnahme der Erstwähler in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld bestimmen darüber, ob „Wählen ab 16“ zu einer nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung führt.

II. Wählen ab 16 – Erfahrungen und Lehren aus Österreich und drei deutschen Bundesländern

In Österreich und in drei deutschen Bundesländern, Bremen, Brandenburg und Hamburg, wurde das Mindestwahlalter bereits auf 16 Jahre herabgesetzt. Die Erfahrungen dabei zeigen: Viele der gängigen Vorurteile gegen eine Herabsetzung des Wahlalters erweisen sich als Mythen. Die Jugendlichen interessieren sich für Politik, wollen wählen, können auch wählen und sind durch gezielte Begleitmaßnahmen aktivierbar. Die Erfahrungen zeigen aber auch: Zur nachhaltigen Steigerung der Erstwählerbeteiligung bedarf es einer langfristigen Unterstützung und Begleitung der Jugendlichen bei ihrer politischen Sozialisation – in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld und vor allem in den Schulen.

Niklas Im Winkel

Eine Absenkung des Wahlalters setzt voraus, dass junge Menschen nicht nur motiviert sind, wählen zu gehen, sondern dass sie auch über die entsprechende Reife, das politische Interesse und politische Kompetenz verfügen. 16- und 17-Jährige dürfen derzeit nur in der Republik Österreich sowie in den drei deutschen Bundesländern Bremen, Brandenburg und Hamburg an Wahlen teilnehmen. In der folgenden Untersuchung werden diese vier (Bundes-)Länder deshalb genauer betrachtet.



Österreich – Der europäische Pionier

- Einziges europäisches Land, in dem Jugendliche ab 16 Jahren an den nationalen Parlamentswahlen teilnehmen dürfen.
- Gesamtzahl der 16- und 17-Jährigen in Österreich: ca. 158.000.
- Anteil der 16- und 17-Jährigen an den Wahlberechtigten: ca. 2,5 Prozent.
- Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren: 2007.
- Bisherige Wahlen mit Wahlalter ab 16: Nationalratswahlen 2008 und 2013.



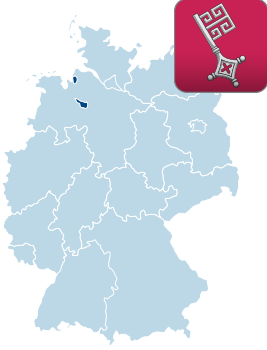
Das erste Fallbeispiel in dieser Studie ist Österreich. Bereits 2002 wurde dort im Bundesland Kärnten das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) hatte dies zuvor schon auf Bundesebene durchzusetzen versucht. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der SPÖ 2006/2007 stimmte die ÖVP der Absenkung des Wahlalters zu. Im Gegenzug gab die SPÖ ihren Widerstand gegen die Einführung einer Briefwahloption auf. Wählen ab 16 wurde in das Regierungsprogramm aufgenommen.

Abseits parteistategischer Ziele sollte ein Wahlrecht ab 16 auch langfristig positive Impulse setzen. Denn auch in Österreich war die Beteiligung an den Nationalratswahlen seit den 1970er Jahren um fast 20 Prozent zurückgegangen. Man wollte daher das politische Engagement Heranwachsender fördern, um so schon frühzeitig das Interesse an Politik zu festigen und Partizipation zu habitualisieren.

Seit Einführung des Wahlrechts ab 16 im Jahr 2007 ist Österreich das einzige europäische Land, in dem 16- und 17-Jährige an den nationalen Parlamentswahlen teilnehmen dürfen. Aufgrund des dort geltenden Homogenitätsprinzips muss auch bei den Landtags- und Kommunalwahlen das Mindestalter 16 Jahre betragen.

Die Wahlrechtsreform betrifft in Österreich derzeit etwa 158.000 minderjährige Wähler. Das sind ca. 2,5 Prozent aller Wahlberechtigten (vgl. Statistik Austria 2015, Stand: 01.01.2015). Bereits zweimal (2008 und 2013) durften 16- und 17-jährige Jungwähler an den österreichischen Nationalratswahlen teilnehmen.¹

¹ Da in Österreich keine repräsentative Wahlstatistik geführt wird, basieren die verfügbaren Daten auf (Nachwahl-)Befragungen. Dies impliziert die üblichen Verzerrungen durch sozial erwünschtes Antwortverhalten und die Unterrepräsentation schwacher gesellschaftlicher Milieus. Zudem können geringe Fallzahlen die Übertragbarkeit der Ergebnisse einschränken.



Bremen – Der Stadtstaat als bundesdeutscher Vorreiter für „Wählen ab 16“

- Erstes deutsches Bundesland, in dem Jugendliche ab 16 Jahren an Landtagswahlen teilnehmen dürfen.
- Gesamtzahl der 16- und 17-Jährigen in Bremen: ca. 10.500.
- Anteil der 16- und 17-Jährigen an den Wahlberechtigten: ca. 2,1 Prozent.
- Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren: 2009.
- Bisherige Wahlen mit Wahlalter ab 16: Bürgerschaftswahlen 2011 und 2015.

2009 führte der Stadtstaat Bremen als erstes deutsches Bundesland bei Landtagswahlen das Wahlrecht ab 16 Jahren ein. Zwei Jahre zuvor hatte die Bremische Bürgerschaft einen Ausschuss zur Weiterentwicklung des Wahlrechts eingesetzt. Dieser kam zu dem Ergebnis, dass sich die Lebenssituation von Jugendlichen in zentralen Bereichen verändert habe. Sie seien heutzutage selbstständiger, trügen mehr Verantwortung und auch ihr politisches Interesse sei nicht geringer als das anderer Altersgruppen. Daher seien die 16- und 17-Jährigen in der Lage, das Wahlrecht auszuüben (vgl. Senator für Inneres und Sport 2010: 2 f.).

Das Gesetz wurde am 28. Oktober 2009 mit den Stimmen der rot-grünen Regierungskoalition, der Linken und der FDP gegen die Stimmen der CDU beschlossen.

Die Altersgruppe der 16- und 17-Jährigen umfasst in Bremen derzeit etwa 10.500 Jugendliche. Das entspricht einem Anteil von ca. 2,1 Prozent an allen Wahlberechtigten (vgl. Destatis 2015; Stand: 31.12.2014). Im Mai 2011 durften sie das erste Mal bei der Bürgerschaftswahl abstimmen. Vier Jahre später, im Mai 2015, waren die 16- und 17-Jährigen bereits zum zweiten Mal teilnahmeberechtigt.²

² Für die Stadt Bremen liegen für die Bürgerschaftswahl 2015 Daten zur Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen in der repräsentativen Wahlstatistik vor, für 2011 nur für die Gruppe der 16- bis 20-Jährigen. Das Abstimmverhalten wurde bei beiden Wahlen nur für die Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen angegeben.



Brandenburg – Erstes Flächenland führt Wahlrecht ab 16 ein

- Zweites deutsches Bundesland, in dem Jugendliche ab 16 Jahren an Landtagswahlen teilnehmen dürfen.
- Gesamtzahl der 16- und 17-Jährigen: ca. 37.800.
- Anteil der 16- und 17-Jährigen an den Wahlberechtigten: ca. 1,8 Prozent.
- Einführung der Wahlberechtigung für Wähler ab 16 Jahren: 2011.
- Bisherige Wahlen mit Wahlalter ab 16: Landtagswahl 2014.

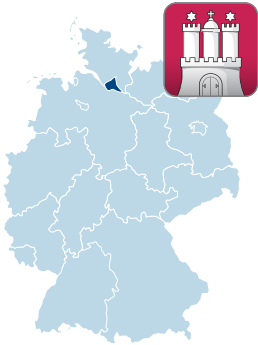


Brandenburg ist das zweite Bundes- und das einzige Flächenland, in dem das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt wurde. Ziel der Befürworter war es, das Engagement und Interesse für Politik bei Jugendlichen zu stärken. Für den damaligen Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke war das Wahlrecht mit 16 „ein Beitrag zu mehr Partizipation, Mündigkeit und Zutrauen“ (Woidke 2011).

Der brandenburgische Landtag in Potsdam hat die entsprechende Wahlrechtsänderung am 15. Dezember 2011 beschlossen. Da hierfür die Landesverfassung geändert werden musste, war bei der Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Diese wurde mit den Stimmen der regierenden rot-roten Koalition sowie der Grünen erreicht. CDU und FDP stimmten dagegen.

Die Änderung betraf etwa 37.800 Jugendliche, was einem Anteil von ca. 1,8 Prozent aller Wahlberechtigten entsprach (vgl. Destatis 2015; Stand: 31.12.2014). 2014 durften sie das erste Mal an einer Landtagswahl teilnehmen.³

³ Für das Land Brandenburg liegen Daten zur Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen in der repräsentativen Wahlstatistik vor. Das Abstimmverhalten wurde nur für die Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen angegeben.



Hamburg – Der zweite Stadtstaat führt Wahlrecht ab 16 ein

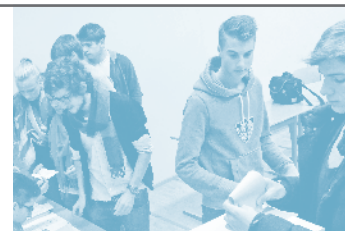
- Drittes deutsches Bundesland, in dem Jugendliche ab 16 Jahren an den Landtagswahlen teilnehmen dürfen.
- Gesamtzahl der 16- und 17-Jährigen in Hamburg: ca. 27.100.
- Anteil der 16- und 17-Jährigen an den Wahlberechtigten: ca. 2,1 Prozent.
- Einführung der Wahlberechtigung für Wähler ab 16 Jahren: 2013.
- Bisherige Wahlen mit Wahlalter ab 16: Bürgerschaftswahl 2015

In Hamburg geht die Absenkung des Wahlalters auf einen entsprechenden Antrag der Grünen aus dem Jahr 2011 zurück. Der zuständige Verfassungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft kam zu dem Schluss, dass Jugendliche mit 16 Jahren bereits in der Lage seien, politische Inhalte nachzuvollziehen und an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Die mit absoluter Mehrheit regierende SPD sah im Wahlrecht ab 16 einen Zugewinn an Demokratie und eine richtungsweisende Entscheidung für die gelebte Demokratie (vgl. SPD-Hamburg 2013). Die Reform wurde zudem als Beitrag zur Steigerung der Generationengerechtigkeit gesehen, da die Interessen der Jugendlichen so politisch besser repräsentiert würden und an Relevanz gewinnen.

Am 13. Februar 2013 beschloss die Hamburger Bürgerschaft die Änderung des Wahlgesetzes. Die dazu notwendige Zweidrittelmehrheit wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linke und Teilen der FPD erreicht. Nur die CDU stimmte geschlossen dagegen.

Die Reform des Wahlgesetzes betrifft in Hamburg etwa 27.100 minderjährige Wähler. Das sind ca. 2,1 Prozent der Wahlberechtigten (vgl. Destatis 2015; Stand: 31.12.2014). Diese Jugendlichen waren im Februar 2015 das erste Mal bei einer Bürgerschaftswahl stimmberechtigt.⁴

⁴ In Hamburg liegen Daten zur Wahlbeteiligung und zum Abstimmverhalten der 16- und 17-Jährigen in der repräsentativen Wahlstatistik vor.



1. Jugendliche interessieren sich für Politik

Das individuelle politische Interesse der Bürger drückt aus, wie viel Aufmerksamkeit und Bedeutung sie dem politischen Geschehen beimessen. Es ist ein zentrales Motiv für politische Teilhabe und daher einer der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Wahlteilnahme. Bürger, die sich für Politik interessieren, nehmen deutlich häufiger an Wahlen teil – das gilt auch für die Altersgruppe der 16- und 17-Jährigen.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist das politische Interesse in der jüngsten Altersgruppe nur unterdurchschnittlich ausgeprägt. Dieser Umstand darf jedoch nicht überinterpretiert werden, da Jugendliche einen anderen Zugang zu Politik haben als Ältere. Institutionelle Politik lehnen sie tendenziell ab, was oft als generelles Desinteresse oder Distanz zur Politik missverstanden wird. Wenn es in Studien also heißt, dass Jugendliche nicht politisch interessiert seien, hat das häufig genau diesen Hintergrund. Entsprechende Ergebnisse werden stark von der Untersuchungsmethode beeinflusst. Liegt der Fokus von Befragungen eher auf konkreten Themen als auf institutioneller Politik, zeigen sich die 16- und 17-Jährigen deutlich interessierter.

Zudem ist das politische Interesse von Jugendlichen in der letzten Dekade angestiegen. Gingen sie in den 1990er Jahren immer stärker auf Abstand zur Politik, gab es nun eine klare Trendwende. Die Aufmerksamkeit für politische Themen und Partizipation ist deutlich größer geworden. Das Interesse der 16- und 17-Jährigen an Politik entspricht heute fast dem aller Wähler. Insbesondere der Unterschied zu den bereits wahlberechtigten 18- bis 20-Jährigen ist deutlich kleiner geworden.

Wählen ab 16 setzt bei den Jugendlichen ein hinreichendes politisches Interesse voraus. Ihre Teilnahmemotivation wäre ansonsten nicht groß genug und sie würden schlicht nicht partizipieren. Diese Kausalität gilt allerdings auch in umgekehrter Richtung: Das Wahlrecht wirkt selbst als positiver Einflussfaktor. Durch eine Absenkung des Wahlalters steigt das politische Interesse der 16- und 17-jährigen Wahlberechtigten an. Wer das Recht hat, wählen zu gehen, ist motivierter, verspürt mehr zivilgesellschaftliche Pflicht und hat auch einfach mehr Anreize, sich mit dem politischen Geschehen auseinanderzusetzen.

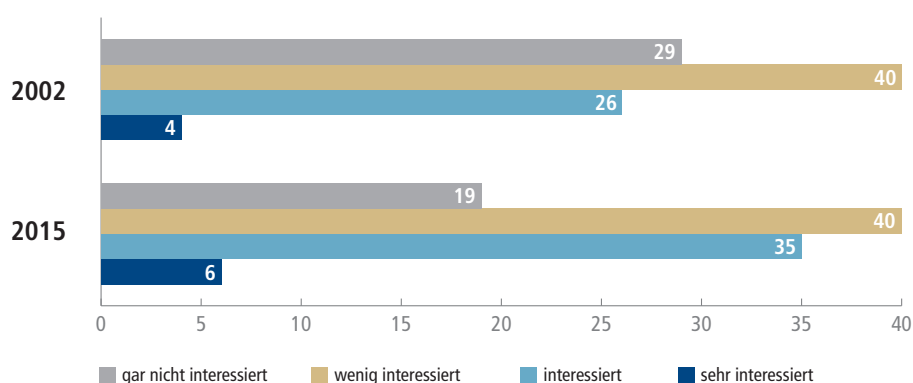
Das Gleiche gilt für das erste Erleben einer Abstimmung als Wahlberechtigter. Im Zusammenspiel mit der hohen medialen Aufmerksamkeit steigt auch dadurch das politische Interesse der jüngsten Wähler.

Da sich politisches Interesse sukzessive während der Adoleszenz und in den folgenden Lebensjahren entwickelt, kann eine Absenkung des Wahlalters einen wichtigen Impuls geben. Dem politischen Interesse der 16- und 17-Jährigen verleiht es – in einer entscheidenden Phase der politischen Sozialisation – einen bedeutsamen Schub. Damit steigt in Folge auch die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme.

Generell ist in Deutschland das Interesse an Politik gestiegen. Abbildung 8 gibt die Ergebnisse von Befragungen wieder, in der junge Deutsche im Alter von zwölf bis 25 Jahren ihr politisches Interesse selbst einschätzen sollten. Die Grafik zeigt das politische Interesse im Jahr 2002 und im Jahr 2015.

Abbildung 8: Politisches Interesse der Jugendlichen in Deutschland steigt an

Angaben in Prozent



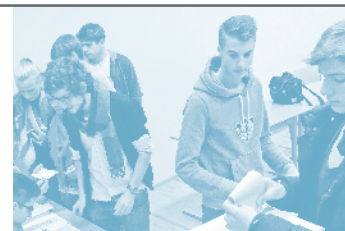
n = 2558 befragte Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren.
Quelle: Shell Jugendstudie 2015 – TNS Infratest Sozialforschung.

BertelsmannStiftung

Nachdem das politische Interesse in den 1990er Jahren sukzessive gefallen ist, hat das Thema Politik für die Jugendlichen in den Jahren danach wieder deutlich an Gewicht gewonnen. Seit 2002 ist der Anteil der interessierten Jugendlichen um mehr als ein Drittel gestiegen (34,6 Prozent). Der Teil der Jugendlichen, die sich als sehr interessiert bezeichnen, hat sich um 50 Prozent erhöht – wenn auch auf niedrigem Niveau. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil an Jugendlichen, die sich gar nicht für Politik interessieren, um mehr als ein Drittel verringert (34,5 Prozent). Diese Repolitisierung ist Ausdruck einer geringer werdenden Distanz zwischen Jugend und Politik.

Das politische Interesse ist insbesondere in der Altersgruppe gestiegen, die von der Absenkung des Wahlalters betroffen ist: Die entsprechende Differenz zwischen den 15- bis 17-Jährigen und den 18- bis 21-Jährigen hat sich seit 2002 halbiert (vgl. Schneekloth 2015: 160).

In den Ergebnissen spiegelt sich allerdings auch eine soziale Spaltung wider: Während sich 2015 mehr als die Hälfte aller (angehenden) Abiturienten als politisch interessiert einstuft, tun dies lediglich ein Drittel der Realschüler und nur ein Viertel der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss (vgl. Schneekloth 2015: 160). Zudem wird das politische Interesse der Jugendlichen stark durch das Elternhaus determiniert: Jugendliche aus politisch affinen Elternhäusern interessieren sich ebenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit für Politik. Ist das Interesse der Eltern dagegen gering, vererbt sich ihre apolitische Einstellung auf die Jugendlichen (vgl. Schneekloth 2010: 130-136).



In Hamburg zeigt die Arbeit einer Studiengruppe an der Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) im Auftrag des Landeswahlamts Hamburg, dass das politische Interesse der 16- bis 21-jährigen Hamburger auf hohem Niveau liegt: Von den über 1300 befragten jungen Wählern bezeichneten sich über 65,5 Prozent als politisch interessiert. Nur 34,2 Prozent gaben an, kein Interesse an Politik zu haben (vgl. Studiengruppe der HAW 2015: 48).



In Bremen hat ein 2007 von der Bürgerschaft eingesetzter Ausschuss die Weiterentwicklung des Wahlrechts, speziell die Absenkung des Wahlalters geprüft. Dieser kam zu dem Ergebnis, dass Jugendliche heute von anderen Entwicklungsbedingungen geprägt sind, insbesondere von der Zunahme an schulischer Bildung, einer frühzeitig selbstständigen Mediennutzung und einem eigenverantwortlich organisierten Freizeitverhalten. Jugendliche machen dadurch schon viel früher zivilgesellschaftliche Erfahrungen. Vor allem weicht das politische Interesse der 16- und 17-Jährigen nicht von dem anderer Altersgruppen ab (vgl. Bremische Bürgerschaft 2009: 3835 f.; Senator für Inneres und Sport 2010: 2 f.). Dies kann daher kein Grund dafür sein, dass Jugendliche nicht schon ab 16 das Wahlrecht erhalten sollten.



In Brandenburg lag das politische Interesse der Jugendlichen im Jahr 2010 lediglich auf niedrigem Niveau: Nur 37,5 Prozent der jungen Brandenburger gaben an, sich für Politik zu interessieren. Zudem bezeichneten sich 81 Prozent der Jugendlichen dort als politikverdrossen (vgl. Sturzbecher et al. 2010: 8). Trotzdem kam im Frühjahr 2011 eine Expertenanhörung im Landtag zu dem Ergebnis, dass es keine Gründe dafür gibt, 16- und 17-Jährige vom allgemeinen Wahlrecht auszuschließen. Im Gegenteil: Man erwartete, dass sich die Absenkung des Wahlalters positiv auf das Interesse an Politik und demokratischen Prozessen sowie auf das allgemeine politische Engagement auswirkt (vgl. Brandenburgischer Landtag 2011: 33).

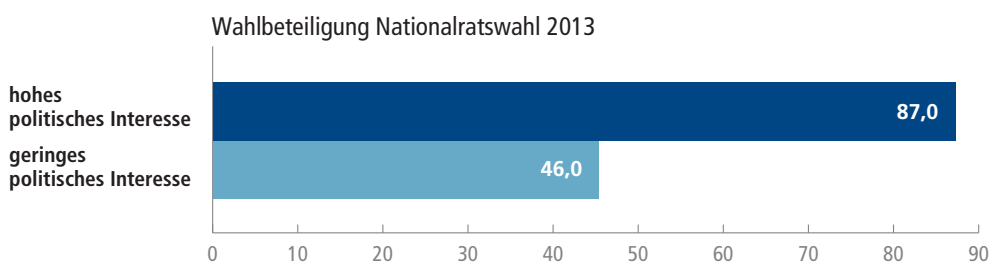


Auch in Österreich zeigt sich, dass das politische Interesse eine Kerndeterminante der Wahlteilnahme junger Wähler ist.



Abbildung 9: Politisch interessierte Erstwähler gehen häufiger zur Wahl

Angaben in Prozent



n = 146 befragte Erstwähler unter 21 Jahren.

Quelle: Kritzinger, Zeglovits und Oberluggauer 2013.

BertelsmannStiftung

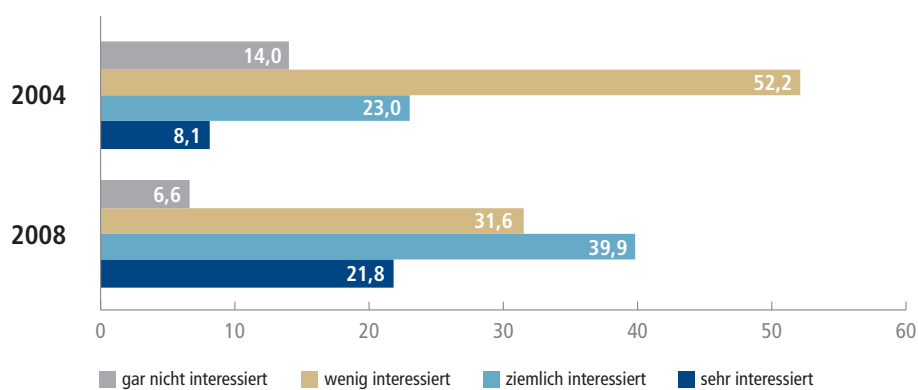
Fast 90 Prozent der an Politik interessierten Erstwähler haben sich 2013 an der Nationalratswahl beteiligt. Von den Erstwählern mit nur geringem politischem Interesse ging dagegen nicht einmal die Hälfte zur Abstimmung. Diejenigen, die sich für Politik interessieren, haben folglich fast doppelt so häufig an der Wahl teilgenommen wie die Uninteressierten.

In Österreich ist das politische Interesse der jüngsten Wähler nicht geringer ausgeprägt als das der wahlberechtigten 18- bis 20-Jährigen (vgl. Kritzinger, Zeglovits und Oberluggauer 2013: 29). Eine Befragung im Rahmen der Europawahl 2009 kam sogar zu dem Ergebnis, dass das politische Interesse der 16- und 17-Jährigen in Österreich über dem der nächsthöheren Altersgruppe liegt (vgl. Wagner, Johann und Kritzinger 2012: 376).

Die Entwicklung in Österreich zeigt außerdem, dass eine Absenkung des Wahlalters einen positiven Einfluss auf das politische Interesse der Erstwähler hat. In Abbildung 10 ist das politische Interesse der 16- und 17-Jährigen sowohl vor als auch nach der Wahlrechtsreform dargestellt.

Abbildung 10: Politisches Interesse der 16- und 17-Jährigen steigt in Österreich nach Absenkung des Wahlalters an

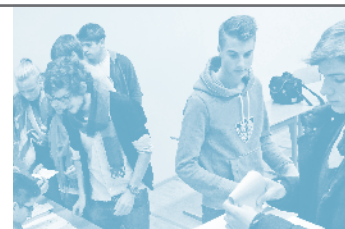
Angaben in Prozent



n = 209 (2004) und n = 719 (2008) befragte Erstwähler unter 18 Jahren.
Quelle: Zeglovits und Zandonella 2013.

| BertelsmannStiftung

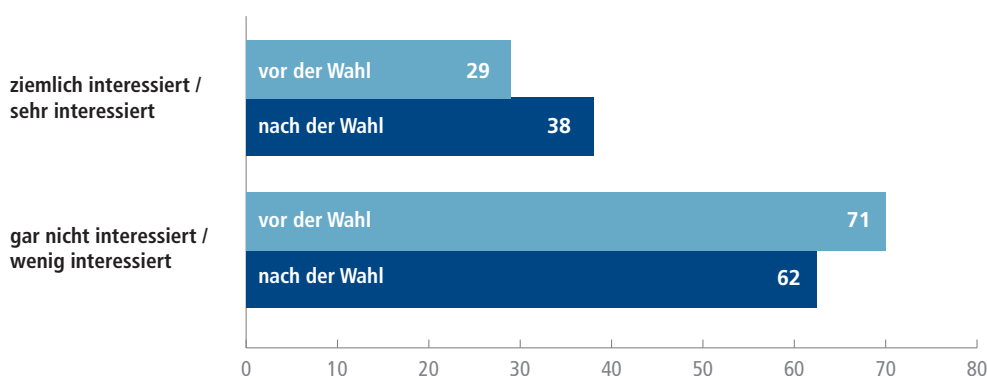
Im Jahr 2004 war die Mehrzahl der damals noch nicht wahlberechtigten Jugendlichen politisch kaum interessiert. Zwei Drittel der Jugendlichen gaben an, sich nicht oder nur wenig für Politik zu interessieren. Nach Absenkung des Wahlalters zeigt sich bei den nun wahlberechtigten 16- und 17-Jährigen ein umgekehrtes Bild: 2008 waren fast zwei Drittel von ihnen an Politik interessiert, viele davon sogar sehr stark. Innerhalb von nur vier Jahren hat sich der Anteil an Jugendlichen, die sich als sehr interessiert zeigen, fast verdreifacht. Im Gegenzug hat sich die Zahl derer, die sich nicht für Politik interessierten, mehr als halbiert (vgl. Zeglovits und Zandonella 2013: 1093-1098).



Das Interesse an Politik steigt für 16- und 17-Jährige auch mit ihrer ersten (potenziellen) Wahlteilnahme. Dieser Effekt ist in Abbildung 11 am Beispiel der Nationalratswahl 2013 dargestellt. Ebenso wie das Recht auf politische Partizipation hat also auch das Erleben der ersten Wahl als Teilnahmeberechtigter einen positiven Einfluss auf das politische Interesse in der jüngsten Altersgruppe. Nach der Nationalratswahl 2013 war der Anteil an politisch interessierten 16- und 17-Jährigen um ein Drittel höher als zuvor (31 Prozent). Im Gegenzug ist die Zahl der Jugendlichen, die sich wenig oder nicht interessieren, gesunken (12,7 Prozent) (vgl. Kritzinger, Zeglovits und Oberluggauer 2013: 29). Das gesteigerte Interesse ist natürlich auch ein Ausdruck der hohen medialen Aufmerksamkeit im Vorfeld der Abstimmung – auch in den sozialen Netzwerken.

Abbildung 11: Politisches Interesse der 16- und 17-Jährigen steigt nach der Nationalratswahl 2013 an

Angaben in Prozent



n = 89 befragte Erstwähler unter 18 Jahren.

Quelle: Kritzinger, Zeglovits und Oberluggauer 2013.

BertelsmannStiftung

2. Jugendliche gehen zur Wahl

Dass wahlberechtigte Jugendliche nicht wählen gehen, ist ein Vorurteil, das keiner empirischen Untersuchung standhält. Zur Wahl zu gehen wird auch in der jüngsten Altersgruppe von der großen Mehrheit als Bürgerrecht und -pflicht wahrgenommen.

Dass die Teilnahmequoten der 16- und 17-Jährigen bei Wahlen unter dem landesweiten Durchschnittswert liegen, spiegelt den (Wahl-)Lebenszyklus wider: Junge Menschen nehmen grundsätzlich seltener an Wahlen teil als Ältere. Im Vergleich zu den nächstälteren Gruppen gehen die 16- und 17-Jährigen aber deutlich häufiger zur Wahl. Fast immer ist ihre Quote deutlich höher als die der 18- bis 25-Jährigen und oft auch höher als die der 25- bis 34-Jährigen.

Speziell an Wahlen, bei denen die Beteiligungsrate gering ist, nehmen die jüngsten Wähler noch vergleichsweise stabil teil. Sie reagieren deutlich geringer auf negative wahl-spezifische Effekte. Unattraktive Wahlkämpfe und absehbare Wahlausgänge mindern ihre Teilnahmemotivation weniger stark als die der älteren Bürger. Die meisten der 16- und 17-Jährigen sind durch Schule, Elternhaus und soziale Peergroup in ein festes Umfeld eingebettet, in dem eine demokratische Haltung stärker gelebt und auch vorgelebt wird. Für die Qualität der demokratischen Repräsentation und Legitimation ist die Gruppe der 21- bis 35-Jährigen viel problematischer.

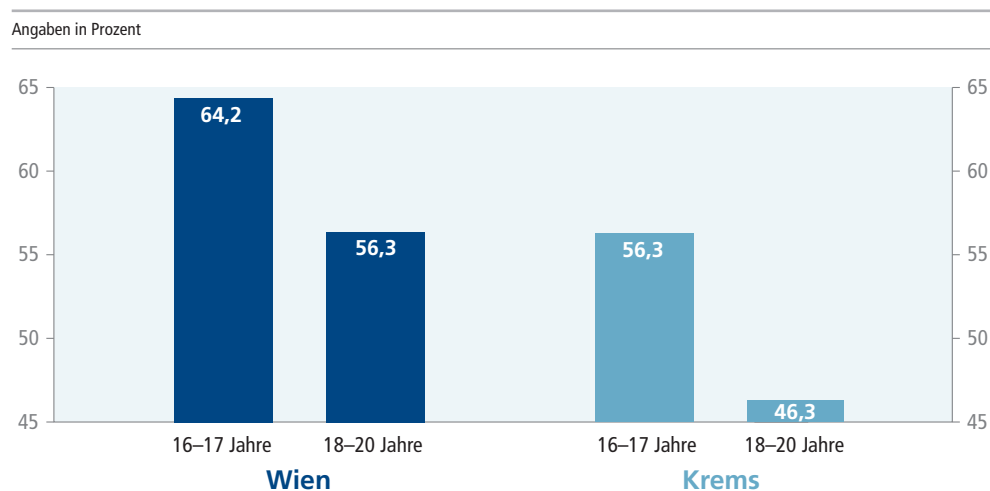


In Österreich stimmen die 16- und 17-Jährigen zwar nur unterdurchschnittlich häufig ab, dafür gehen sie aber deutlich häufiger wählen als die älteren Erstwähler. Die geschätzte Beteiligungsrate der 16- und 17-Jährigen an den Nationalratswahlen 2008 entsprach mit 77 Prozent fast der realen österreichischen Wahlbeteiligung von 78,8 Prozent. Allerdings wirkten hier auch Einmaleffekte positiv auf die Wahlmotivation, da die jüngste Altersgruppe bei ihrer ersten Teilnahme stark im Fokus von (sozialen) Medien, Politik und Schulen stand (vgl. Schwarzer et al. 2009: 42).

Nach den Wahlen im Jahr 2013 gaben nur noch 63 Prozent der 16- und 17-Jährigen an, ihre Stimme abgegeben zu haben. Dieser Wert entspricht den Erwartungen: Er liegt einerseits unter der erhobenen Durchschnittsbeteiligung von 80 Prozent, andererseits aber über dem Wert für die 18- bis 20-Jährigen, von denen nur 59 Prozent angaben, zur Wahl gegangen zu sein (vgl. Aichholzer und Zeglovits 2014: 357 f.).

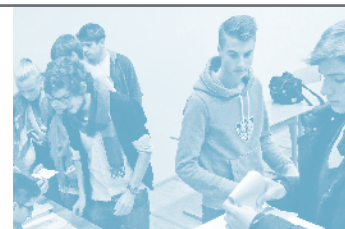
Abbildung 12 zeigt die tatsächlichen Beteiligungsquoten der beiden jüngsten Altersgruppen für die Gemeinde- und Kommunalwahlen in Wien (2010) und Krems (2012).

Abbildung 12: Wahlbeteiligung der jungen Wähler bei den Gemeinde- und Kommunalwahlen in Wien (2010) und Krems (2012)



Quelle: Aichholzer und Zeglovits 2014.

BertelsmannStiftung

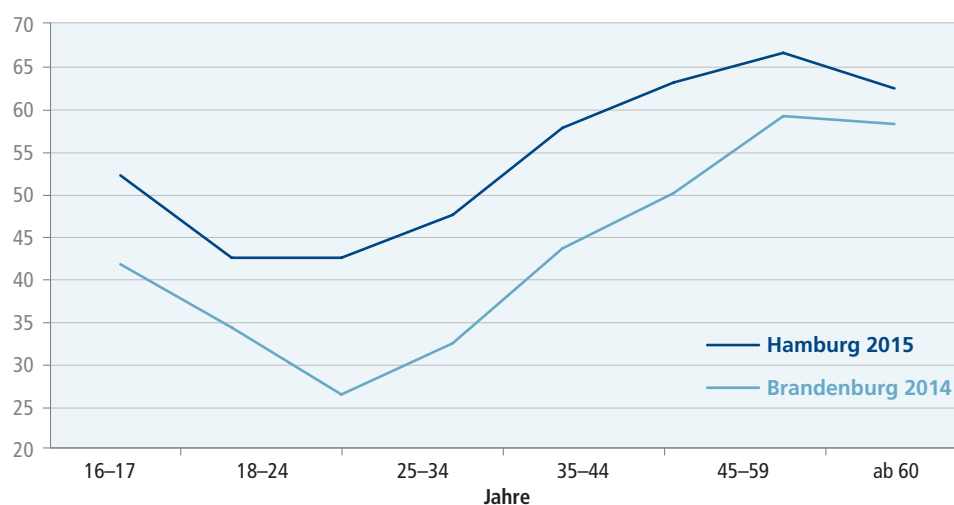


In Wien stimmten die jüngsten Wähler mit 64,2 Prozent beinahe auf durchschnittlichem Niveau ab (67,6 Prozent). Die Quote der 16- und 17-Jährigen lag damit acht Prozentpunkte höher als die der 18- bis 20-Jährigen (56,3 Prozent). Auch in Krems lag die Beteiligungsrate der jüngsten Wahlberechtigten mit 56,3 Prozent nur knapp unter dem Durchschnittswert (62,6 Prozent). Der Abstand zu den älteren Erstwählern war hier mit zehn Prozentpunkten noch höher als in Wien. In beiden Städten lagen die Quoten der 16- und 17-Jährigen auch über denen der 21- bis 25-Jährigen (vgl. Aichholzer und Zeglovits 2014: 357 f.).

Abbildung 13 zeigt die Wahlbeteiligungen für alle Altersgruppen bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg 2015 sowie bei der Landtagswahl in Brandenburg 2014.

Abbildung 13: In Hamburg und Brandenburg nutzen die 16- und 17-Jährigen die Chance zur Wahlteilnahme

Angaben in Prozent



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2015, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2014. | BertelsmannStiftung

In Hamburg haben 52,1 Prozent der jüngsten Wahlberechtigten an der Bürgerschaftswahl 2015 teilgenommen. Ihre Quote lag damit leicht unterhalb des Durchschnitts von 57,7 Prozent.⁵ Im Vergleich zu den nachfolgenden Altersgruppen beteiligten sie sich jedoch deutlich häufiger: Der Anteil der Wähler ist bei den 18- bis 24-Jährigen mit 42,3 Prozent um fast ein Viertel geringer und liegt selbst bei den 25- bis 34-Jährigen mit 47,3 Prozent noch über zehn Prozent niedriger als bei den Jüngsten. Erst ab einem Alter von 35 Jahren beteiligen sich die Hamburger häufiger an Wahlen (57,7 Prozent) als die 16- und 17-Jährigen.



⁵ Im Folgenden werden bei der Analyse der drei deutschen Bundesländer die Werte aus den repräsentativen Wahlstatistiken verwendet, die geringfügig von den amtlichen Endergebnissen abweichen. In Hamburg lag die tatsächliche Wahlbeteiligung zum Beispiel bei 56,5 statt bei den in der repräsentativen Statistik ausgewiesenen 57,7 Prozent.



In Brandenburg lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung im Jahr 2014 bei nur 48,5 Prozent. Von den 16- und 17-Jährigen gingen lediglich 41,5 Prozent zur Wahl. Im Vergleich zu den älteren Gruppen war dies aber noch ein gutes Ergebnis: Die 18- bis 20-Jährigen (34 Prozent) und die 25 bis 29-Jährigen (30 Prozent) hatten nur noch zu etwa einem Drittel, die 21- bis 24-Jährigen (26,2 Prozent) nur noch zu einem Viertel teilgenommen. Damit war der Anteil der Wähler bei den 20- bis 29-Jährigen fast 50 Prozent geringer als in der Gruppe der 16- und 17-Jährigen. Erst die über 40-Jährigen gingen häufiger zur Wahl als die jüngsten Wähler.

Insgesamt war die Wahlbeteiligung in Brandenburg von der Landtagswahl 2009 (Beteiligung von 67,5 Prozent) zu 2014 um fast 30 Prozent gesunken. Von den 21- bis 30-Jährigen nahmen 2014 nur noch halb so viele teil wie 2009.



In Bremen durften die 16- und 17-Jährigen bereits zweimal an der Bürgerschaftswahl teilnehmen. Abbildung 23 zeigt die Beteiligung der einzelnen Altersgruppen bei den Wahlen 2011 und 2015.⁶ 2011 lag die Wahlbeteiligung der Jungwähler (16 bis 20 Jahre) laut repräsentativer Wahlstatistik mit 52,2 Prozent unter dem Bremer Mittel von 57,0 Prozent. Das Bremische Innenministerium weist für die Gruppe der 16- und 17-Jährigen eine Quote von 53,5 Prozent aus. Damit war die Wahlbeteiligung der Jüngsten 2011 höher als die der 18- bis 20-Jährigen (vgl. Senator für Inneres und Sport 2010: 7). Auch die nachfolgenden Altersgruppen bis 34 Jahre beteiligten sich in Bremen – genauso wie in Hamburg und Brandenburg – seltener als die Jüngsten. Erst die ab 35-Jährigen nahmen wieder häufiger teil.

Die Wahlbeteiligung bei der Bremischen Bürgerschaftswahl ist von 2011 bis 2015 um insgesamt fünf Prozentpunkte auf nur noch knapp über 50 Prozent gesunken. Die 16- und 17-Jährigen beteiligten sich 2015 mit 46 Prozent unterdurchschnittlich. Im Vergleich zu ihnen gingen ältere Gruppen deutlich seltener zur Wahlurne: Die Quote der 25- bis 29-Jährigen lag mit 36,5 Prozent um ein Viertel und die der 30- bis 35-Jährigen mit 40,6 Prozent immer noch um ein Achtel niedriger als bei den jüngsten Wählern.

Die niedrige Gesamtbeteiligung bei der Bremischen Bürgerschaftswahl 2015 ging also weniger auf das Konto der jüngsten Wähler als auf das der nachfolgenden Altersgruppen. Zudem ist die Beteiligungsquote der 25- bis 40-Jährigen von 2011 zu 2015 stärker gefallen als bei den jüngsten Wahlberechtigten. Negative wahl-spezifische Effekte hatten somit auf die 16- und 17-Jährigen einen geringeren Einfluss als auf die älteren Gruppen.

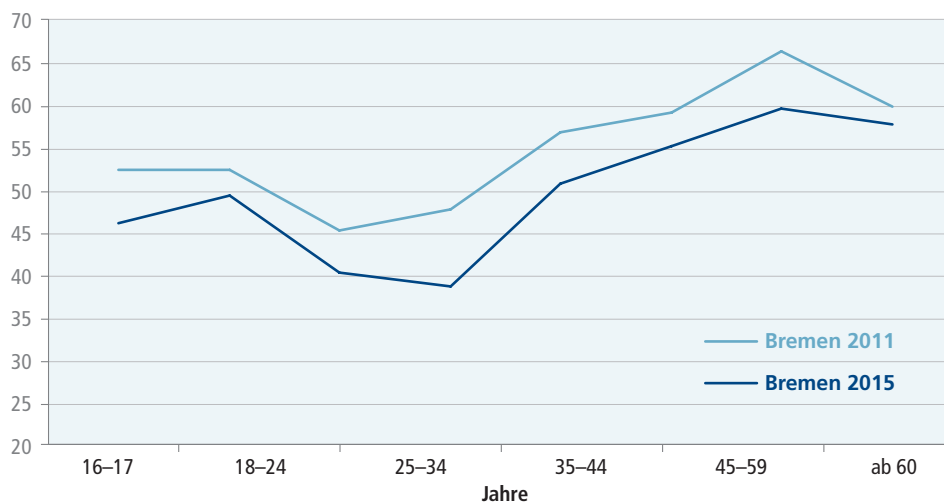
Die höhere Beteiligung der 16- und 17-Jährigen ist kein Zufall und auch nicht die Folge eines Einmaleffekts. Die Jüngsten gehen häufiger wählen und ihre Beteiligung ist auch stabiler als die der 20- und 30-Jährigen. In diesen Ergebnissen spiegeln sich die demokratischen Werte der Jugend-

⁶ Bei der Bürgerschaftswahl 2011 liegen Beteiligungswerte nach Altersgruppen nur für die Stadt Bremen vor. Zur Vergleichbarkeit basiert die Untersuchung daher auch für 2015 nur auf Daten für die Stadt Bremen.



Abbildung 14: In Bremen nutzen die 16- und 17-Jährigen die Chance zur Wahlteilnahme

Angaben in Prozent



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen 2011 und 2015.

| BertelsmannStiftung

lichen: Im Jahr 2015 halten fast drei Viertel der Jugendlichen Wählen für eine Bürgerpflicht (72 Prozent). Im Vergleich zu 2002 entspricht dies einer Steigerung um 16 Prozent (vgl. Schneekloth 2015: 179).

3. Jugendliche sind politisch kompetent

Voraussetzung für eine individuell präferenzgemäße Wahlentscheidung ist eine hinreichende Menge an Information und Wissen: Wer wählen geht, sollte politisch informiert sein. In dieser Hinsicht ist bei den 16- und 17-Jährigen kein Defizit festzustellen. Die Mehrheit der jüngsten Wahlberechtigten verfügt bereits über das notwendige politische Wissen und ist auch hinreichend kompetent und reif genug, um die Alternative zu wählen, die ihren politischen Präferenzen, ihren Einstellungen und ihrer Weltanschauung am meisten entspricht.

Das politische Wissen der Jugendlichen ist zwar im Vergleich zu älteren Wählern leicht unterdurchschnittlich ausgeprägt, was aber in Anbetracht des geringeren Alters weder überrascht noch ein Problem darstellt. Ähnlich wie beim politischen Interesse bestehen jedoch auch hier keine signifikanten Unterschiede zwischen den jüngsten Wählern und den etwas älteren Altersgruppen.

Die Kompetenz der jungen Wähler spiegelt sich auch in ihrem Wahlverhalten wider. Tatsächlich weichen die Wahlergebnisse in der untersten Altersgruppe vom Durchschnitt ab. Junge Bürger nutzen bei ihren Entscheidungen andere Heuristiken und Wege. Sie fokussieren sich stärker auf

konkrete Sachverhalte als auf globale Programme. Außerdem sind sie (noch) weniger an Parteien gebunden. Ihre politischen Entscheidungen treffen sie offener und unvoreingenommener. Daher stimmen sie auch häufiger für kleine und neue Parteien, die für einzelne greifbare Themen stehen. Dieses Abstimmungsverhalten darf jedoch nicht mit einer Vorliebe für radikale Parteien verwechselt werden. Die 16- und 17-Jährigen stimmen zwar im Vergleich zu älteren Wählern anders ab, zeigen aber keine überdurchschnittlich hohe Affinität zu populistischen oder extremen Parteien. Auch hier geben die nachfolgenden Altersgruppen – in demokratischer Hinsicht – ein deutlich schlechteres Bild ab. In Kombination mit deren geringer Wahlbeteiligung kommen die hohen Ergebnisse von populistischen und radikalen Parteien dort besonders stark zur Geltung.



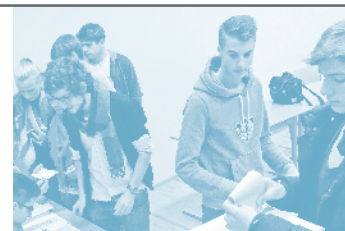
In Österreich sind wichtige zivilgesellschaftliche Attribute und das generelle Verständnis von Politik und Demokratie in der jüngsten Altersgruppe nicht anders ausgeprägt als in der übrigen Wählerschaft (vgl. Karlhofer 2010: 190). So sind über 70 Prozent der 16- und 17-Jährigen in Österreich zufrieden bzw. sehr zufrieden mit der Demokratie. Unter den 18-Jährigen sind es nur 59 Prozent (vgl. Schwarzer et al. 2009: 23).

Beim politischen Wissen zeigen sich zwischen den 16- und 17-Jährigen und den 18- bis 20-Jährigen weder bei Selbsteinschätzungen noch bei Befragungen signifikante Unterschiede (vgl. Kritzinger, Zeglovits und Oberluggauer 2013: 24). Insgesamt gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass das Alter Einfluss darauf hat, ob Bürger in Österreich gemäß ihrer politischen Präferenzen abstimmen oder nicht (vgl. Zeglovits 2013: 252 f.; Wagner, Johann und Kritzinger 2012: 380 f.).

Die Wahlentscheidungen der 16- und 17-Jährigen weichen in Österreich allerdings vom Gesamtergebnis ab. Bei der Nationalratswahl 2008 musste insbesondere die SPÖ starke Einbußen bei den jüngsten Wählern hinnehmen. Überdurchschnittliche Ergebnisse erreichten in dieser Altersklasse dagegen die Grünen und vor allem die Rechtspopulisten der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) sowie des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). Ein ähnliches Bild zeigte sich bei der Nationalratswahl 2013. Neben FPÖ und Grünen erzielte auch die neu angetretene Partei Das Neue Österreich (NEOS) in der jüngsten Altersgruppe ein überdurchschnittliches Ergebnis (vgl. Johann et al. 2014: 194).

Die jüngsten Wähler präsentieren sich somit als sehr heterogene Gruppe. Ihre Wahlentscheidungen lassen sich unter anderem mit ihrer unterschiedlichen schulischen Bildung bzw. dem individuellen Berufsstand erklären: 16- und 17-Jährige, die weiterführende Schulen besuchen und ein Hochschulstudium anstreben, wählen zum Beispiel häufig die Grünen. Auszubildende und bereits Berufstätige stimmen dagegen tendenziell für rechtsorientierte Parteien (vgl. Karlhofer 2010: 188–190).

In Deutschland zeugt die Ausprägung individueller Merkmale bei Jugendlichen von einer hohen Demokratiezufriedenheit: Drei Viertel der 15- bis 25-Jährigen haben Vertrauen in die Demokratie (73 Prozent). Im Jahr 2002 waren es nur 60 Prozent, folglich ist das Vertrauen um ein Fünftel



gewachsen. Auch das Vertrauen in die wichtigsten staatlichen Institutionen wie Polizei, Gerichte und die Bundesregierung ist hoch. Der Aussage, dass die Demokratie eine gute Staatsform ist, stimmen 85 Prozent der deutschen Jugendlichen zu (vgl. Schneekloth 2015: 173–176).

In Bremen stellte der eingesetzte Bürgerschaftsausschuss fest, dass Jugendliche heute im Alter von 16 Jahren so reif sind, dass sie von ihrem Wahlrecht bewusst Gebrauch machen (vgl. Bremische Bürgerschaft 2009: 3835). Die Wahlentscheidungen der untersten ausgewiesenen Altersgruppe (16 bis 24 Jahre) weichen allerdings auch in der Hansestadt vom Durchschnittsergebnis ab: Die Jungwähler stimmten häufiger für die Grünen, die Linke und die in der Wahlstatistik nicht genauer aufgeschlüsselten sonstigen Parteien als ältere Wählerschichten. Seltener wurden dagegen CDU, SPD, FDP und AfD gewählt. Hervorzuheben ist, dass der Stimmenanteil der rechtspopulistischen „Bürger in Wut“ in keiner Altersgruppe geringer war als bei den jüngsten Wählern.



In Brandenburg kam der Landtag 2011 zu dem Schluss, dass junge Menschen bereits ab 16 über die erforderliche Reife verfügen, begründete Wahlentscheidungen zu treffen (vgl. Brandenburger Landtag 2011: 33). Bei den Landtagswahlen im Jahr 2014 verloren SPD, Linke und AfD in der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen im Vergleich zum Durchschnitt deutlich. Insbesondere Grüne und Piraten erzielten dagegen ein besseres Ergebnis. Allerdings wählten die 16- bis 24-Jährigen auch überdurchschnittlich häufig die rechtsextreme NPD. Ein Teil der jungen Brandenburger sympathisiert also mit dem rechten Lager. So stimmten im Jahr 2010 auch drei Prozent der Brandenburger Jugendlichen rechtsextremen Aussagen völlig und 10,5 Prozent zumindest tendenziell zu (vgl. Sturzbecher et al. 2010: 12). Diese Orientierung nach rechts ist allerdings ein gesamtgesellschaftliches Problem und nicht nur auf Jugendliche beschränkt: Bei den Wahlen 2014 erhielt die NPD von der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre 16 Prozent mehr Stimmen als von den jüngsten Wählern.



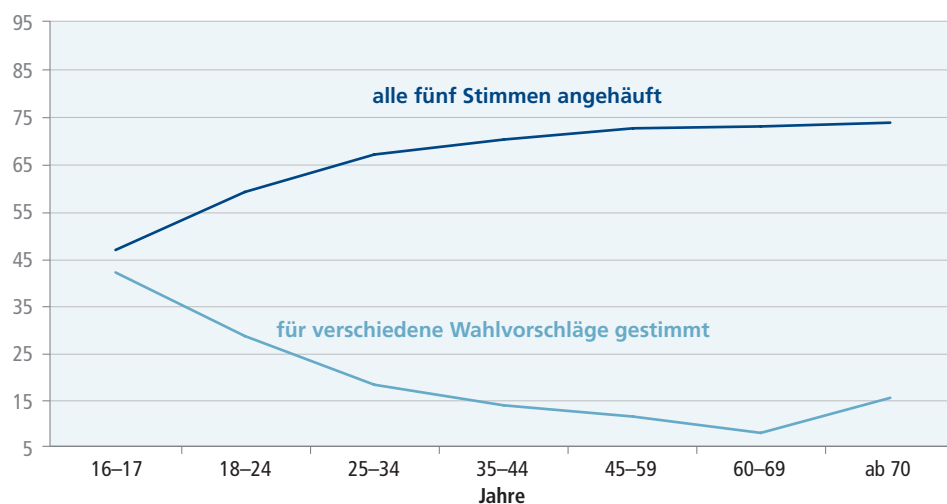
Auch in Hamburg weichen die Wahlentscheidungen der Erstwähler vom Gesamtergebnis ab. Laut repräsentativer Wahlstatistik stimmen die 16- und 17-Jährigen in der Hansestadt deutlich seltener für die SPD, die CDU sowie die AfD. Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen in dieser Altersgruppe dagegen die Grünen, die Linke und die nicht weiter aufgeschlüsselten sonstigen Parteien.



Vor allem zeigen sich in Hamburg deutliche Unterschiede im Wahlverhalten. Die jüngsten Wähler nutzen die Möglichkeiten des Wahlrechts viel umfassender als Ältere. So besteht bei den Bürgerschaftswahlen die Möglichkeit, fünf Stimmen frei zwischen Parteien und Kandidaten zu verteilen. Abbildung 24 illustriert, dass 16- und 17-Jährige diese Möglichkeit viel stärker nutzen als die anderen Wähler.

Abbildung 15: Junge Wähler nutzen die Möglichkeiten des Hamburger Wahlsystems viel stärker als Ältere

Angaben in Prozent



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2015.

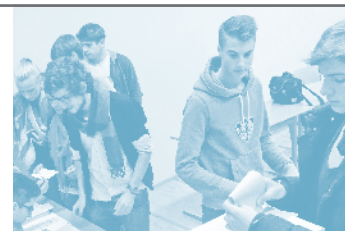
BertelsmannStiftung

2015 verteilten über 40 Prozent der 16- und 17-jährigen Wähler ihre Stimmen zwischen unterschiedlichen Parteien. Zum Beispiel stimmen sie sowohl für die SPD als auch für die CDU. Dies taten insgesamt nur 15 Prozent der Hamburger Wähler. Die Häufigkeiten für dieses differenzierte Wahlverhalten gibt die untere Kurve in Abbildung 24 an.

Die obere Kurve zeigt, welcher Anteil einer Altersgruppe alle fünf verfügbaren Stimmen nur einer Partei oder einem Kandidaten gegeben hat. Von den jüngsten Wählern hat nicht einmal die Hälfte so abgestimmt. In den höheren Altersgruppen vergaben hingegen fast drei Viertel ihre Stimmen an nur einen Wahlvorschlag.

Ein hoher Anteil der Jungwähler versucht folglich, die eigenen politischen Präferenzen und Wünsche bei der Wahl differenziert zu kommunizieren. Obwohl Jungwähler ihre Stimmen häufiger auf Kandidaten und Parteien verteilen als ältere Wählergruppen, liegt bei ihnen der Anteil an ungültigen Stimmen mit 2,7 Prozent deutlich unter dem Wert der älteren Wähler (über 5 Prozent).⁷ Dass die 16- und 17-Jährigen die Abstimmungsmöglichkeiten in Hamburg nutzen, zeigt, dass sie sich mit dem Wahlsystem in der Hansestadt auseinandergesetzt haben. Das untermauert ebenso ihre politische Kompetenz wie auch ihr vorhandenes Interesse an Politik und den Bürgerschaftswahlen.

⁷ Auch bei der Bremischen Bürgerschaftswahl 2015 war der Anteil an ungültigen Stimmen in der untersten Altersgruppe nicht höher als im Durchschnitt.



4. Jugendliche brauchen Unterstützung

Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre soll vor allem das politische Interesse und das Engagement der jüngsten Wahlberechtigten steigern. Dafür ist es notwendig, die jungen Wähler auf ihre erste Stimmabgabe vorzubereiten. Eine Reform des Wahlrechts muss daher mit entsprechenden Maßnahmen flankiert werden.

Grundsätzlich dienen solche Begleitmaßnahmen, wie bei anderen institutionellen Neuerungen und Reformen, dazu, die Betroffenen über die Änderungen und neuen Möglichkeiten zu informieren und ihr Interesse zu wecken. Diese Maßnahmen sollen nicht nur die Aufmerksamkeit der 16- und 17-Jährigen für Wahlen, sondern auch ihre Motivation, daran teilzunehmen und ihr politisches Faktenwissen erhöhen. Das Ziel der Maßnahmen ist es, möglichst viele der 16- und 17-Jährigen zur Beteiligung zu motivieren und sie in die Lage zu versetzen, die für sie richtigen politischen Entscheidungen zu treffen.

Die Unterstützung der 16- und 17-Jährigen ist umso wichtiger, als sich ihr Zugang zu Politik von dem der älteren Bürger wesentlich unterscheidet. Jugendliche begreifen Politik aus ihrer eigenen unmittelbaren Lebenswelt heraus und stehen institutioneller Politik häufig distanziert gegenüber. Daher ist es wichtig, ihnen zu helfen, die eigenen Probleme und Wünsche mit aktuellen politischen Themenfeldern zu verknüpfen. Entsprechende Kampagnen und Aktionen sind eine Möglichkeit, um auf Jugendliche zuzugehen und ihr politisches Verständnis und Interesse zu steigern.

„Wählen ab 16“ bietet eine große Chance, Jugendlichen einen Impuls zu geben, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Denn durch das aktive Wahlrecht gewinnt politisches Wissen für sie an Relevanz. Sie sind motivierter, sich mit politischen Themen und Fragestellungen auseinanderzusetzen. Der Stellenwert politischer Bildung nimmt zu. Einer entsprechenden Ansprache und Förderung stehen die Jugendlichen offener gegenüber. Ideale Voraussetzungen, um ihr politisches Engagement durch geeignete Maßnahmen substanziell zu fördern.

Aus gesellschaftspolitischer Perspektive sind unterstützende Maßnahmen bedeutsam, weil politische Teilhabe schon bei Jugendlichen einer sozialen Spaltung unterliegt. Sozialindikatoren wie Einkommen, Bildung und Berufsstand bestimmen das politische Interesse, das politische Wissen und die Motivation, wählen zu gehen. Was Studien der Bertelsmann Stiftung grundsätzlich für die politische Partizipation gezeigt haben, gilt bereits bei Jugendlichen: Sozioökonomisch schwächere Schichten beteiligen sich deutlich seltener an Wahlen. Viele Jugendliche, die in politikfernen und sozial schwachen Haushalten aufwachsen, erleben keine politische Sozialisation – weder im Elternhaus noch im Freundeskreis oder im Sportverein. Ohne Unterstützung bleiben diese Jugendlichen aus den typischen Nichtwählermilieus mit hoher Wahrscheinlichkeit ihr ganzes Leben der Politik fern und nehmen höchstens sporadisch an Wahlen teil. Ihre politische Integration gelingt nur durch eine gezielte Förderung.

In Deutschland zeigt sich die soziale Spaltung bei Jugendlichen in einem unterschiedlich ausgeprägten politischen Interesse. Dieses wird stark von den Eltern determiniert, die apolitische Einstellungen an ihre Kinder weitergeben. Demgegenüber interessieren sich Jugendliche aus politisch affinen Elternhäusern mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls für Politik (vgl. Schneekloth 2010: 130–136). Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass der Stellenwert von Politik im eigenen Elternhaus die Wahlbeteiligung stark beeinflusst: Wird dort häufig über Politik gesprochen, gehen die Befragten fast immer zur Wahl (91 Prozent). Spricht man zu Hause jedoch nur selten oder nie über Politik, sinkt die Wahlwahrscheinlichkeit auf 55 Prozent (vgl. Petersen et al. 2013: 14–15). Die politische Haltung der Eltern vererbt sich folglich auf die Kinder, wodurch die soziale Spaltung bei politischem Interesse und Engagement zementiert wird.

Ein weiterer Indikator für soziale Spaltung ist der Bildungsstand der Jugendlichen: Während sich im Jahr 2015 mehr als die Hälfte aller (angehenden) Abiturienten (52 Prozent) als politisch interessiert einstuft, tun dies lediglich ein Drittel der Realschüler (33 Prozent) und nur ein Viertel der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss (24 Prozent) (vgl. Schneekloth 2015: 160).

Auch die soziale Peergroup beeinflusst das individuelle Wahlverhalten. Die Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt ebenfalls, dass Befragte mit einer Wahrscheinlichkeit von 77 Prozent an Wahlen teilnehmen, wenn sie glauben, dass ihre Freunde dies auch tun. Geht in ihrer Peergroup dagegen nur eine Minderheit wählen, sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme auf 19 Prozent (vgl. Petersen et al. 2013: 13–14). Besonders in prekären, bildungsfernen Stadtteilen sowie in den typischen Nichtwählermilieus senken diese sozialen Interaktionseffekte die ohnehin nur gering ausgeprägte Wahlgewohnheit und Teilnahmemotivation.



Für Hamburg zeigt eine Studie der HAW zur Bürgerschaftswahl 2015, wie stark die Wahlteilnahme von jungen Wählern durch das Verhalten ihrer Eltern und der sozialen Peergroup bestimmt wird. Gingen die Eltern zur Wahl, nahmen 80,6 Prozent der befragten 16- bis 21-Jährigen ebenfalls teil. Waren die Eltern Nichtwähler, beteiligten sich lediglich 16,1 Prozent. Die Beteiligung war folglich fünfmal höher, wenn im Elternhaus gewählt wurde (vgl. Studiengruppe der HAW 2015: 36 f.). Gleiches gilt für den Freundeskreis: Gingen die Freunde wählen, beteiligten sich 76,3 Prozent der Befragten, nahmen sie nicht an der Bürgerschaftswahl teil, sank die Quote auf 26,8 Prozent (vgl. Studiengruppe der HAW 2015: 39 f.).

In der Hansestadt spiegelte die Beteiligung an der Bürgerschaftswahl 2015 zudem die sozialen Unterschiede wider. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt: In den Stadtteilen mit nur geringer Wahlbeteiligung waren sozial schwache Milieus 36-mal stärker vertreten als in Stadtteilen mit hoher Beteiligungsquote. Auch lag hier die Arbeitslosenquote um das Fünffache höher und der Anteil an Haushalten ohne Schulabschluss war doppelt so hoch (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015b: 6). Da sich die politische Teilhabe in der jüngsten Altersgruppe stark am Elternhaus und an der sozialen Peergroup im Stadtteil orientiert, sind diese Ergebnisse auf die 16- und 17-Jährigen übertragbar. Schon bei ihnen ist die politische Partizipation durch eine starke soziale Spaltung gekennzeichnet. Je prekärer und bildungsferner ihr Lebensumfeld ist, desto seltener beteiligen sie sich an Wahlen.



Auch in Bremen war die Beteiligung an der Bürgerschaftswahl 2015 stark vom sozialen Hintergrund geprägt: In den Ortsteilen mit geringer Wahlbeteiligung waren sozial schwache Milieus zehnmal stärker vertreten als in Stadtteilen mit hoher Beteiligungsquote. Die Arbeitslosenquote war um das Dreieinhalbfache höher und der Anteil an Haushalten ohne Schulabschluss doppelt so hoch (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a: 6). Und auch in Bremen sind die Ergebnisse für die gesamte Wählerschaft auf die Altersgruppe der 16- und 17-Jährigen übertragbar. Schon bei ihnen ist die politische Partizipation sozial gespalten. Es gilt auch hier: Je prekärer und bildungsferner das Lebensumfeld der Jugendlichen ist, desto seltener beteiligen sie sich an Wahlen.



In Österreich zeigen sich bei Jugendlichen deutliche Unterschiede zwischen Auszubildenden bzw. Berufstätigen und Schülern. 16- und 17-Jährige, die weiterführende Schulen besuchen, zeigen sich viel häufiger politisch interessiert (vgl. Zeglovits und Schwarzer 2011: 260). Sie konnten bei Befragungen über 25 Prozent mehr korrekte Antworten zu politischen Themen geben als gleichaltrige Berufstätige oder Auszubildende (vgl. Kritzinger, Zeglovits und Oberluggauer 2013: 23). Zudem haben Berufs- und Bildungsstand in Österreich auch einen deutlichen Einfluss auf die Wahlentscheidung: Jungwähler, die auf eine weiterführende Schule gehen und ein Hochschulstudium anstreben, stimmen tendenziell eher für Parteien aus dem politischen Mitte-Links-Spektrum – insbesondere für die Grünen. Auszubildende oder Berufstätige stimmen dagegen überdurchschnittlich häufig für die Rechtspopulisten – insbesondere die FPÖ (vgl. Karlhofer 2010: 189 f.).



Entsprechende Zusammenhänge zeigen sich auch bei der Wahlbeteiligung. In Österreich gehen Jugendliche, die eine Ausbildung machen oder schon berufstätig sind, seltener wählen als ihre Altersgenossen, die weiterführende Schulen besuchen (vgl. Kritzinger, Zeglovits und Oberluggauer 2013: 32).

Unterstützende Maßnahmen für Jugendliche

Sowohl in den drei Bundesländern Deutschlands als auch in Österreich sind die 16- und 17-Jährigen durch begleitende Maßnahmen auf ihre ersten Wahlen vorbereitet worden. Es gab zahlreiche Projekte, Kampagnen und Aktionen, initiiert von unterschiedlichen Trägern wie Parlamenten, Regierungen, Schulen, Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Je nach Wirkungshorizont kann man diese in kurzfristige, direkt auf anstehende Wahlen fokussierende, und langfristige, auf die nachhaltige Förderung demokratischer Bildung und Werte abzielende Aktionen unterscheiden.

In den deutschen Bundesländern wurden vor allem Maßnahmen umgesetzt, die die Aufmerksamkeit und Teilnahmemotivation im Vorfeld der Wahlen erhöhen und die jungen Bürger gezielt auf ihre erste Wahl vorbereiten sollten. Die Initiatoren der entsprechenden Kampagnen und Projekte waren neben den Landesparlamenten und Ministerien zivilgesellschaftliche Organisationen. So wurden in allen drei Bundesländern beispielsweise Juniorwahlen durchgeführt, eine realistisch gestaltete Probeabstimmung vom Berliner Verein Kumulus e. V.





Vom Verein Kumulus e. V.
organisierte Juniorwahl.
Foto: Kumulus e. V.

Juniorwahl von Kumulus e. V.

Die Juniorwahl ist ein vom Verein Kumulus e.V. organisiertes, handlungsorientiertes Projekt zur politischen Bildung von Jugendlichen. Im Mittelpunkt steht eine Probeabstimmung, die im Schulunterricht stattfindet. Die Juniorwahl findet vor richtigen Wahlen statt und ihr Ergebnis wird immer am „echten“ Wahlsonntag um 18 Uhr auf www.juniorwahl.de veröffentlicht.

Die Juniorwahl richtet sich schwerpunktmäßig an Jugendliche der neunten und zehnten Jahrgangsstufe, d. h. an Schüler im Alter von 15 und 16 Jahren. Grundsätzlich können aber alle weiterführenden Schulen und Jugendlichen von Klasse 7 bis zur Oberstufe daran teilnehmen.

Die Juniorwahl ist in den Unterricht eingebettet. Dazu werden praxisorientierte, didaktisch aufbereitete Unterrichtsmaterialien zu den Themen Demokratie, Wahlsysteme, Wahlkämpfe und Parteien bereitgestellt. Im Durchschnitt werden in den Schulklassen für die Abstimmung sowie für die Vor- und Nachbereitung der Probewahlen etwa sechs Unterrichtsstunden aufgewendet, meist in den Fächern Sozialkunde, Geschichte und Politik.

Im Rahmen der Juniorwahl debattieren Jugendliche in ihrer sozialen Peergroup über politische Inhalte. So steigt nicht nur die Aufmerksamkeit für reale Wahlen. Durch die Diskussionen und die Abstimmung im Klassenverband erlernen Schüler demokratische Prinzipien und erfahren politische Partizipation als soziale Handlung.

Als indirekter Impuls kann sich die gestiegene Aufmerksamkeit und Motivation der Kinder und Jugendlichen auf die Eltern übertragen: In der Folge steigt dann auch deren Wahrscheinlichkeit für eine Wahlteilnahme.

94 Prozent der teilnehmenden Schulen bewerten die Juniorwahl als sehr gutes oder gutes Konzept zur politischen Bildung. 99 Prozent möchten erneut an einer Juniorwahl teilnehmen.

Seit 1999 werden Juniorwahlen vor Bundestags-, Landtags- und Europawahlen veranstaltet. Mittlerweile haben ca. 1,8 Mio. deutsche Schüler daran teilgenommen. Auch in Bremen, Brandenburg und Hamburg wurden die Juniorwahlen an vielen Schulen durchgeführt. Auf Beschluss des Brandenburger Landtages fand vor der Wahl 2014 an 104 von ca. 350 weiterführenden Schulen eine Juniorwahl statt. 20.640 Schüler beteiligten sich daran. In Hamburg entschied die Bürgerschaft vor der Bürgerschaftswahl 2015, dass eine Juniorwahl stattfinden sollte. 54 von ca. 150 weiterführenden Schulen nahmen mit insgesamt 13.461 Schülern daran teil. In Bremen wurde die Juniorwahl von Bürgerschaft, Senat und der Landeszentrale für politische Bildung unterstützt. Dort nahmen mit 66 Schulen sogar zwei Drittel der ca. 100 weiterführenden Schulen mit insgesamt 9.247 Schüler teil (vgl. Kumulus e.V. 2015).



In Hamburg lief die zentrale Motivationskampagne der Hamburger Bürgerschaft vor der Wahl im Februar 2015 unter dem Slogan „Du bist entscheidend!“. Neben Informations- und Imageaktionen fanden unter dem Titel „It’s your choice“ an vielen Hamburger Schulen Podiumsdiskussionen mit jungen Politikern statt. Die Bundeszentrale für politische Bildung und der Landesjugendring boten an Schulen und Jugendzentren die Teilnahme an einem analogen Wahl-O-Mat.



Der analoge Wahl-O-Mat in Hamburg

In Hamburg haben der Landesjugendring und die Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt von der Hamburger Bürgerschaft eine analoge Version des Wahl-O-Mat angeboten.

Jugendliche konnten politischen Thesen zustimmen oder sie ablehnen und nachfolgend ihre Bewertungen mit den Ansichten der politischen Parteien vergleichen – allerdings nicht wie gewohnt per Maus-klick im Internet, sondern ganz real. Dazu wurden 38 politische Thesen auf Lkw-Planen übertragen. Die Jugendlichen äußerten ihre Zustimmung bzw. Ablehnung, indem sie rote und grüne Aufkleber verteilten.

Die Bewertung der Aussagen fand im Klassenverband statt. Dadurch entwickelten sich unmittelbar Diskussionen zwischen den Teilnehmern über Inhalte und Einstellungen zu konkreten Themen. Bei Fragen und Problemen standen Betreuer bereit. Die Jugendlichen debattierten in ihrer sozialen Peergroup, setzten sich ohne Lenkung von oben mit politischen Inhalten auseinander und erlebten demokratische Teilhabe als soziale Handlung.

Der analoge Wahl-O-Mat wurde vor der Bürgerschaftswahl 2015 an 26 verschiedenen Orten in Hamburg aufgestellt, zum Beispiel an Schulen und Jugendzentren. Die Erfahrungen in Hamburg haben gezeigt, dass der analoge Wahl-O-Mat überall erfolgreich funktioniert: sei es an Gymnasien in reichen Stadtteilen oder in Jugendzentren in prekären Vierteln.



Jugendliche beim analogen Wahl-O-Mat in Hamburg.
Foto: Maria Wassersleben,
Landesjugendring Hamburg

In Bremen hat der zuständige Fachausschuss Bürgerschaft bereits im Jahr 2009 darauf hingewiesen, dass mit der Absenkung des Wahlalters auch intensive Vorbereitungsmaßnahmen für die Jugendlichen eingeführt werden müssen (vgl. Senator für Inneres und Sport 2010: 2).



Im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen 2011 und 2015 erfolgten dann auch entsprechende Aktionen. Vom 20. bis 24. April 2015 fanden wie schon zuvor in Hamburg im Rahmen einer „It’s your choice“-Tour zehn Diskussionsrunden mit jungen Politikern an Bremer Schulen statt. Ein weiteres Projekt war die Bremer Wahlwette, bei der Schüler gegen junge Bürgerschaftsabgeordnete (2015) oder Profifußballer (2011) antraten. Sieger wurde die Altersgruppe mit der höchsten Wahlbeteiligung – in beiden Jahren waren dies die Schüler. Vor der Wahl im Jahr 2011 riefen zudem zwei

Senatoren die Bremer Schüler ab 16 Jahren dazu auf, sich als Wahlhelfer zu melden. Diese Aktion war ein großer Erfolg: Am Wahlsonntag waren die Urnenvorstände in den Bremer Wahllokalen zu 25 Prozent mit Schülern besetzt (vgl. Senator für Inneres und Sport 2010: 2).



Auch in Brandenburg empfahl der Landtag, mit Herabsetzung des Wahlalters entsprechende Maßnahmen zur Förderung der politischen Bildung und des Demokratieverständnisses einzuführen (vgl. Landtag Brandenburg 2011: 10). Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung organisierte vor der Landtagswahl 2014 daher auch viele begleitende Maßnahmen, insbesondere die „Wahlwecker-Tour“. Für diese Mobilisierungskampagne tourten vor der Wahl sieben Jugendliche 16 Tage lang durch alle brandenburgischen Landkreise und kreisfreien Städte. Unterstützt von 38 Kooperationspartnern wie Kirchen und Verbänden wurden unterschiedliche Aktionen wie Unterricht an Schulen oder Wahlwetten durchgeführt. Parallel dazu fuhr ein mobiles Filmstudio durch Brandenburg, in dem Schüler Videoclips und Interviews zum Thema Wahlen drehen konnten. Um Jugendliche über die Landtagswahlen zu informieren und sie bei ihren Wahlentscheidungen zu unterstützen, wurden online kurze, animierte Erklärvideos im Webformat „Simpleshow“ angeboten. Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung brachte zudem die Broschüre „66 ½ Fragen zur Landtagswahl“ heraus, die Antworten auf (fast) alle Fragen rund um die Landtagswahl gibt. Der Landesjugendring Brandenburg organisierte das langfristige Projekt „Mach’s mit 16“, bei dem es ganz generell um die politische Teilhabe von Jugendlichen geht. Zur Landtagswahl 2014 wurden hierfür alle Schüler der 9. Jahrgangsstufe mit einer umfassenden Informationsbroschüre angesprochen.⁸



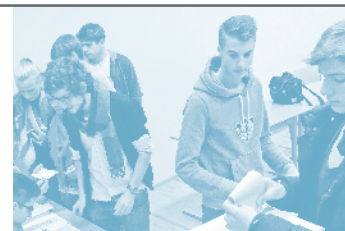
In Österreich wurden mit der Herabsetzung des Wahlalters neben kurzfristigen auch langfristig wirksame flankierende Maßnahmen beschlossen. So startete im November 2007 die gemeinsame Demokratie-Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Frauen (BMBWF)⁹ und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Unter dem Motto „Entscheidend bist du“ verfolgte die Initiative zwei nachhaltige Ziele: Die politische Wissensvermittlung an Schulen sollte verbessert und die Entwicklung der Jugendlichen zu selbstbestimmten demokratischen Persönlichkeiten gefördert werden. Hierzu wurden Schulen und Lehrer mit Unterrichtsmaterialien unterstützt und zusätzliche Aus- und Weiterbildungsprogramme für Lehrer eingeführt.

Das österreichische Parlament richtete im Oktober 2007 die Demokratie-Werkstatt und -Webstatt ein. Dieses Angebot richtete sich an Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 15 Jahren. Das Ziel reichte über die Vermittlung politischen Wissens hinaus: Die Demokratie-Werkstatt und -Webstatt sollte demokratisches Verständnis sowie soziale Werte und Normen vermitteln und Einblicke in demokratische Entscheidungsprozesse ermöglichen.

Ein großer Teil der Veränderungen betraf die Schulen. Erstens wurde hervorgehoben, dass politische Bildung in Österreich ein Unterrichtsprinzip ist: Quer durch alle Fächer soll es immer

⁸ Titel: „Wählen mit 16 heißt, die eigene Zukunft mitgestalten! Dein Recht. Deine Information“.

⁹ Damals noch das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK).



eine zentrale Intention des Unterrichts sein. Zweitens wurde ein Kompetenzmodell für politische Schulbildung mit dem Ziel entwickelt, den Schülern grundlegende Fähigkeiten zu vermitteln, um politisch denken, bewerten und entscheiden zu können. Drittens ist das Unterrichtsfach Politische Bildung seit Herbst 2008 nicht nur in der Oberstufe, sondern bereits in der Unterstufe Bestandteil des Curriculums (vgl. BGBl. 2008; BMBF 2015: 1–4; Schwarzer und Zeglovits 2013: 76 f.).

Vor der Nationalratswahl 2013 haben vier von fünf österreichischen Schülern an mindestens einer vorbereitenden politischen Aktivität teilgenommen. Die Aktionen fanden überwiegend in der Schule und im Unterricht statt. Jugendliche, die daran teilnahmen, entwickelten ein größeres politisches Interesse und gingen auch öfter zur Wahl (vgl. Kritzinger, Zeglovits und Oberluggauer 2013: 12–15).

In Österreich haben Regierung und Parlament auch mit Blick auf langfristige Ziele Maßnahmen formuliert. Deren Effekte waren allerdings kleiner als erwartet. Ursächlich hierfür sind vor allem die vorgezogenen Neuwahlen im Jahr 2008. Kurz nach der Wahlrechtsreform zerbrach die rot-schwarze Regierungskoalition. Statt erst 2010 durften die 16- und 17-Jährigen bereits zwei Jahre früher an den Nationalratswahlen teilnehmen. Insbesondere die Schulreformen konnten bis dahin noch keine Wirkung entfalten (vgl. Schwarzer und Zeglovits 2013: 76). Nach den Wahlen 2008 wurden viele der politischen Reformvorhaben und Maßnahmen dann nur noch halbherzig weitergeführt.

Entwicklungspotenziale der unterstützenden Maßnahmen

Sowohl in Österreich als auch in den drei deutschen Bundesländern Bremen, Brandenburg und Hamburg konnte durch die vielfältigen Aktionen und Kampagnen ein großer Teil der 16- und 17-Jährigen erreicht werden. Die Aufmerksamkeit und das Interesse für Wahlen und politische Themen bei den Jugendlichen wurden gesteigert. Auch wenn die Begleitmaßnahmen also grundsätzlich erfolgreich waren, war ihre Wirkung häufig nur auf die Wochen direkt vor und nach den Wahlen beschränkt. So können zwar kurzfristige, temporäre Effekte erzielt werden, ob mit solchen Aktionen allerdings auch langfristige positive Entwicklungen initiiert werden können, bleibt noch fraglich.

Das grundsätzliche Ziel ist es, jungen Menschen demokratische Bildung und Werte zu vermitteln und ihre politische Sozialisation zu unterstützen. Im Mittelpunkt steht dabei die Entwicklung der Jugendlichen zu selbstbestimmten demokratischen Persönlichkeiten. Um diese nachhaltige Wirkung zu erreichen, müssen begleitende Maßnahmen dauerhaft verankert werden. Die zentrale Institution für eine solche Förderung ist die Schule. Insbesondere weil man dort – einschließlich der Berufsschulen – über 90 Prozent der Jungwähler erreicht: Im Jahr 2014 waren von den 16- und 17-Jährigen 79 Prozent Schüler und 11,5 Prozent Auszubildende (Destatis 2015).¹⁰

¹⁰ Angaben für alle in Deutschland lebenden 16- und 17-Jährigen, inklusive Ausländern.

Abbildung 16: Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung der Jugendlichen



Quelle: Petersen et al. 2013, Studiengruppe der HAW 2015, eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung



In der Schule erlernen und erleben Schüler demokratische Prinzipien und Prozesse. In Diskussionen mit ihren Lehrern und Mitschülern üben sie sich ebenso in demokratischen Spielregeln wie auch durch die Teilnahme an schuldemokratischen Prozessen. Schüler machen so erste demokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen und ihr Interesse an politischer Teilhabe wird geweckt.

Von besonderer Bedeutung ist dies für die 16- und 17-Jährigen, deren politisches Interesse und Wissen im unmittelbaren sozialen Umfeld nur unzureichend gefördert werden. Die individuelle politische und demokratische Sozialisation ist ein Lernprozess, der bei Jugendlichen aus politikfernen, sozial benachteiligten Haushalten und typischen Nichtwählermilieus bestmöglich in der Schule stattfinden kann.

Die Entwicklung in Österreich verdeutlicht das Potenzial unterstützender Maßnahmen in den Schulen. Seit der Wahlrechtsreform 2007 hat sich dort die Bedeutung der Einflusskanäle für die politische Sozialisation Jugendlicher verschoben. Das schulische Umfeld hat an Relevanz gewonnen und ist für viele Jugendliche bereits heute die prägendste Determinante der eigenen politischen Werte und Einstellungen. Die Schule hat für sie in dieser Hinsicht eine höhere Bedeutung als das Elternhaus bekommen (vgl. Zeglovits und Zandonella 2013: 1096 f.). Jugendliche, die keine Form der politischen Bildung, Orientierung oder Auseinandersetzung im Elternhaus erleben, erhalten die Chance auf politische Integration. Die Folgen der sozialen Spaltung können bei Jugendlichen also zumindest mit Blick auf politische Teilhabe und Partizipation durch gezielte Maßnahmen verringert werden.

III. Kohortenanalyse der Wahlbeteiligung in Deutschland – Ergebnisse einer Simulationsrechnung 2017–2049

Die für diese Studie durchgeführten Szenarien- und Prognoserechnungen zur langfristigen Entwicklung der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Deutschland zeigen: Eine nachhaltig höhere Erstwählerbeteiligung erhöht langfristig auch die Gesamtwahlbeteiligung. Über Alters- und Kohorteneffekte wirkt die jeweilige Einstiegswahlbeteiligung eines Altersjahrgangs langfristig nach. In jeweils zwei verschiedenen Mobilisierungs- und Demobilisierungsszenarien wird die Wahlbeteiligung bis zur Bundestagswahl 2049 prognostiziert.

Laura Konzelmann

Zielsetzung

In dieser Studie wird die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen im Zeitraum von 1953 bis 2013 mittels kohortenanalytischer Verfahren untersucht. Durch die Kohortenanalyse wird eine Trennung von Perioden-, Alters- und Kohorteneffekten soweit möglich herbeigeführt. Bei Langzeitbetrachtungen kommen alle drei genannten Effekte ins Spiel. Das Identifikationsproblem, das die perfekte lineare Abhängigkeit dieser Effekte beschreibt, wird entschärft, indem nichtlineare Modellierungen der einzelnen Effekte gewählt werden; diese sind auch besser dazu geeignet, die in der Realität auftretenden Schwankungen in der Wahlbeteiligung zu erfassen.

Der **Periodeneffekt** umfasst Effekte, die mit den Umständen und Spezifika der verschiedenen Wahlen zusammenhängen. Dazu gehören Auswirkungen zum Beispiel der Wahlkämpfe, der wahlrelevanten Themen oder der Kandidaten. Der **Alterseffekt** beschreibt Veränderungen auf der Einstellungs- und Verhaltensebene, die mit dem individuellen Lebenszyklus und damit in Zusammenhang stehenden Anforderungen, Wünschen, Interessen und Bedürfnissen in Beziehung stehen. Mit Blick auf die Wahlbeteiligung ist damit häufig ein Gewöhnungseffekt gemeint. Das heißt, Bürger entwickeln im Laufe ihres Lebens eine gewisse Routine in der Wahlteilnahme, die den individuellen Aufwand, zur Wahl zu gehen, senkt; dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung. Im sehr fortgeschrittenen Alter hingegen lässt die Wahlbeteiligung nach, was unter anderem mit der gesundheitlichen Verfassung und der nachlassenden Integration in soziale Netzwerke erklärbar ist.

Der **Kohorteneffekt** schließlich erfasst Besonderheiten, die mit der Generationenzugehörigkeit in Verbindung stehen. Im Gegensatz zum Alterseffekt wird gemeinhin angenommen, dass sich zentrale Einstellungen und Verhaltensweisen in der Sozialisationsphase entwickeln und nach ihrer Ausbildung weitgehend stabil bleiben. Untersuchungen der letzten Jahre legen nahe, dass die jüngeren Jahrgänge eine weniger ausgeprägte Wahlbereitschaft haben als vorangegangene Generationen. Häufig wird angenommen, dass dies Ausdruck eines Wertewandels sein könnte.



Auf Basis der Untersuchung der vergangenen Wahljahre wird zudem abgeschätzt, wie sich die Wahlbeteiligung aufgrund der Bevölkerungsalterung in den nächsten Jahrzehnten entwickeln könnte. Dazu werden die für die Jahre 1953 bis 2013 ermittelten Alters- und Kohorteneffekte auf die zukünftige Bevölkerung angewendet. Dies ermöglicht eine Schätzung der Wahlbeteiligungsrates für die Wahljahre von 2017 bis 2049. Aufgezeigt werden die Veränderungen in der Wahlbeteiligung, die sich allein aus Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur des Elektorats ergeben könnten. Dabei werden verschiedene Entwicklungsszenarien untersucht:

Dem **Basisszenario** unterliegt die Erwartung, dass die ab 1990 Geborenen eine Wahlneigung aufweisen wie die in den 1980ern Geborenen. Dem **Mobilisierungsszenario** gemäß fällt die Wahlbeteiligung unter den nach 1989 Geborenen wesentlich höher aus. Hier werden zwei Varianten modelliert. Die eine geht von einer um zehn Prozentpunkte erhöhten Wahlbeteiligung aus, die andere von einer Differenz von plus 20 Prozentpunkten. Mit dem **Demobilisierungsszenario** hingegen wird dieser Personengruppe eine erhöhte Wahlmüdigkeit unterstellt, das heißt eine niedrigere Wahlbeteiligung. Auch hier werden zwei Varianten analysiert, die erste beschreibt eine um zehn Prozentpunkte niedrigere Wahlbeteiligung als in der 1980er Kohorte, die zweite einen Unterschied von minus 20 Prozentpunkten.

Daten

Für die Kohortenanalysen der Wahlbeteiligung werden folgende Daten verwendet:

- Repräsentative Wahlstatistik (RWS) von 1953 bis 1990 und 2002 bis 2013 getrennt nach Alter und Bundesland, Quelle: Bundeswahlleiter
- Exit Polls für die Jahre 1994 und 1998, Quelle: forsa
- Altersstruktur auf Einzelaltersjahrbasis (18–90 plus) von 1953 bis 2013, Wohnbevölkerung in Deutschland nach Bundesländern, Quelle: Statistisches Bundesamt
- Altersstruktur auf Einzelaltersjahrbasis (18–90 plus) von 2017 bis 2049, deutsche Wohnbevölkerung in Deutschland, Szenario 2aD¹, Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Vorgehen und Ergebnisse

Für die Kohortenanalyse wird das von Rattinger (1994) sowie von Konzelmann et al. (2014: 129–137) ausführlich beschriebene Vorgehen gewählt. Die vorliegende Untersuchung stellt eine Aktualisierung und Ausweitung dieser Analysen dar.²

1 Szenario 2aD unterliegt hinsichtlich der die Bevölkerungsentwicklung bestimmenden Parameter folgenden Annahmen: konstant steigende Lebenserwartung, konstante Fertilitätsrate, Nettozuwanderung von 100.000 Personen pro Jahr (zu weiteren Details siehe Schulz und Hannemann 2007).

2 Frühere Versionen der Kohortenanalyse der Wahlbeteiligung in Deutschland wurden u. a. in Zusammenarbeit mit Corina Wagner erstellt und publiziert, der an dieser Stelle ein herzlicher Dank für die erneute Kooperation im Vorfeld dieser Studie gebührt.

Die Aktualisierung betrifft den verlängerten Zeitraum, der nun auch die jüngste Bundestagswahl von 2013 umfasst. Die für den Zeitraum von 1953 bis 2013 berechneten Alters- und Kohorteneffekte werden auf die zukünftige Bevölkerung angewendet, dies erlaubt Schätzungen der Wahlbeteiligungsraten. Eine Vorhersage der Periodeneffekte ist nicht möglich. Als Ausgangsniveau für die Analysen wird die Wahlbeteiligung von 2013 (71,5 Prozent) verwendet. Änderungen dieser Annahme bewirken Parallelverschiebungen in den Resultaten.

Die Ausweitung bezieht sich auf den prognostizierten Kohorteneffekt, für den neben der Basisannahme zusätzliche Entwicklungsszenarien formuliert werden. Für die nach 1989 Geborenen wird ein Kohorteneffekt angenommen, der dem der in den 1980er Jahren Geborenen entspricht. Dieser Basiswert wird variiert. Zum einen nach oben, um Effekte einer sehr starken Mobilisierung dieser Personengruppe auf die Wahlbeteiligungsrate zu simulieren. Zum anderen wird der Wert nach unten abgesenkt, um die Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung abzuschätzen, wenn sich diese Personengruppe in Zukunft wesentlich seltener als die Vorgängergenerationen an Bundestagswahlen beteiligt. Dadurch wird ein Korridor aufgespannt, mit dem Veränderungen in der Wahlbeteiligungsrate beziffert werden können, die aus Änderungen in der Bevölkerungsstruktur resultieren.

Erstellung der abhängigen Variablen und Beschreibung des Datensatzes

Die abhängige Variable bildet die altersspezifische Wahlbeteiligung in Prozent. Um diese zu ermitteln, werden die Daten der Repräsentativen Wahlstatistik herangezogen, in der die Wahlbeteiligung getrennt nach Bundesländern und Altersgruppen³ vorliegt. In den Jahren 1994 und 1998 wurde die RWS ausgesetzt. Anhand von Exit Polls wurden die Angaben für diese beiden Wahljahre imputiert (für Details siehe Konzelmann et al. 2014: 317–320). Die RWS hat im Vergleich zu Umfragedaten den entscheidenden Vorteil, über tatsächliches statt berichtetes/beabsichtigtes Verhalten zu informieren. Zunächst wird die Wahlbeteiligung in den Alterskategorien getrennt für West- und Ostdeutschland über die Angaben zu den einzelnen Bundesländern und die Anzahl der Wahlberechtigten ermittelt (Berlin wird zu Ostdeutschland gezählt). Die Gruppierung des Alters verdeckt bestehende Unterschiede innerhalb der Altersgruppen.

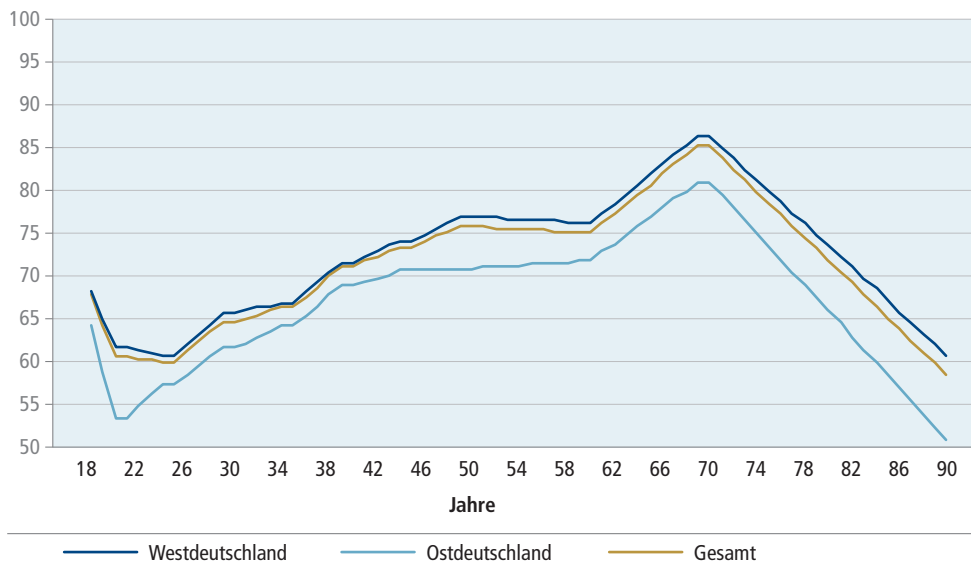
Um eine metrische Variable zu erzeugen, werden die in Alterskategorien zusammengefassten Wahlbeteiligungsraten auf Einzelaltersjahre (18 bzw. 21 bis 90 plus) umgerechnet: Der in der RWS berichtete Wert wird als gewichtetes Mittel der Wahlbeteiligung innerhalb einer Altersgruppe betrachtet. Zudem wird angenommen, dass innerhalb der Altersgruppen lineare Verläufe der Wahlbeteiligung vorliegen. Mit einem Interpolationsverfahren wird die Wahlbeteiligung pro Altersjahr und Wahljahr ermittelt. Dieses Vorgehen ändert nichts an der Wahlbeteiligungsrate insgesamt oder an den Wahlbeteiligungsraten innerhalb der Altersgruppen. Das Prozedere hat zur Folge, dass die interpolierten Werte an den Kategoriengrenzen zweier Altersgruppen jeweils identisch sind. Exemplarisch ist das Ergebnis für das Wahljahr 2013 in Abbildung 17 abgetragen.

³ Sieben Altersgruppen von 1953 bis 1961, neun Altersgruppen in den Jahren 1965 und 1969 und zehn Altersgruppen seit 1972.



Abbildung 17: Angenäherte Wahlbeteiligung, 2013

Angaben in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt, eigene Berechnung und Darstellung).

BertelsmannStiftung

Die Angaben der nach 1989 geborenen Personen werden in den Kohortenanalysen der Jahre 1953 bis 2013 nicht berücksichtigt.⁴ Von dieser Gruppe waren 2009 nur die 18- und 19-Jährigen wahlberechtigt, 2013 waren es Personen zwischen 18 und 23 Jahren. Insgesamt ist über das Wahlverhalten dieser Gruppe also noch sehr wenig bekannt. Für die zukünftigen Wahljahre werden die oben genannten Annahmen über das Verhalten dieser 1990er Kohorte (und später Geborener) getroffen.

Zusätzlich zu den derart ermittelten altersspezifischen Wahlbeteiligungsraten werden Gewichte erstellt, da Analysen der Wahlbeteiligung mit der Anzahl der Wahlberechtigten zu gewichten sind. Da es keine Angaben zu den Wahlberechtigten auf Einzelaltersjahrbasis gibt, werden Bevölkerungsdaten (Stichtag 31.12.) verwendet, die dem jeweiligen Datum der Bundestagswahl am nächsten liegen. Genauer wäre es, hier die deutsche Wohnbevölkerung heranzuziehen, da die ausländische Wohnbevölkerung nicht wahlberechtigt ist. Da entsprechende Daten jedoch erst ab den 1990er Jahren verfügbar sind, wird durchgängig die Wohnbevölkerung in Deutschland (Deutsche und Ausländer) verwendet, um Konstanz zu wahren.

⁴ Sensitivitätsanalysen zeigen, dass es keinen entscheidenden Unterschied macht, ob sehr alte Geburtsjahrgänge, die nur an wenigen Wahlen teilnehmen konnten (1860er Kohorte in Westdeutschland, 1900er Kohorte in Ostdeutschland), in die Analysen einbezogen werden oder nicht. Sie sind Bestandteil der hier vorgestellten Analysen, um möglichst alle verfügbaren Informationen einzubeziehen.

Die Gewichte werden pro Wahljahr auf 1 normiert, um allen Bundestagswahlen unabhängig von der Zahl der Wahlberechtigten das gleiche Gewicht zu geben. Schließlich werden Dummyvariablen für die Wahljahre und für die Geburtskohorten⁵ erstellt. Auf diese Weise sind nichtlineare Effektverläufe modellierbar. Zudem werden zusätzlich zum Alter als metrischem Merkmal verschiedene Transformationen des Alters berechnet, um einen nichtlinearen Alterseffekt darstellen zu können.

Darüber hinaus wird berücksichtigt, dass die Wahlbeteiligung unter den sehr jungen Wählern zunächst leicht absinkt, um dann anzusteigen, indem vier Erstwählerdummyvariablen (jeweils eine für die 18-/19-/20-/21-Jährigen)⁶ einbezogen werden. Der finale Datensatz besteht aus Altersjahr-Wahljahr-Dyaden mit den entsprechenden Informationen wie zum Beispiel approximierter Wahlbeteiligung, Sets von Wahljahr- und Kohortendummyvariablen, Alterstransformationen und Bevölkerungsgewicht. Für die Kohortenanalysen liegen somit 1218 Fälle für Westdeutschland (67 bis 73 Einzelaltersjahre (= Fälle) pro Wahljahr, 17 Wahlen) und 503 Fälle für Ostdeutschland (67 bis 73 Einzelaltersjahre (= Fälle) pro Wahljahr, sieben Wahlen) vor.

Kohorten- und Alterseffekte, 1953–2013

Die Kohortenanalyse basiert auf OLS-Regressionen. Die Schätzung aller drei Effekte erfolgt zeitgleich.⁷ Zur Berechnung der Nettoeffekte werden jeweils nur die Teile der Regressionsgleichung verwendet, die das jeweilige Konstrukt abbilden. Um Nettoeffekte zu erhalten, werden die (über alle Wahljahre/Geburtsdekaden/Einzelaltersjahre hinweg) gewichteten Mittelwerte der Perioden-, Kohorten- und Alterseffekte von den Einzelschätzungen abgezogen. Negative Nettoeffekte beschreiben eine unterdurchschnittliche, positive Nettoeffekte eine überdurchschnittliche Wahlteilnahme. Die Nettoeffekte der Kohorte und des Lebensalters sind in den Abbildungen 18 und 19 abgetragen. Zu den besonders wahlfreudigen Kohorten zählen die zwischen 1920 und 1949 Geborenen. Der Alterseffekt hat die bekannte Form einer nach unten geöffneten Parabel. Bis kurz vor Erreichen des 60ten Lebensjahres steigt die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme und sinkt im weiteren Lebensverlauf. Der Anstieg im jüngeren und mittleren Alter beginnt allerdings erst nach einem Rückgang in der Wahlbeteiligung in sehr jungen Jahren; die niedrigste Wahlwahrscheinlichkeit haben 20-Jährige. Trotz einiger Unterschiede überwiegen die Gemeinsamkeiten im Wahlverhalten von West- und Ostdeutschen.

5 Hier werden die jeweils in einer Dekade Geborenen in einer Gruppe zusammengefasst.

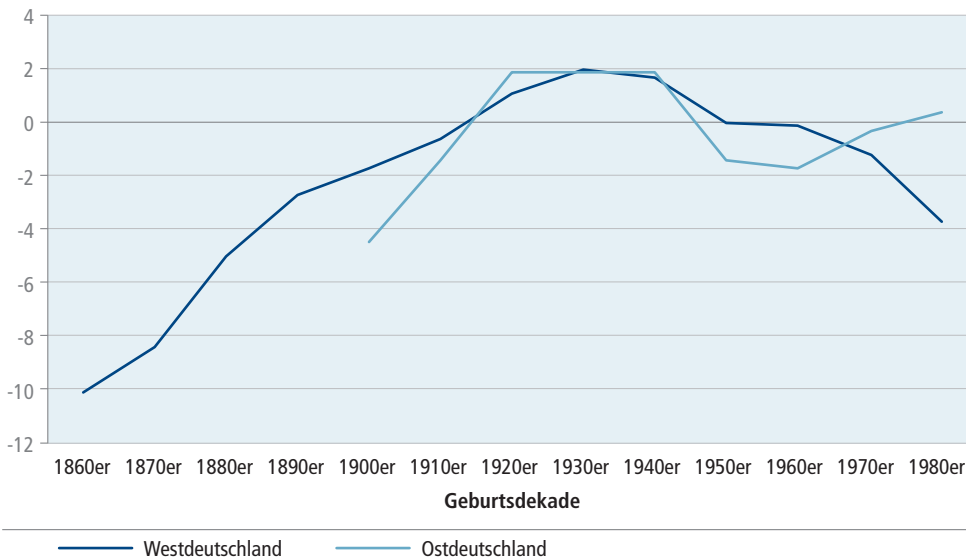
6 Vor Absenkung des Wahlalters sind die Erstwähler zwischen 21 und 24 Jahre alt. Dies wurde entsprechend berücksichtigt.

7 Die Regressionsgleichung für Ostdeutschland sieht zum Beispiel wie folgt aus: \hat{y} (approximierte Wahlbeteiligung) = $b_1 \cdot \text{Alter} + b_2 \cdot \text{Alter}^3 + b_3 \cdot \text{Erstwähler im Alter von 18} + \dots + b_6 \cdot \text{Erstwähler im Alter von 21}$ (Referenz: keine Erstwähler) + $b_7 \cdot 1900\text{er} + \dots + b_{14} \cdot 1970\text{er}$ (Referenz: 1980er) + $b_{15} \cdot 1953 + \dots + b_{19} \cdot 2009$ (Referenz: 2013). Die Gleichung für Westdeutschland ist länger, da mehr Wahljahre und Geburtskohorten in die Analysen eingehen. Zudem ist die Ermittlung des Alterseffekts etwas anders, da nur die Alterstransformationen verwendet werden, deren Koeffizienten in einer schrittweisen Regression statistisch signifikant ($p < 0,05$) ausfallen.



Abbildung 18: Nettoeffekt Kohorten

Angaben in Prozentpunkten

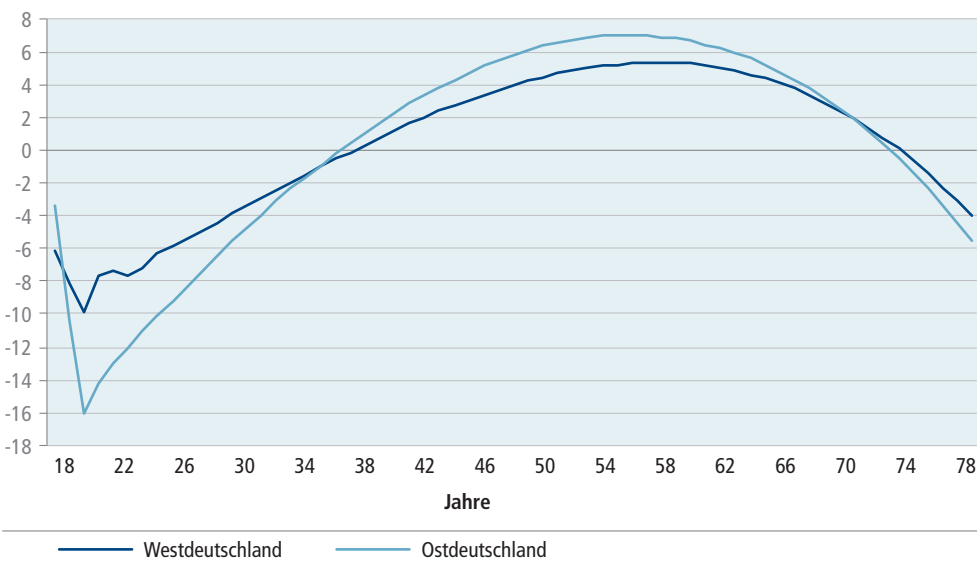


Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt), eigene Berechnung und Darstellung.

BertelsmannStiftung

Abbildung 19: Nettoeffekt Alter

Angaben in Prozentpunkten



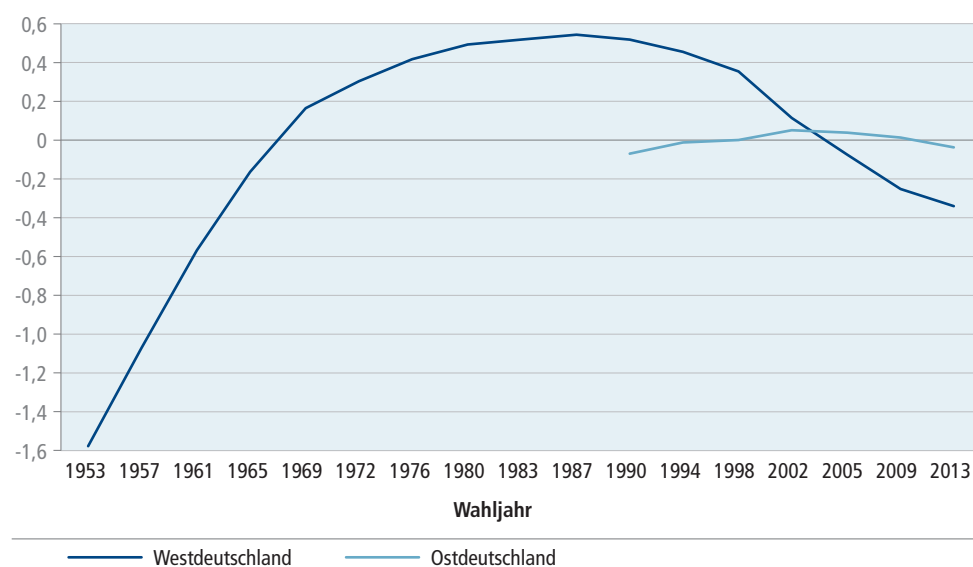
Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt), eigene Berechnung und Darstellung.

BertelsmannStiftung

Um verständlich zu machen, wie diese Unterschiede nach Geburtsdekade/Lebensalter die Wahlbeteiligung im Aggregat beeinflussen, werden mittlere Nettoeffekte berechnet (Abbildungen 20 und 21). Die Nettoeffekte jeder Kohorte/jedes Altersjahres werden dazu mit ihrem Bevölkerungsanteil im jeweiligen Wahljahr gewichtet. Auf diese Weise wird berücksichtigt, dass sich die Zusammensetzung der Bevölkerung im Laufe der Zeit verändert.

Abbildung 20: Mittlerer Nettoeffekt Kohorten

Angaben in Prozentpunkten



Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt), eigene Berechnung und Darstellung.

BertelsmannStiftung

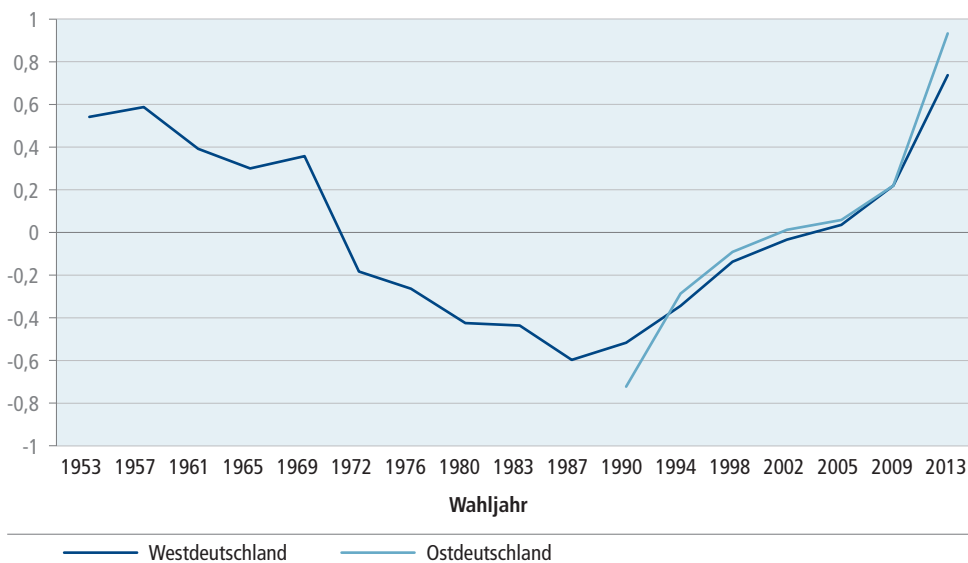
Zum Beispiel hatte die Kohortenzusammensetzung im Jahr 1987 einen positiven Einfluss auf die Wahlbeteiligung (+ 0,5 Prozentpunkte) in Westdeutschland. Im Laufe der folgenden Jahre schieden die wahlfreudigen Wahlberechtigten der 1920er und 1930er Geburtsjahre langsam aus dem Elektorat aus und wurden durch Kohorten ersetzt, die eine geringere Wahlwahrscheinlichkeit haben. Je stärker das Gewicht dieser in den 1950ern und später Geborenen im Elektorat wird, umso negativer beeinflusst die Kohortenzusammensetzung die Wahlbeteiligung in Westdeutschland. Insgesamt sind diese Unterschiede allerdings eher moderat, die größte Differenz zwischen 1953 und 1987 beträgt 2,1 Prozentpunkte. Von 1987 bis 2013 hat die veränderte Kohortenzusammensetzung eine Abnahme von 0,9 Prozentpunkten bewirkt. In Ostdeutschland hatten Generationenaustauschprozesse weniger Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Neben eines kürzeren Zeithorizonts ist dies dem Umstand geschuldet, dass sich die Kohorten in Ostdeutschland etwas weniger stark voneinander unterscheiden als in Westdeutschland (s. Abbildung 18).



Abbildung 21 zeigt den mittleren Nettoeffekt des Alters. Beginnend mit dem Jahr 1972 beeinflusst die Alterszusammensetzung des Elektorats die Wahlbeteiligung negativ. Ein Grund für diese Entwicklung ist die Reduzierung des Wahlalters im Jahr 1972. Die ab diesem Zeitpunkt wahlberechtigten 18- bis 20-Jährigen bewirkten mit ihrer geringeren Wahlneigung eine leichte Senkung der Wahlbeteiligung. Ab 1990 ist der negative Trend umgekehrt und seit 2002 (Ostdeutschland) bzw. 2005 (Westdeutschland) begünstigt das alternde Elektorat eine erhöhte Wahlbeteiligungsrate. Absolut betrachtet sind die Differenzen durch die geänderte Altersstruktur recht niedrig und fallen in Westdeutschland geringer aus als die maximale Schwankungsbreite des mittleren Kohorteneffekts. Die größte Differenz besteht zwischen den Jahren 1987 und 2013 und beträgt 1,3 Prozentpunkte in Westdeutschland und 1,6 Prozentpunkte in Ostdeutschland.

Abbildung 21: Mittlerer Nettoeffekt Alter

Angaben in Prozentpunkten



Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt), eigene Berechnung und Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Annahmen für die Schätzungen

Für die Jahre 1953 bis 2013 wurden die Ergebnisse separat für West- und Ostdeutschland berichtet, um regionale Besonderheiten zu berücksichtigen. In den Bevölkerungsvorausberechnungen gibt es keine entsprechende Trennung. Daher werden auf Basis der generierten Befunde für 1953 bis 2013 Alters- und Kohorteneffekte für Gesamtdeutschland ermittelt, die auf die zukünftige Bevölkerung angewendet werden. Dabei sind Annahmen über die zu erwartenden Entwicklungen von Alters- und Kohorteneffekten zu formulieren. Für die Zukunft wird ein zeitunabhängiger Alters-

effekt erwartet.⁸ Der Kohorteneffekt für die ab 1990 Geborenen, für die kaum bzw. noch keine Beobachtungen vorliegen, wird wie dargelegt variiert, das heißt als Wert der 1980er Kohorte mit den Variationen nach oben und unten. Insgesamt werden fünf Entwicklungsszenarien untersucht:

1. Basisszenario: Ab 1990 Geborene haben die gleiche Wahlbeteiligung wie die 1980er Kohorte.
2. Demobilisierungsszenario 1: Ab 1990 Geborene haben eine um zehn Prozentpunkte niedrigere Wahlbeteiligung als die 1980er Kohorte.
3. Demobilisierungsszenario 2: Ab 1990 Geborene haben eine um 20 Prozentpunkte niedrigere Wahlbeteiligung als die 1980er Kohorte.
4. Mobilisierungsszenario 1: Ab 1990 Geborene haben eine um zehn Prozentpunkte höhere Wahlbeteiligung als die 1980er Kohorte.
5. Mobilisierungsszenario 2: Ab 1990 Geborene haben eine um 20 Prozentpunkte höhere Wahlbeteiligung als die 1980er Kohorte.

Für die älteren Kohorten wird die Konstanz der für den Zeitraum 1953 bis 2013 ermittelten Kohorteneffekte zugrunde gelegt. Alters- und Kohorteneffekte werden auf die offizielle Wahlbeteiligung im Jahr 2013 (71,5 Prozent) angewendet, da der Periodeneffekt nicht vorhergesagt werden kann. Es liegt in der Natur der Sache, dass Schätzungen mit steigendem Zeithorizont ungenauer werden. Der Anteil der Wahlberechtigten, für die noch keine Beobachtungen vorliegen und für die der Kohorteneffekt geschätzt wird, steigt kontinuierlich (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Zukünftige wahlberechtigte Bevölkerung

Angaben in Prozent

Wahljahr	Anteil derer, für die keine Informationen über das vergangene Wahlverhalten vorliegen (ab 1990 Geborene)
2017	12,2
2021	16,9
2025	21,3
2029	25,8
2033	30,6
2037	35,4
2041	40,4
2045	45,5
2049	50,9

Quelle: DIW Bevölkerungsprognose (Szenario 2aD); eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

⁸ Aufgrund des Einbezugs der Erstwählerdummys in Kombination mit der Herabsetzung des Wahlalters und vier Legislaturperioden von weniger als vier Jahren (1969/1972, 1980/1983, 1987/1990, 2002/2005) gibt es zwischen den Wahljahren leichte Schwankungen im Alterseffekt. Für die Prognosen wird von Vierjahres-Abständen zwischen Bundestagswahlen ausgegangen und daher der Alterseffekt für normale Legislaturperioden ab 1972 gewählt. In Zukunft ist die Zeitabhängigkeit des Alterseffekts erneut zu prüfen. 2009 und 2013 waren die ersten Bundestagswahlen, in denen in der Gruppe der über 70-Jährigen eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung festgestellt wurde. Aufgrund der höheren Lebenserwartung und der besseren gesundheitlichen Verfassung Älterer verschiebt sich der Rückgang in der Wahlbeteiligung vermutlich graduell ins höhere Lebensalter.

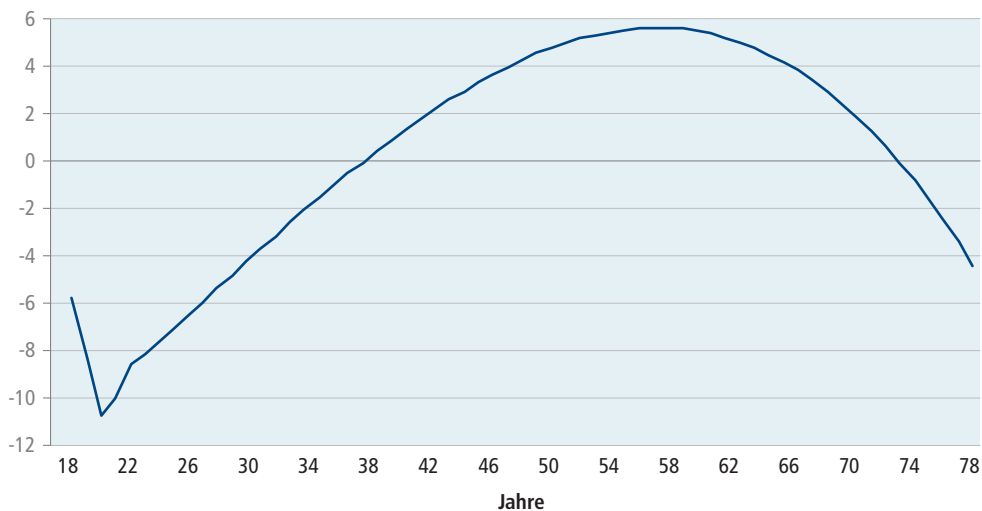


Für die Alters- und Kohorteneffekte (Abbildungen 18 und 19) sind, wie erwähnt, Gesamteffekte zu berechnen. Diese entsprechen dem gewichteten Mittelwert der Effekte für West- und Ostdeutschland. Zur Gewichtung wird die zuletzt bekannte West-Ost-Verteilung von 2013 herangezogen. Die Prognosen basieren daher auf der Annahme, dass dieses Verhältnis zukünftig unverändert bleibt. 2013 lebten 79,9 (20,1) Prozent der Bevölkerung über 18 Jahren in Westdeutschland (Ostdeutschland). Dieses Gesamtverhältnis verdeckt Unterschiede nach Geburtskohorte/Lebensalter.⁹

Um Variationen in der West-Ost-Verteilung zwischen verschiedenen Geburtskohorten/Personen verschiedenen Alters angemessen zu berücksichtigen, werden die Alters- und Kohorteneffekte jeweils mit den entsprechenden West-Ost-Bevölkerungsanteilen eines bestimmten Lebensalters/einer Geburtsdekade gewichtet. Der für die Schätzungen eingesetzte zeitunabhängige Alterseffekt ist in Abbildung 22 zu sehen. Die Kohorteneffekte für die Geburtsdekaden, die zwischen 2017 und 2049 im Elektorat noch vertreten sind, sind in Abbildung 23 abgetragen.¹⁰

Abbildung 22: Prognostizierter Alterseffekt

Angaben in Prozentpunkten



Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt), eigene Berechnung und Darstellung.

BertelsmannStiftung

⁹ Zum Beispiel lebten 2013 von den in den 1970ern Geborenen 80,9 Prozent in West- und 19,1 Prozent in Ostdeutschland, das ist der höchste Wert für Westdeutschland im Vergleich zu den anderen Kohorten. Unter den in den 1930ern Geborenen hingegen liegt der Anteil von Westdeutschen (Ostdeutschen) bei 77,9 (22,1) Prozent, dies ist der vergleichsweise niedrigste Wert für Westdeutschland. Mit Blick auf Einzelaltersjahre gibt es größere Unterschiede. Die extremsten Abweichungen gibt es unter den 19-Jährigen (87,2 vs. 13,8 Prozent) sowie den 70-Jährigen (76,5 vs. 23,5 Prozent).

¹⁰ Der Kohorteneffekt der 1980er Kohorte (und damit der Basiswert für die ab 1990 Geborenen) ergibt sich zum Beispiel über folgende Rechnung: (Kohorteneffekt 1980er West) * (Bevölkerungsanteil 1980er West) + (Kohorteneffekt 1980er Ost) * (Bevölkerungsanteil 1980er Ost) = -3,729 * 0,7910 + 0,367 * 0,2090 = -2,873.

Die Mobilisierungsszenarien unterstellen Kohorteneffekte der nach 1989 Geborenen von 7,13 und 17,13, die Demobilisierungsszenarien von -12,87 und -22,87. Im Vergleich zu den Werten in Abbildung 18 ist ersichtlich, dass Effekte dieser Stärke nicht sehr wahrscheinlich sind bzw. Ausnahmeharakter haben dürften; die größten beobachteten Unterschiede in der Wahlbeteiligung von angrenzenden Kohorten liegen in Abbildung 18 bei unter 3,5 Prozentpunkten.

Abbildung 23: Prognostizierter Kohorteneffekt (Basisszenario)

Angaben in Prozentpunkten



Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt), eigene Berechnung und Darstellung.

| BertelsmannStiftung

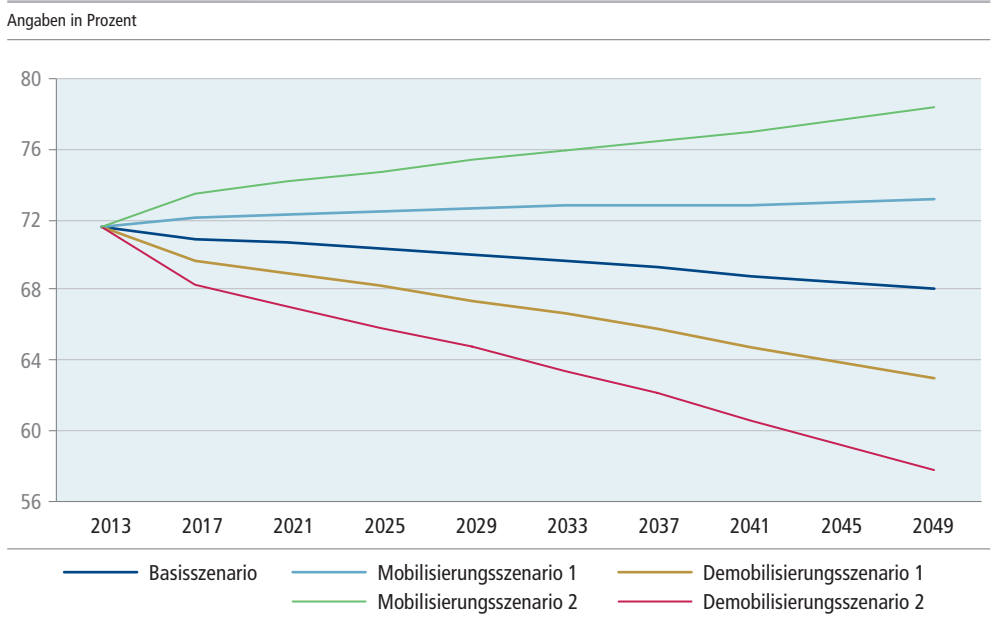
Schätzung der Wahlbeteiligung, 2017–2049

Die zukünftige Wahlbeteiligung wird auf Basis der beschriebenen Annahmen für alle fünf Szenarien geschätzt. Der auf diese Weise entstehende Entwicklungskorridor ist in Abbildung 24 zu sehen. Der Basisannahme gemäß sinkt die Wahlbeteiligung ausgehend von 71,5 Prozent bei der vergangenen Wahl bis 2049 um 3,5 Prozentpunkte auf 68,0 Prozent. Dem Demobilisierungsszenario 1 zufolge beträgt der Rückgang 8,6 Prozentpunkte. Fällt die Demobilisierung unter den ab 1990 Geborenen noch stärker aus, liegt der Rückgang bei 13,7 Prozentpunkten; nur noch 57,8 Prozent aller Wahlberechtigten würden demnach im Jahr 2049 ihre Stimme abgeben. Ein Anstieg von 1,6 Prozentpunkten ist beim Mobilisierungsszenario 1 zu erwarten, für das Mobilisierungsszenario 2 beträgt der entsprechende Wert 6,7 Prozentpunkte; die Wahlbeteiligung läge



also bei 78,2 Prozent.¹¹ Im Jahr 2049 beträgt der Unterschied zwischen dem Basisszenario und den anderen Szenarien +/-5,1 bzw. +/-10,2 Prozentpunkte.

Abbildung 24: Prognostizierte Wahlbeteiligung



Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt) und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Bevölkerungsprognose (Szenario 2aD), eigene Berechnung und Darstellung. | BertelsmannStiftung

Aufgrund des kohortenanalytischen Verfahrens ist identifizierbar, welchen Anteil Alters- und Kohorteneffekte an den Zuwächsen und Abnahmen in der Wahlbeteiligung haben. Diese Informationen sind in Tabelle 2 sowie in den Tabellen A bis D im Anhang (s. Seite 41 und 42) vermerkt. Da der Alterseffekt nicht variiert, sind die Zelleneinträge in der entsprechenden Spalte identisch. In allen Fällen sind die Kohorteneffekte ausschlaggebender für Veränderungen in der Wahlbeteiligung als Alterseffekte. Mit Ausnahme der beiden Mobilisierungsszenarien ist der geschätzte Einfluss des Kohorteneffekts auf die Wahlbeteiligung durchgängig negativ. Das gilt (mit Ausnahme des Jahres 2017) auch für den Alterseffekt. In den Mobilisierungsszenarien kommt der positive Trend des Kohorteneffekts aufgrund des gegenläufigen Alterseffekts daher abgeschwächt zum Tragen. In den anderen Szenarien verstärken sich beide Effekte gegenseitig.

¹¹ Es wurde überprüft, wie die Kurven unter der Annahme verlaufen, dass ab 1990 Geborene eine Wahlneigung haben, die dem Durchschnitt der 1970er und 1980er Kohorte entspricht; der Kohorteneffekt beträgt in diesem Fall -1,96. Auch hierfür wurden die zusätzlichen Szenarien berechnet (Kohorteneffekte von -11,96 und -21,96 sowie 8,04 und 18,04). Die Änderungen im Vergleich zum präsentierten Befund sind moderat. Von 2013 bis 2049 wird diesem alternativen Basisszenario gemäß eine Abnahme von 3,0, beim Demobilisierungsszenario 1 (2) eine Abnahme von 8,1 (13,2) Prozentpunkten erwartet, eine Mobilisierung führt zu einer Zunahme von 2,1 bzw. 7,1 Prozentpunkten.

Tabelle 2: Prognostizierte Wahlbeteiligung und Nettoeffekte, Basisszenario

Angaben in Prozent / Prozentpunkten

Wahljahr	Wahlbeteiligung in Prozent	Alterseffekt in Prozentpunkten	Kohorteneffekt in Prozentpunkten
2013	71,50		
2017	70,90	0,02	-0,62
2021	70,62	-0,05	-0,83
2025	70,33	-0,12	-1,05
2029	70,04	-0,21	-1,26
2033	69,71	-0,32	-1,47
2037	69,30	-0,54	-1,66
2041	68,80	-0,83	-1,87
2045	68,38	-1,12	-2,00
2049	68,01	-1,35	-2,14

Anmerkung: Bevölkerungsvorausberechnung nach Szenario 2aD des DIW. Die Kohorteneffekte für Personen, die ab einschließlich 1990 geboren wurden, entsprechen dem Kohorteneffekt der in den 1980ern Geborenen.

Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt) und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Bevölkerungsprognose (Szenario 2aD), eigene Berechnung und Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Zusätzlich zum aggregierten Ergebnis können anhand des Modells Wahlbeteiligungsraten für jedes Alter/jede Kohorte in einem beliebigen Wahljahr bestimmt werden. Exemplarisch sind diese in Tabelle 3 für die 50-Jährigen abgetragen. Da die 50-Jährigen bis in die 2030er Jahre in den 1980er Jahren oder davor geboren wurden und für diese Kohorten keine (De-)Mobilisierungsannahmen getroffen werden, wird für die Wahljahre von 2017 bis 2037 jeweils nur ein Wert geschätzt.

Um einen Eindruck davon zu bekommen, wie die in Abbildung 24 dargestellten Wahlbeteiligungsraten in den Altersgruppen ausfallen, die in der Repräsentativen Wahlstatistik dokumentiert werden, wurden Aggregationen vorgenommen, deren Ergebnis beispielhaft für das Jahr 2029 in Abbildung 25 dargestellt ist. Für Personen, die im Jahr 2029 39 Jahre alt oder jünger sind und demnach 1990 oder später geboren wurden, werden die fünf verschiedenen Szenarien dargestellt. Personen, die 40 Jahre oder älter sind, unterliegen hingegen keinen (De-)Mobilisierungsannahmen.


Tabelle 3: Prognostizierte Wahlbeteiligung der 50-Jährigen

Angaben in Prozent / Prozentpunkten

	2017	2021	2025	2029	2033	2037	2041	2045	2049
Geburtsjahr	1967	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999
Geburtsdekade	1960er	1970er	1970er	1970er	1980er	1980er	1990er	1990er	1990er
Alterseffekt (in Prozentpunkten)	4,59	4,59	4,59	4,59	4,59	4,59	4,59	4,59	4,59
Kohorteneffekt (in Prozentpunkten)	-0,44	-1,02	-1,02	-1,02	-2,87	-2,87			
Basisszenario							-2,87	-2,87	-2,87
Demobilisierungsszenario 1							-12,87	-12,87	-12,87
Demobilisierungsszenario 2							-22,87	-22,87	-22,87
Mobilisierungsszenario 1							7,13	7,13	7,13
Mobilisierungsszenario 2							17,13	17,13	17,13
Wahlbeteiligung (in Prozent)	75,65	75,07	75,07	75,07	73,22	73,22			
Basisszenario							73,22	73,22	73,22
Demobilisierungsszenario 1							63,22	63,22	63,22
Demobilisierungsszenario 2							53,22	53,22	53,22
Mobilisierungsszenario 1							83,22	83,22	83,22
Mobilisierungsszenario 2							93,22	93,22	93,22

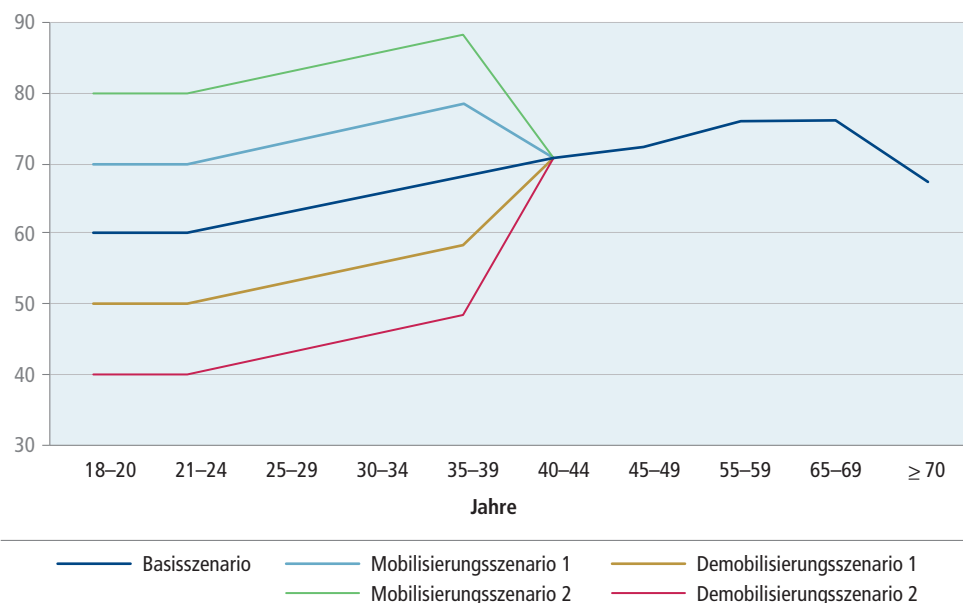
Anmerkungen: Ausgangsbasis ist die Wahlbeteiligung von 2013 (71,5%). Basisszenario: Die Kohorteneffekte für Personen, die ab einschließlich 1990 geboren wurden, entsprechen dem Kohorteneffekt der in den 1980ern Geborenen. Demobilisierungsszenarien: Die Kohorteneffekte für Personen, die ab einschließlich 1990 geboren wurden, entsprechen dem Kohorteneffekt der in den 1980ern Geborenen minus zehn (1) bzw. zwanzig (2) Prozentpunkte. Mobilisierungsszenarien: Die Kohorteneffekte für Personen, die ab einschließlich 1990 geboren wurden, entsprechen dem Kohorteneffekt der in den 1980ern Geborenen plus zehn (1) bzw. zwanzig (2) Prozentpunkte.

Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt) und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Bevölkerungsprognose (Szenario 2aD), eigene Berechnung und Darstellung.

BertelsmannStiftung

Abbildung 25: Prognostizierte Wahlbeteiligung nach Altersgruppen, 2029

Angaben in Prozent



Anmerkungen: Ausgangsbasis ist die Wahlbeteiligung von 2013 (71,5 Prozent). Basisszenario: Die Kohorteneffekte für Personen, die ab einschließlich 1990 geboren wurden, entsprechen dem Kohorteneffekt der in den 1980ern Geborenen. Demobilisierungsszenarien: Die Kohorteneffekte für Personen, die ab einschließlich 1990 geboren wurden, entsprechen dem Kohorteneffekt der in den 1980ern Geborenen minus zehn (1) bzw. 20 (2) Prozentpunkte. Mobilisierungsszenarien: Die Kohorteneffekte für Personen, die ab einschließlich 1990 geboren wurden, entsprechen dem Kohorteneffekt der in den 1980ern Geborenen plus zehn (1) bzw. 20 (2) Prozentpunkte.

Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt), eigene Berechnung und Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Die vorliegende Analyse legt dar, in welcher Weise der demographische Wandel in Deutschland die Wahlbeteiligung zukünftig beeinflussen könnte. Anhand der Ergebnisse erscheint ein Rückgang in der Wahlbeteiligung wahrscheinlicher als eine Zunahme. Allerdings: Die berichteten Effekte und Unterschiede sind – vor allem beim Basisszenario – recht gering. Dennoch belegt diese Untersuchung, dass die Alterung der Gesellschaft einen eigenständigen Effekt auf die Höhe der Wahlbeteiligung ausübt. Nicht berücksichtigt sind hier Spezifika der Wahlen wie zum Beispiel die bestimmenden Themen oder wahlrelevanten Ereignisse. Diese Periodeneffekte waren in der Vergangenheit ausschlaggebend für die Höhe der Wahlbeteiligung als Alters- und Kohorteneffekte und werden dies wahrscheinlich auch zukünftig sein. Ein Rückgang in der Wahlbeteiligung aufgrund eines alternden Elektorats ist daher nicht als unausweichlich anzusehen. Die Analyse liefert einen weiteren Baustein zum besseren Verständnis der Implikationen von Bevölkerungsalterungsprozessen auf die Wahlbeteiligung.



Anhang

Tabelle A: Prognostizierte Wahlbeteiligung und Nettoeffekte, Demobilisierungsszenario 1

Angaben in Prozent / Prozentpunkten

Wahljahr	Wahlbeteiligung in Prozent	Alterseffekt in Prozentpunkten	Kohorteneffekt in Prozentpunkten
2013	71,50		
2017	69,67	0,02	-1,84
2021	68,94	-0,05	-2,51
2025	68,20	-0,12	-3,18
2029	67,45	-0,21	-3,84
2033	66,65	-0,32	-4,52
2037	65,76	-0,54	-5,20
2041	64,76	-0,83	-5,91
2045	63,83	-1,12	-6,56
2049	62,93	-1,35	-7,23

Anmerkung: Bevölkerungsvorausberechnung nach Szenario 2aD des DIW. Die Kohorteneffekte für Personen, die ab einschließlich 1990 geboren wurden, entsprechen dem Kohorteneffekt der in den 1980ern Geborenen minus zehn Prozentpunkte.

Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt) und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Bevölkerungsprognose (Szenario 2aD), eigene Berechnung und Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Tabelle B: Prognostizierte Wahlbeteiligung und Nettoeffekte, Demobilisierungsszenario 2

Angaben in Prozent / Prozentpunkten

Wahljahr	Wahlbeteiligung in Prozent	Alterseffekt in Prozentpunkten	Kohorteneffekt in Prozentpunkten
2013	71,50		
2017	68,45	0,02	-3,07
2021	67,25	-0,05	-4,20
2025	66,06	-0,12	-5,31
2029	64,87	-0,21	-6,43
2033	63,60	-0,32	-7,58
2037	62,22	-0,54	-8,74
2041	60,72	-0,83	-9,95
2045	59,27	-1,12	-11,11
2049	57,84	-1,35	-12,31

Anmerkung: Bevölkerungsvorausberechnung nach Szenario 2aD des DIW. Die Kohorteneffekte für Personen, die ab einschließlich 1990 geboren wurden, entsprechen dem Kohorteneffekt der in den 1980ern Geborenen minus 20 Prozentpunkte.

Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt) und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Bevölkerungsprognose (Szenario 2aD), eigene Berechnung und Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Tabelle C: Prognostizierte Wahlbeteiligung und Nettoeffekte, Mobilisierungsszenario 1

Angaben in Prozent / Prozentpunkten

Wahljahr	Wahlbeteiligung in Prozent	Alterseffekt in Prozentpunkten	Kohorteneffekt in Prozentpunkten
2013	71,50		
2017	72,12	0,02	0,60
2021	72,31	-0,05	0,86
2025	72,47	-0,12	1,09
2029	72,62	-0,21	1,33
2033	72,76	-0,32	1,59
2037	72,84	-0,54	1,88
2041	72,84	-0,83	2,17
2045	72,93	-1,12	2,55
2049	73,10	-1,35	2,95

Anmerkung: Bevölkerungsvorausberechnung nach Szenario 2aD vom DIW. Die Kohorteneffekte für Personen, die ab einschließlich 1990 geboren wurden, entsprechen dem Kohorteneffekt der in den 1980ern Geborenen plus zehn Prozentpunkte.

Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt) und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Bevölkerungsprognose (Szenario 2aD), eigene Berechnung und Darstellung.

BertelsmannStiftung

Tabelle D: Prognostizierte Wahlbeteiligung und Nettoeffekte, Mobilisierungsszenario 2

Angaben in Prozent / Prozentpunkten

Wahljahr	Wahlbeteiligung in Prozent	Alterseffekt in Prozentpunkten	Kohorteneffekt in Prozentpunkten
2013	71,50		
2017	73,34	0,02	1,82
2021	74,00	-0,05	2,54
2025	74,60	-0,12	3,22
2029	75,21	-0,21	3,91
2033	75,82	-0,32	4,64
2037	76,39	-0,54	5,43
2041	76,88	-0,83	6,21
2045	77,49	-1,12	7,10
2049	78,18	-1,35	8,03

Anmerkung: Bevölkerungsvorausberechnung nach Szenario 2aD des DIW. Die Kohorteneffekte für Personen, die ab einschließlich 1990 geboren wurden, entsprechen dem Kohorteneffekt der in den 1980ern Geborenen plus 20 Prozentpunkte

Quelle: Bundeswahlleiter repräsentative Wahlstatistik (ergänzt) und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Bevölkerungsprognose (Szenario 2aD), eigene Berechnung und Darstellung.

BertelsmannStiftung





Ergebnisse einer repräsentativen
Bevölkerungsumfrage des
Instituts für Demoskopie Allensbach
im Auftrag der Bertelsmann Stiftung
zum Thema:

Wählen ab 16

Erhebungszeitraum

1. September 2015 bis zum 12. September 2015

Basis

n = 1.402 Personen ab 16 Jahren, repräsentativ für die deutschsprachige
Wohnbevölkerung ab 16 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland

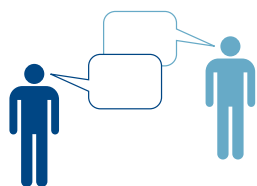
IfD-Archivnummer

11045 GEW

Frage 1: Ist eine Wahl mit niedriger Wahlbeteiligung undemokratischer als eine Wahl mit hoher Wahlbeteiligung?
(aufgeschlüsselt nach West/Ost, Geschlecht, Schulbildung und Migrationshintergrund)

Angaben in Prozent

Wenn bei einer Wahl die Wahlbeteiligung niedrig ist, kann es sein, dass die gewählte Regierung zwar die meisten abgegebenen Stimmen bekommen hat, dass aber eine Mehrheit der Wahlberechtigten gar nicht gewählt hat. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken. Der Obere oder der Untere?



Der Obere: Meiner Meinung nach kann man bei einer niedrigen Wahlbeteiligung nicht von einem demokratischen Wahlergebnis sprechen. Wenn sich an einer Wahl nur eine Minderheit der Wahlberechtigten tatsächlich beteiligt, zeigt das Ergebnis nicht den Willen der Bevölkerungsmehrheit

Der Untere: Das sehe ich anders. Jedem Bürger ist es selbst überlassen, ob er wählen geht und sein Wahlrecht ausübt oder nicht. Daher ist eine Wahl mit niedriger Wahlbeteiligung nicht undemokratischer als eine Wahl mit hoher Wahlbeteiligung

	Gesamt	West	Ost	Männer			Frauen			Schulbildung			Migrationshintergrund	
				Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	einfache	mittlere	höhere	ja	nein
Basis	1402	1076	326	674	516	158	728	560	168	358	490	554	149	1245
Der Obere	35,2	33,5	42,6	33,9	31,6	44,3	36,4	35,3	40,9	33,0	35,5	37,3	36,2	35,3
Der Untere	53,1	54,9	45,4	55,7	58,3	44,2	50,7	51,7	46,4	52,1	53,5	53,9	49,5	53,3
Unentschieden, keine Angabe	11,7	11,6	12,1	10,4	10,2	11,5	12,9	13,0	12,6	14,8	11,0	8,8	14,3	11,5
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11045 (September 2015).

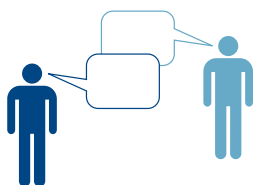
| BertelsmannStiftung



Frage 1: Ist eine Wahl mit niedriger Wahlbeteiligung undemokratischer als eine Wahl mit hoher Wahlbeteiligung?
(aufgeschlüsselt nach Alter, Beruf und Konfession)

Angaben in Prozent

Wenn bei einer Wahl die Wahlbeteiligung niedrig ist, kann es sein, dass die gewählte Regierung zwar die meisten abgegebenen Stimmen bekommen hat, dass aber eine Mehrheit der Wahlberechtigten gar nicht gewählt hat. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken. Der Obere oder der Untere?



Der Obere: Meiner Meinung nach kann man bei einer niedrigen Wahlbeteiligung nicht von einem demokratischen Wahlergebnis sprechen. Wenn sich an einer Wahl nur eine Minderheit der Wahlberechtigten tatsächlich beteiligt, zeigt das Ergebnis nicht den Willen der Bevölkerungsmehrheit

Der Untere: Das sehe ich anders. Jedem Bürger ist es selbst überlassen, ob er wählen geht und sein Wahlrecht ausübt oder nicht. Daher ist eine Wahl mit niedriger Wahlbeteiligung nicht undemokratischer als eine Wahl mit hoher Wahlbeteiligung

	Altersgruppen					Berufskreise					Konfession		
	16–17 Jahre	16–29 Jahre	30–44 Jahre	45–59 Jahre	60 J. und älter	Angelernte Arbeiter	Facharbeiter	Einfache Angestellte / Beamte	Leitende Angestellte	Selbständige / Freie Berufe	Protestanten	Katholiken	Andere / ohne
Basis	43	250	281	402	469	103	246	641	265	147	456	375	571
Der Obere	13,7	34,5	31,8	35,4	37,5	25,1	36,5	37,4	35,4	29,4	33,1	32,9	38,9
Der Untere	59,3	51,9	54,2	56,0	50,7	54,7	52,6	51,9	54,9	55,4	54,4	55,3	50,2
Unentschieden, keine Angabe	27,0	13,6	13,9	8,6	11,8	20,1	10,9	10,7	9,6	15,2	12,5	11,8	10,9
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

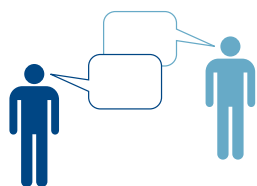
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045 (September 2015).

| BertelsmannStiftung

Frage 1: Ist eine Wahl mit niedriger Wahlbeteiligung undemokratischer als eine Wahl mit hoher Wahlbeteiligung?
(aufgeschlüsselt nach Region, politischem Interesse und Parteineigung)

Angaben in Prozent

Wenn bei einer Wahl die Wahlbeteiligung niedrig ist, kann es sein, dass die gewählte Regierung zwar die meisten abgegebenen Stimmen bekommen hat, dass aber eine Mehrheit der Wahlberechtigten gar nicht gewählt hat. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken. Der Obere oder der Untere?



Der Obere: Meiner Meinung nach kann man bei einer niedrigen Wahlbeteiligung nicht von einem demokratischen Wahlergebnis sprechen. Wenn sich an einer Wahl nur eine Minderheit der Wahlberechtigten tatsächlich beteiligt, zeigt das Ergebnis nicht den Willen der Bevölkerungsmehrheit

Der Untere: Das sehe ich anders. Jedem Bürger ist es selbst überlassen, ob er wählen geht und sein Wahlrecht ausübt oder nicht. Daher ist eine Wahl mit niedriger Wahlbeteiligung nicht undemokratischer als eine Wahl mit hoher Wahlbeteiligung

	Nord	NW	Rhein- Main / SW	BY	BE	MV / BB / ST	TH / SN	Politisch interessiert		Anhänger der ...					
								Ja	Nein	CDU / CSU	SPD	FDP	B.90 / Grüne	Die Linke	AfD
Basis	220	278	348	178	79	138	161	752	650	568	361	32	209	129	60
Der Obere	32,7	33,0	34,7	33,5	30,5	47,3	40,4	39,4	31,0	29,7	35,8	33,1	39,7	46,2	48,6
Der Untere	56,0	58,5	51,9	53,2	57,1	47,1	41,4	54,1	52,2	60,6	52,0	49,1	46,8	43,4	38,7
Unentschieden, keine Angabe	11,3	8,5	13,5	13,3	12,4	5,6	18,2	6,6	16,8	9,7	12,2	17,8	13,4	10,4	12,6
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045 (September 2015).

| BertelsmannStiftung



Frage 2: Möglichkeiten das politische Interesse junger Leute zu verstärken.
(aufgeschlüsselt nach West/Ost, Geschlecht, Schulbildung und Migrationshintergrund)

Angaben in Prozent

Hier auf der Liste stehen verschiedene Möglichkeiten, wie man junge Leute stärker für Politik interessieren und dazu beitragen könnte, dass sie sich stärker an Wahlen beteiligen. Was davon würden auch Sie befürworten, was halten Sie für sinnvoll?

	Gesamt	West	Ost	Männer			Frauen			Schulbildung			Migrationshintergrund	
				Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	einfache	mittlere	höhere	ja	nein
Basis	1402	1076	326	674	516	158	728	560	168	358	490	554	149	1245
Im Schulunterricht stärker über Politik und Wahlen Informieren und zur Wahlbeteiligung ermuntern	66,8	68,6	58,7	66,6	66,7	66,3	67,0	70,5	51,5	62,2	65,3	73,3	63,0	67,2
Informationskampagnen durchführen, die Jugendlichen die Bedeutung des Wählens vermitteln	54,7	56,9	45,3	53,8	55,6	46,0	55,6	58,1	44,6	53,6	52,8	57,8	54,3	54,5
Verstärkt Gesprächsrunden zwischen Politikern und jungen Leuten durchführen	49,1	50,6	42,8	45,1	45,9	41,5	53,0	55,0	44,1	45,1	47,2	55,4	51,0	49,0
Volksentscheide auf Bundesebene über wichtige politische Fragen einführen	44,7	45,9	39,1	47,8	48,6	43,9	41,7	43,4	34,5	44,5	44,1	45,4	40,4	45,1
Die Möglichkeit einführen, über das Internet seine Stimme abzugeben (Online-Wahlen)	42,6	43,0	40,9	42,6	42,5	43,1	42,6	43,4	38,7	30,1	48,0	51,4	44,3	42,2
Die Möglichkeit einführen, dass man nicht nur sonntags, sondern an mehreren Tagen hintereinander seine Stimme im Wahllokal abgeben kann	34,2	35,6	27,8	32,4	33,5	27,8	35,8	37,7	27,7	29,9	35,3	38,0	31,3	34,6
Die Briefwahl erleichtern	30,6	31,8	25,5	29,9	30,4	27,6	31,3	33,1	23,4	30,2	29,3	32,2	25,9	31,1
Schnuppermitgliedschaften in den Jugendorganisationen der Parteien anbieten	26,1	28,3	16,0	23,0	24,9	15,0	28,9	31,6	17,1	26,0	21,0	30,8	31,4	25,5
Das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre senken	11,8	10,9	15,9	11,5	10,3	16,5	12,1	11,4	15,3	6,2	14,4	15,6	13,2	11,6
Nichts davon	3,6	3,4	4,5	4,6	4,6	4,8	2,6	2,2	4,2	4,0	3,0	3,6	3,7	3,6
Keine Angaben	2,0	2,0	1,8	1,4	1,7	-	2,5	2,3	3,4	2,5	2,9	0,5	3,6	1,8
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045 (September 2015).

BertelsmannStiftung

Frage 2: Möglichkeiten das politische Interesse junger Leute zu verstärken.
(aufgeschlüsselt nach Alter, Beruf und Konfession)

Angaben in Prozent

Hier auf der Liste stehen verschiedene Möglichkeiten, wie man junge Leute stärker für Politik interessieren und dazu beitragen könnte, dass sie sich stärker an Wahlen beteiligen, was davon würden auch Sie befürworten, was halten Sie für sinnvoll?

	Altersgruppen					Berufskreise					Konfession		
	16–17 Jahre	16–29 Jahre	30–44 Jahre	45–59 Jahre	60 J. und älter	Angelernte Arbeiter	Fach- arbeiter	Einfache Angestellte / Beamte	Leitende Ange- stellte	Selbstän- dige / Freie Berufe	Protes- tanten	Katho- liken	Andere / ohne
Basis	43	250	281	402	469	103	246	641	265	147	456	375	571
Im Schulunterricht stärker über Politik und Wahlen Informieren und zur Wahlbeteiligung ermuntern	74,8	67,7	63,1	67,9	67,7	55,0	61,4	69,1	70,2	67,7	68,9	68,2	63,9
Informationskampagnen durchführen, die Jugendlichen die Bedeutung des Wählens vermitteln	56,1	54,1	53,4	56,2	54,7	41,8	50,5	57,5	55,6	56,3	58,8	55,4	50,7
Verstärkt Gesprächsrunden zwischen Politikern und jungen Leuten durchführen	49,9	48,4	45,6	51,2	50,0	35,6	44,0	51,8	55,0	44,6	54,4	46,6	46,7
Volksentscheide auf Bundesebene über wichtige politische Fragen einführen	31,8	40,9	51,8	43,4	43,3	40,8	47,2	45,9	47,3	32,9	43,9	43,1	46,6
Die Möglichkeit einführen, über das Internet seine Stimme abzugeben (Online-Wahlen)	66,3	58,9	55,5	40,1	27,8	30,6	38,1	47,9	39,7	37,9	42,2	39,8	45,1
Die Möglichkeit einführen, dass man nicht nur sonntags, sondern an mehreren Tagen hintereinander seine Stimme im Wahllokal abgeben kann	46,1	41,8	37,7	32,5	29,3	29,0	30,7	38,4	30,5	29,7	30,5	35,4	36,3
Die Briefwahl erleichtern	20,2	28,6	31,8	32,7	29,3	26,1	32,3	32,5	29,8	23,4	30,5	35,3	26,9
Schnuppermitgliedschaften in den Jugendorganisationen der Parteien anbieten	20,9	23,7	22,5	29,2	27,0	18,2	19,1	27,2	29,6	31,6	25,5	30,2	23,2
Das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre senken	41,9	21,9	12,1	12,1	5,8	8,8	9,5	14,3	8,3	11,5	11,6	8,3	14,9
Nichts davon	1,2	3,2	3,6	3,6	3,7	10,7	3,5	2,4	1,8	7,1	3,1	3,2	4,3
Keine Angaben	-	1,9	2,1	1,6	2,2	3,7	3,1	1,7	1,7	0,8	1,6	2,1	2,1
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045 (September 2015).

BertelsmannStiftung



Frage 2: Möglichkeiten das politische Interesse junger Leute zu verstärken.
(aufgeschlüsselt nach Region, politischem Interesse und Parteineigung)

Angaben in Prozent

Hier auf der Liste stehen verschiedene Möglichkeiten, wie man junge Leute stärker für Politik interessieren und dazu beitragen könnte, dass sie sich stärker an Wahlen beteiligen, was davon würden auch Sie befürworten, was halten Sie für sinnvoll?

	Nord	NW	Rhein- Main / SW	BY	BE	MV / BB / ST	TH / SN	Politisch interessiert		Anhänger der ...					
								Ja	Nein	CDU / CSU	SPD	FDP	B.90 / Grüne	Die Linke	AfD
Basis	220	278	348	178	79	138	161	752	650	568	361	32	209	129	60
Im Schulunterricht stärker über Politik und Wahlen Informieren und zur Wahlbeteiligung ermuntern	76,7	66,4	64,9	66,7	85,1	60,7	52,1	74,5	59,2	71,3	68,7	48,1	69,7	53,5	50,8
Informationskampagnen durchführen, die Jugendlichen die Bedeutung des Wählens vermitteln	57,6	57,7	53,9	55,8	65,1	50,9	41,0	60,5	49,0	56,4	52,4	34,7	69,3	44,2	46,4
Verstärkt Gesprächsrunden zwischen Politikern und jungen Leuten durchführen	58,7	53,2	45,3	45,3	61,9	41,2	40,6	56,4	41,9	53,6	46,2	40,6	56,7	43,1	24,2
Volksentscheide auf Bundesebene über wichtige politische Fragen einführen	38,6	52,0	46,9	42,3	47,9	40,1	38,3	50,8	38,5	39,1	43,4	47,2	57,4	50,3	67,8
Die Möglichkeit einführen, über das Internet seine Stimme abzugeben (Online-Wahlen)	40,7	44,4	39,5	48,9	50,0	43,0	35,3	41,7	43,5	39,0	40,8	49,5	51,0	46,8	49,6
Die Möglichkeit einführen, dass man nicht nur sonntags, sondern an mehreren Tagen hintereinander seine Stimme im Wahllokal abgeben kann	32,6	35,9	38,1	32,2	34,5	33,1	25,4	32,8	35,6	33,5	34,0	28,2	37,0	35,5	36,7
Die Briefwahl erleichtern	32,9	32,9	28,3	35,0	31,1	30,7	19,5	31,6	29,6	32,4	31,2	23,6	27,3	27,0	32,8
Schnuppermitgliedschaften in den Jugendorganisationen der Parteien anbieten	32,3	33,5	23,8	22,6	25,0	16,8	18,2	27,5	24,6	29,7	27,1	17,4	23,9	17,1	16,9
Das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre senken	15,0	10,1	11,4	5,1	19,3	18,4	13,2	13,1	10,5	7,9	9,0	10,7	22,3	16,3	20,6
Nichts davon	4,1	2,4	2,6	5,7	1,5	3,4	6,0	2,3	4,8	2,9	4,0	2,5	0,2	10,6	1,5
Keine Angaben	2,0	2,3	1,0	3,4	0,5	0,3	3,6	0,8	3,1	1,9	3,6	-	1,0	-	1,9
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045 (September 2015).

BertelsmannStiftung

Frage 3A: Sollten junge Menschen ab 16 schon wählen gehen dürfen?
(aufgeschlüsselt nach West/Ost, Geschlecht, Schulbildung und Migrationshintergrund)

Angaben in Prozent

Zur Zeit muss man ja mindestens 18 Jahre alt sein, um bei Bundestagswahlen wählen zu dürfen. Wie sehen Sie das: Fänden Sie es besser, wenn junge Menschen schon ab 16 Jahren an Bundestagswahlen teilnehmen dürften, oder sollte es bei 18 Jahren bleiben?
(Halbgruppe A = 716)

	Gesamt	West	Ost	Männer			Frauen			Schulbildung			Migrationshintergrund	
				Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	einfache	mittlere	höhere	ja	nein
Basis	716	545	171	351	265	86	365	280	85	188	254	274	76	635
Fände 16 Jahre besser	13,4	11,7	21,0	12,9	11,7	18,2	13,8	11,6	23,6	9,1	17,4	14,7	12,7	13,0
Sollte bei 18 bleiben	79,1	81,4	69,0	80,6	83,2	69,4	77,6	79,7	68,6	82,2	75,7	78,7	74,7	80,0
Unentschieden, keine Angabe	7,5	7,0	10,0	6,4	5,1	12,3	8,5	8,7	7,8	8,8	6,9	6,6	12,6	7,0
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11045 (September 2015).

| BertelsmannStiftung

Frage 3A: Sollten junge Menschen ab 16 schon wählen gehen dürfen?
(aufgeschlüsselt nach Alter, Beruf und Konfession)

Angaben in Prozent

Zur Zeit muss man ja mindestens 18 Jahre alt sein, um bei Bundestagswahlen wählen zu dürfen. Wie sehen Sie das: Fänden Sie es besser, wenn junge Menschen schon ab 16 Jahren an Bundestagswahlen teilnehmen dürften, oder sollte es bei 18 Jahren bleiben?
(Halbgruppe A = 716)

	Altersgruppen					Berufskreise					Konfession		
	16–17 Jahre	16–29 Jahre	30–44 Jahre	45–59 Jahre	60 J. und älter	Angelernte Arbeiter	Facharbeiter	Einfache Angestellte / Beamte	Leitende Angestellte	Selbständige / Freie Berufe	Protestanten	Katholiken	Andere / ohne
Basis	21	131	142	200	243	56	135	336	120	69	232	183	301
Fände 16 Jahre besser	52,4	23,0	14,2	13,1	7,9	14,6	9,6	14,8	9,3	19,0	16,9	10,0	13,0
Sollte bei 18 bleiben	33,1	65,6	77,8	79,3	87,0	77,3	82,5	77,6	88,8	65,6	72,2	87,5	78,4
Unentschieden, keine Angabe	14,5	11,4	8,0	7,6	5,1	8,1	7,9	7,6	1,9	15,4	10,8	2,5	8,6
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11045 (September 2015).

| BertelsmannStiftung



Frage 3A: Sollten junge Menschen ab 16 schon wählen gehen dürfen? (aufgeschlüsselt nach Region, politischem Interesse und Parteineigung)

Angaben in Prozent

Zur Zeit muss man ja mindestens 18 Jahre alt sein, um bei Bundestagswahlen wählen zu dürfen. Wie sehen Sie das: Fänden Sie es besser, wenn junge Menschen schon ab 16 Jahren an Bundestagswahlen teilnehmen dürften, oder sollte es bei 18 Jahren bleiben?
(Halbgruppe A = 716)

	Nord	NW	Rhein- Main / SW	BY	BE	MV / BB / ST	TH / SN	Politisch interessiert		Anhänger der ...					
								Ja	Nein	CDU / CSU	SPD	FDP	B.90 / Grüne	Die Linke	AfD
Basis	99	146	179	88	47	78	79	400	316	285	181	19	111	65	35
Fände 16 Jahre besser	18,3	9,2	12,3	6,1	25,0	13,3	25,5	13,8	13,0	8,7	13,0	8,4	17,9	25,3	22,5
Sollte bei 18 bleiben	66,6	86,6	84,3	85,2	70,5	78,3	62,0	81,3	76,7	84,8	84,1	61,4	71,8	63,3	72,4
Unentschieden, keine Angabe	15,0	4,2	3,4	8,7	4,5	8,4	12,5	4,9	10,3	6,5	2,9	30,2	10,3	11,4	5,1
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045 (September 2015).

| BertelsmannStiftung

Frage 3B: Sollten junge Menschen ab 16 schon wählen gehen dürfen und in der Schule an das Thema Wahlen heran geführt werden? (aufgeschlüsselt nach West/Ost, Geschlecht, Schulbildung und Migrationshintergrund)

Angaben in Prozent

Zur Zeit muss man ja mindestens 18 Jahre alt sein, um bei Bundestagswahlen wählen zu dürfen. Jetzt wurde vorgeschlagen, das Wahlalter zu senken, so dass junge Menschen schon ab 16 Jahren an Bundestagswahlen teilnehmen dürfen. Zur Vorbereitung sollten die Jugendlichen in der Schule an die Themen Politik und Wahlen herangeführt werden. Wie sehen Sie das: Fänden Sie es besser, wenn junge Menschen schon mit 16 Jahren an Bundestagswahlen teilnehmen dürfen, oder sollte es bei 18 Jahren bleiben?
(Halbgruppe B = 686)

	Gesamt	West	Ost	Männer			Frauen			Schulbildung			Migrations- hintergrund	
				Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	einfache	mittlere	höhere	ja	nein
Basis	686	531	155	323	251	72	363	280	83	170	236	280	73	610
Fände 16 Jahre besser	12,0	11,6	13,8	11,9	11,6	13,2	12,1	11,6	14,2	8,4	9,1	18,4	17,1	11,2
Sollte bei 18 bleiben	81,5	82,0	79,1	81,0	81,6	78,0	81,9	82,4	80,0	84,0	83,2	77,3	75,2	82,4
Unentschieden, keine Angabe	6,5	6,4	7,2	7,1	6,8	8,7	6,0	6,0	5,7	7,6	7,7	4,3	7,7	6,4
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045 (September 2015).

| BertelsmannStiftung

Frage 3B: Sollten junge Menschen ab 16 schon wählen gehen dürfen und in der Schule an das Thema Wahlen heran geführt werden?
(aufgeschlüsselt nach Alter, Beruf und Konfession)

Angaben in Prozent

Zur Zeit muss man ja mindestens 18 Jahre alt sein, um bei Bundestagswahlen wählen zu dürfen. Jetzt wurde vorgeschlagen, das Wahlalter zu senken, so dass junge Menschen schon ab 16 Jahren an Bundestagswahlen teilnehmen dürfen. Zur Vorbereitung sollten die Jugendlichen in der Schule an die Themen Politik und Wahlen herangeführt werden. Wie sehen Sie das: Fänden Sie es besser, wenn junge Menschen schon mit 16 Jahren an Bundestagswahlen teilnehmen dürfen, oder sollte es bei 18 Jahren bleiben?
(Halbgruppe B = 686)

	Altersgruppen					Berufskreise					Konfession		
	16–17 Jahre	16–29 Jahre	30–44 Jahre	45–59 Jahre	60 J. und älter	Angelernte Arbeiter	Fach- arbeiter	Einfache Angestellte / Beamte	Leitende Angestellte	Selbständige / Freie Berufe	Protestan- ten	Katholiken	Andere / ohne
Basis	22	119	139	202	226	47	111	305	145	78	224	192	270
Fände 16 Jahre besser	50,7	27,3	7,7	14,2	4,7	10,6	13,3	11,5	11,0	15,2	13,1	11,7	11,3
Sollte bei 18 bleiben	39,6	66,6	85,8	78,4	89,3	77,6	80,2	82,0	84,0	78,5	80,7	81,4	82,1
Unentschieden, keine Angabe	9,8	6,1	6,5	7,4	6,0	11,8	6,5	6,5	5,0	6,3	6,2	6,9	6,5
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11045 (September 2015).

BertelsmannStiftung



Frage 3B: Sollten junge Menschen ab 16 schon wählen gehen dürfen und in der Schule an das Thema Wahlen heran geführt werden?
(aufgeschlüsselt nach Region, politischem Interesse und Parteineigung)

Angaben in Prozent

Zur Zeit muss man ja mindestens 18 Jahre alt sein, um bei Bundestagswahlen wählen zu dürfen. Jetzt wurde vorgeschlagen, das Wahlalter zu senken, so dass junge Menschen schon ab 16 Jahren an Bundestagswahlen teilnehmen dürfen. Zur Vorbereitung sollten die Jugendlichen in der Schule an die Themen Politik und Wahlen herangeführt werden. Wie sehen Sie das: Fänden Sie es besser, wenn junge Menschen schon mit 16 Jahren an Bundestagswahlen teilnehmen dürfen, oder sollte es bei 18 Jahren bleiben?
(Halbgruppe B = 686)

	Nord	NW	Rhein- Main / SW	BY	BE	MV / BB / ST	TH / SN	Politisch interessiert		Anhänger der ...					
								Ja	Nein	CDU / CSU	SPD	FDP	B.90 / Grüne	Die Linke	AfD
Basis	121	132	169	90	32	60	82	352	334	283	180	13	98	64	25
Fände 16 Jahre besser	18,2	11,5	8,9	8,9	13,2	16,5	11,4	12,9	11,2	9,8	11,0	36,3	20,2	13,9	9,5
Sollte bei 18 bleiben	77,5	82,3	83,9	84,3	80,0	77,0	79,3	83,2	79,8	85,2	82,3	63,7	72,1	79,4	82,4
Unentschieden, keine Angabe	4,3	6,2	7,2	6,8	6,7	6,5	9,3	3,9	8,9	5,0	6,8	-	7,7	6,8	8,1
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

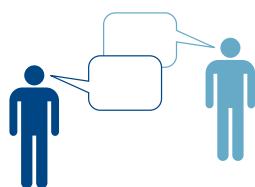
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045 (September 2015).

BertelsmannStiftung

Frage 4: In welcher Weise sollten sich junge Leute in der Schule mit dem Thema Wahlen beschäftigen?
(aufgeschlüsselt nach West/Ost, Geschlecht, Schulbildung und Migrationshintergrund)

Angaben in Prozent

Hier unterhalten sich zwei darüber, ob Politik in der Schule eine größere Rolle spielen sollte. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der Obere oder der Untere?



Der Obere: Ich finde es wichtig, dass Schüler in der Schule nicht nur das politische System lernen, sondern z. B. auch vor Wahlen darüber informiert werden, worum es bei den Wahlen geht und welche Partei sich wofür einsetzt. Auf diese Weise kann man bei jungen Leuten das Interesse für Politik wecken.

Der Untere: Das sehe ich anders. Natürlich ist es wichtig, dass in der Schule die Grundzüge unseres politischen Systems besprochen werden. Aber darüber hinausgehende Diskussionen, die sich z. B. mit anstehenden Wahlen oder den Zielen von Parteien auseinandersetzen, haben in der Schule nichts verloren.

	Gesamt	West	Ost	Männer			Frauen			Schulbildung			Migrationshintergrund	
				Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	einfache	mittlere	höhere	ja	nein
Basis	1402	1076	326	674	516	158	728	560	168	358	490	554	149	1245
Der Obere	61,5	61,5	61,5	60,7	59,5	66,2	62,1	63,3	57,0	54,5	59,4	71,1	56,4	61,8
Der Untere	26,8	27,3	24,8	27,2	29,0	19,4	26,5	25,7	30,0	31,1	28,4	20,7	28,8	26,8
Unentschieden, keine Angabe	11,7	11,2	13,7	12,0	11,5	14,4	11,4	11,0	13,1	14,4	12,2	8,2	14,8	11,4
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11045 (September 2015).

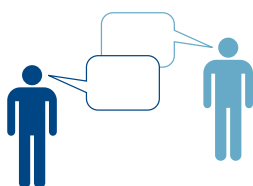
| BertelsmannStiftung



Frage 4: In welcher Weise sollten sich junge Leute in der Schule mit dem Thema Wahlen beschäftigen?
(aufgeschlüsselt nach Alter, Beruf und Konfession)

Angaben in Prozent

Hier unterhalten sich zwei darüber, ob Politik in der Schule eine größere Rolle spielen sollte. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der Obere oder der Untere?



Der Obere: Ich finde es wichtig, dass Schüler in der Schule nicht nur das politische System lernen, sondern z. B. auch vor Wahlen darüber informiert werden, worum es bei den Wahlen geht und welche Partei sich wofür einsetzt. Auf diese Weise kann man bei jungen Leuten das Interesse für Politik wecken.

Der Untere: Das sehe ich anders. Natürlich ist es wichtig, dass in der Schule die Grundzüge unseres politischen Systems besprochen werden. Aber darüber hinausgehende Diskussionen, die sich z. B. mit anstehenden Wahlen oder den Zielen von Parteien auseinandersetzen, haben in der Schule nichts verloren.

	Altersgruppen					Berufskreise					Konfession		
	16–17 Jahre	16–29 Jahre	30–44 Jahre	45–59 Jahre	60 J. und älter	Angelernte Arbeiter	Facharbeiter	Einfache Angestellte / Beamte	Leitende Angestellte	Selbständige / Freie Berufe	Protestanten	Katholiken	Andere / ohne
Basis	43	250	281	402	469	103	246	641	265	147	456	375	571
Der Obere	81,0	68,2	57,1	62,5	59,7	52,8	54,8	66,2	59,6	58,6	61,8	61,4	61,3
Der Untere	5,7	19,4	30,4	26,4	28,9	24,4	29,8	25,4	28,2	28,6	25,9	26,9	27,6
Unentschieden, keine Angabe	13,3	12,4	12,5	11,1	11,4	22,8	15,3	8,4	12,2	12,8	12,3	11,7	11,1
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

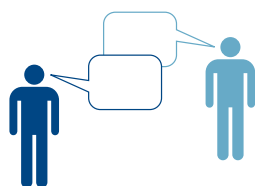
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045 (September 2015).

BertelsmannStiftung

Frage 4: In welcher Weise sollten sich junge Leute in der Schule mit dem Thema Wahlen beschäftigen?
(aufgeschlüsselt nach Region, politischem Interesse und Parteineigung)

Angaben in Prozent

Hier unterhalten sich zwei darüber, ob Politik in der Schule eine größere Rolle spielen sollte. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der Obere oder der Untere?



Der Obere: Ich finde es wichtig, dass Schüler in der Schule nicht nur das politische System lernen, sondern z. B. auch vor Wahlen darüber informiert werden, worum es bei den Wahlen geht und welche Partei sich wofür einsetzt. Auf diese Weise kann man bei jungen Leuten das Interesse für Politik wecken.

Der Untere: Das sehe ich anders. Natürlich ist es wichtig, dass in der Schule die Grundzüge unseres politischen Systems besprochen werden. Aber darüber hinausgehende Diskussionen, die sich z. B. mit anstehenden Wahlen oder den Zielen von Parteien auseinandersetzen, haben in der Schule nichts verloren.

	Nord	NW	Rhein- Main / SW	BY	BE	MV / BB / ST	TH / SN	Politisch interessiert		Anhänger der ...					
								Ja	Nein	CDU / CSU	SPD	FDP	B.90 / Grüne	Die Linke	AfD
Basis	220	278	348	178	79	138	161	752	650	568	361	32	209	129	60
Der Obere	59,6	63,6	62,7	57,0	68,7	67,3	54,6	68,1	54,9	61,2	63,6	69,7	67,4	56,4	58,5
Der Untere	28,2	28,0	26,6	27,1	20,6	23,3	28,1	25,5	28,1	28,1	23,6	12,7	22,0	34,6	28,2
Unentschieden, keine Angabe	12,3	8,4	10,7	16,0	10,7	9,4	17,2	6,4	16,9	10,7	12,8	17,6	10,6	8,9	13,3
Gew. Basis	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045 (September 2015).

BertelsmannStiftung



Literaturverzeichnis

Aichholzer, Julian, und Eva Zeglovits. „Are People More Inclined to Vote at 16 than at 18? Evidence for the First-Time Voting Boost Among 16- to 25-Year-Olds in Austria”. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* (24), 3 2014. 351–361.

Allensbacher Archiv. *Repräsentative Umfrage zum Thema Wählen mit 16 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung*. IfD-Umfrage 11054. September 2015.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. *Statistischer Bericht B VII 2 - 5 - 5j / 14 Landtagswahl 2014 im Land Brandenburg*. 2014.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. *Statistischer Bericht B VII 2 - 3 - 5j / 09 Wahl zum 5. Brandenburger Landtag am 27. September 2009*. 2009.

Bertelsmann Stiftung. *Prekäre Wahlen - Bremen - Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bremischen Bürgerschaftswahl 2015*. 2015.

Bertelsmann Stiftung. *Prekäre Wahlen - Hamburg - Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2015*. 2015.

Bieber, Ina E., Melanie Dietz und Lars-Christopher Stövsand. *Wähler und Nichtwähler im Spiegel der GLES-Befragung Unterschiede zwischen Wählern und Nichtwählern bei der Bundestagswahl 2013*. Unveröffentlichte Studie für die Bertelsmann Stiftung. 2015.

Bremische Bürgerschaft. *Plenarprotokoll der 52. Sitzung in der 17. Wahlperiode am 1.10.2009*. 2009.

Bundesanstalt Statistik Österreich (Statistik Austria). www.statistik.at. 2015.

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich (BGBl.). *Änderung der Verordnungen über die Lehrpläne der Volksschule, der Sonderschulen, der Hauptschulen und der allgemein bildenden höheren Schulen*. 12.8.2008. Teil II, 290. Verordnung. 2008.

Bundesministerium für Bildung und Frauen (BMBF). *Unterrichtsprinzip politische Bildung Grundsatzlerlass 2015*. 2015.

Bundeswahlleiter. *Repräsentative Wahlstatistiken zu den Bundestagswahlen 1953–1990 und 2002–2013*. www.bundeswahlleiter.de.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). *Altersstruktur auf Einzelaltersjahrbasis (18–90 plus) von 2017 bis 2049, deutsche Bevölkerung in Deutschland, Szenario 2aD*.

forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH. *Nachwahlbefragung für die Jahre 1994 und 1998*.

GLES Umfrage zur Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: vgl. Bieber, Ina E., Melanie Dietz und Lars-Christopher Stövsand. Bertelsmann Stiftung 2015.



Hall, John S., und Patricia M. Jones. „Elections and Civic Education: The Case of Kids Voting USA“, *National Civic Review* (87) 1 1998. 79–84.

Johann, David, Christian Glantschnigg, Konstantin Glinitzer, Sylvia Kritzinger und Markus Wagner. „Das Wahlverhalten bei der Nationalratswahl 2013“. Hrsg. Sylvia Kritzinger, Wolfgang C. Müller und Klaus Schönbach. *Die Nationalratswahl 2013 – Wie Parteien, Medien und Wählerschaft zusammenwirken*. 2014. 191–214.

Karlhofer, Ferdinand. „Wählen mit 16 – Österreich als Vorreiter in Europa?“ Hrsg. Anna Gamper, *Entwicklungen des Wahlrechts am europäischen Fallbeispiel*. 2010. 175–193.

Karlhofer, Ferdinand. „Wählen mit 16: Erwartungen und Perspektiven“, *Informationen zur politischen Bildung* 27. www.politischebildung.com. 2007.

Kritzinger, Sylvia, Eva Zeglovits und Patricia Oberluggauer. *Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2013*. University of Vienna 2013.

Kumulus e. V. www.juniorwahl.de. 2015.

Konzelmann, Laura, Michael Bergmann und Hans Rattinger. *Demographic Change in Germany – its Political Consequences*. 2014.

Landesjugendring Hamburg e. V. „Schon mal Wahl-O-Mat geklebt?!“ *punktum Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg* (15) 1 2015. 5–9.

Landtag Brandenburg. *Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Gesetzentwurf „Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg“*, Drucksache 5/4364. 5. Wahlperiode. 2011.

Petersen, Thomas, Dominik Hierlemann, Robert Vehrkamp und Christopher Wratil. *Gespaltene Demokratie – Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013*. 2013.

Probst, Lothar, und Manuela Pötschke. *Eine Studie zur Wahlbereitschaft von Jugendlichen – Ergebnisse aus der Begleitforschung zur Juniorwahl 2007 in Bremen*. Universität Bremen 2007.

Rattinger, Hans. „Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953–1990“. *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Hrsg. Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase. 1994. 73–122.

Schäfer, Armin, Robert Vehrkamp und Jérémie Felix Gagné. *Prekäre Wahlen – Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*. 2013.

Schneekloth, Ulrich. „Jugend und Politik zwischen positivem Gesellschaftsbild und anhaltender Politikverdrossenheit“. Hrsg. Shell Deutschland Holding. *Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch*. 2015. 153–200.

Schneekloth, Ulrich. „Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven“. Hrsg. Shell Deutschland Holding. *Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich*. 2010. 129-164.

Schulz, Erika, und Anke Hannemann. „Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis 2050: Nur leichter Rückgang der Einwohnerzahl?“. *Wochenbericht des DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (47) Berlin 2007*. 705-714.

Schwarzer, Steve, und Eva Zeglovits. *The Role of Schools in Preparing 16 and 17 years old Austrian First Time Voters for the Election*. ECPR Press 2013. 73-89.

Schwarzer, Steve, Martina Zandonella, Eva Zeglovits, Flooh Perlot und Ulrike Kozeluh. „Wählen mit 16“. *Eine Post-Election-Study zur Nationalratswahl 2008 Befragungen – Fokusgruppen – Tiefeninterviews*. 2009.

Senator für Inneres und Sport. *Anhörung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ zum Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung/Mitbestimmung in der Schule“* vom 20.1.2012.

SPD-Hamburg. Online Mitteilung der SPD-Hamburg Redaktion am 25. Januar 2013. www.spd-hamburg.de. 2013.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. *Analyse der Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg am 15. Februar 2015. Band 1: Analyse*. 2015.

Statistisches Bundesamt (Destatis). www.destatis.de. 2015.

Statistisches Landesamt Bremen. „Bürgerschaftswahl (Landtag) am 10. Mai 2015 im Land Bremen“, *Statistische Mitteilungen* (119) 2015.

Statistisches Landesamt Bremen. „Landtagswahl Bremische Bürgerschaft Teil 1: Analysen und Tabellen“, *Statistische Mitteilungen*. (113) 2011.

Studiengruppe der Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW). *Warum gehen junge Menschen nicht zur Wahl? Eine Analyse zu den Motiven der jugendlichen Nichtwählerinnen und Nichtwähler (16 bis 21 Jahre) zur Bürgerschaftswahl 2015 in Anlehnung an die Jakobkeit-Studie von 2011*. Theorie-Praxis-Projekt-Modul 134, Studiengruppe RIA 2013x, im Auftrag des Landeswahlamts Hamburg. 2015.

Sturzbecher, Dietmar, Bianca Bredow, Mathias Burkert, Mario Feist, Marie-Luise Gehrmann, Lars Hoffmann, Andrea Kleeberg-Niepage, Susanne Mörl, Eva Schmidpeter und Ulrike Zehrt. *Jugend in Brandenburg 2010 – Kurzbericht zur Lebenssituation und zu Einstellungen brandenburgischer Jugendlicher*. IFK. 2010.

Tillmann, Christina, und Rose Beaugrand. „Generation Wahl-O-Mat – wie zukunftsfähig ist unsere Demokratie?“, *Einwurf 3 2014*. 2014.



Tillmann, Christina, und Jérémie Felix Gagné. „Von Performern und Prekären – wird Deutschland eine Demokratie der Besserverdienenden?“ *EINWURF 3 2013*. 2013.

Vehrkamp, Robert. „Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung“. *EINWURF 2 2015*. 2015.

Vehrkamp, Robert. „Gesplante Demokratie – neue Schätzungen zur Wahlbeteiligung sozialer Milieus bei der Bundestagswahl 2013“. *WZB Mitteilungen Heft 149 September 2015*. 2015.

Vehrkamp, Robert. „Bundestagswahl 2013 – warum die niedrige Wahlbeteiligung der Demokratie schadet“. *EINWURF 2 2013*. 2013.

Vehrkamp, Robert, Stephan Grünewald, Christina Tillmann und Rose Beaugrand. *Generation Wahl-O-Mat – Fünf Befunde zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie im demographischen Wandel*. 2014.

Vehrkamp, Robert, und Dominik Hierlemann. „Ziemlich unpolitische Freunde – wer in Deutschland warum nicht mehr wählt“. *EINWURF 1 2013*. 2013.

Wagner, Markus, David Johann und Sylvia Kritzinger. „Voting at 16: Turnout and the Quality of Vote Choice“. *Electoral Studies 31 2012*. 372–383.

Woidke, Dietmar. <http://machs-ab-16.de/waehlen-ab-16/waehlen-ab-16-brandenburg>. 2011.

Zeglovits, Eva. „Voting at 16? Youth suffrage is up for debate“. *European View (12) 2 2013*. 249–254.

Zeglovits, Eva, und Martina Zandonella. „Political interest of adolescents before and after lowering the voting age: the case of Austria“. *Journal of Youth Studies 16 2013*. 1084–1104.

Zeglovits, Eva, und Steve Schwarzer. „Aktive Bürger/innenschaft – Politische Partizipation von Jugendlichen in Österreich“. Hrsg. Bundesministerium für Wirtschaft *6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich*. 2011. 255–273.

In a Nutshell

Voter turnout in Germany has been declining for years at all levels of government, damaging democracy and intensifying political inequality. The socially disadvantaged milieus of our society, in particular, are participating less and less in the process of political decision-making. Regarding this issue, the Bertelsmann Stiftung studies on the 2013 federal elections in Germany and the 2015 parliamentary elections in the city-states of Hamburg and Bremen demonstrate that the results of our elections are no longer socially representative. In fact, Germany has become a socially divided democracy.

This problem of non-voting has been downplayed for a long time. However, in the meantime, a political and public debate has started on how it might be possible to stabilize voter participation in Germany, to increase it and, more than anything, to make it once again less socially selective. The Bertelsmann Stiftung wants to be part of this debate, and a first step in this effort is the study “Voting from 16 – Thoughts on how to boost voter participation.”

This study has three parts. Using five key messages, **the first part** describes how and under which preconditions voting from 16 can make a contribution to boosting voter participation and keeping it there. The number of young individuals entitled to vote as a share of the overall population has been declining for years. At the same time, their turnout at elections has been below average and especially socially selective. Already today, they are distinctly underrepresented in election results. Via age and cohort effects, the participation rate of young voters also determines the level of overall voter participation. Thus, if nothing changes, over the long term, a continually sinking level of first-time voter participation will lead to continually sinking overall voter turnout.

Still, the analyses also show that first-time voter participation can likewise prove to be a strategic lever for boosting overall voter turnout. In the long run, raising first-time voter participation by just a third leads to a resurgence in overall turnout of some 80 percent. Indeed, mobilizing first-time voters can not only get, but also keep participation higher.

Precisely this mobilization would be initiated by lowering the voting age. The fact is that only those who have a right to vote also have a need to inform themselves and make decisions. By having both a right to vote beginning at age 16 and actually participating in elections, young people will have a stronger and more stable interest in voting – and, therefore, be more motivated to habitually cast ballots in elections.

Still, voting from 16 isn't about simply flipping a switch. Instead, raising first-time voter participation can only work if it is accompanied by sustained measures aimed at mobilizing young people. The best place to have these suitable sustained measures is in schools. A representative survey recently conducted by the Allensbach Institute, a prominent opinion-research organization in Germany, shows just how high the level of acceptance is among most Germans for these kinds



of mobilization measures. The poll found that more than 8 in 10 (81 percent) of all young people and more than seven in 10 (61.5 percent) of all people in Germany are in favor of having voting be more strongly integrated into everyday school life.

The second part of this study analyzes experiences with lowering the voting age to 16 in Austria and three federal states of Germany: Bremen, Brandenburg and Hamburg. This analysis reveals that many of the common prejudices and arguments against lowering the voting age are actually based on myths. As it turns out, young people really are interested in politics, want to vote, can vote and can be motivated using targeted guidance measures. But experience also shows that boosting first-time voter participation requires giving young people some support and guidance.

When it comes to the weeks leading up to an election, short-term measures are appropriate for raising young people's levels of attentiveness, interest and motivation to participate in voting. For example, young people can be provided with facts related to the voting process and to the positions various political parties have on important issues. However, supporting them as they learn about and experience democratic principles, as well as enhancing their political competence in a lasting manner, requires long-term measures – in both their immediate social environments and their schools. In particular, this demands that practical democratic experience be firmly anchored in their everyday school lives and their classroom instruction.

The third part of the study presents the results of a simulated calculation of voter participation for the German federal elections between 2017 and 2049. The scenario projections and forecasts for long-term trends in voter participation in Germany show that a sustained increase in first-time voter participation would also boost overall voter participation in the long term. In fact, each time an age cohort votes for the first time, it continues to have a long-term effect via age and cohort effects. In the third section of this part, forecasts regarding voter participation up to the federal elections of 2049 are made using various mobilization and demobilization scenarios. In the baseline scenario, the model calculations predict a long-term trend of steadily decreasing voter participation that drops to just 68 percent for the 2049 federal election. The other scenario analyses show the following two things: first, that if first-time voter participation declines by roughly a third in the future, overall voter participation in Germany up to the 2049 federal election will plunge to just under 58 percent; and, second, if first-time voter participation instead rises by roughly a third in the future, it would lead to a long-term resurgence in voter participation to nearly 80 percent.



Über die Autoren

Prof. Dr. Robert Vehrkamp, Director des Programms „Zukunft der Demokratie“, Bertelsmann Stiftung. Studium der Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Neueren Geschichte in Bonn und Köln. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Witten/Herdecke. 2004 bis 2006 Mitglied des Präsidiums der Zeppelin University, Friedrichshafen; seit 2010 Professur für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Europäische Wirtschaftspolitik an der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) in Bielefeld. Seit 2003 bei der Bertelsmann Stiftung, u. a. als Projektleiter „Die Bundesländer im Standortwettbewerb“ und seit 2006 mit den Arbeitsschwerpunkten Politische Partizipation, Bürgerbeteiligung und Demokratie.



Dr. Niklas Im Winkel, Project Manager, Programm „Zukunft der Demokratie“, Bertelsmann Stiftung, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Professuren für Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik, für Medienökonomik und für experimentelle Verhaltensforschung an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg. Promotion zum Thema „Erhöht die Möglichkeit einer differenzierten Stimmabgabe den individuellen Wahlnutzen?“. Seit 2015 bei der Bertelsmann Stiftung mit den Arbeitsschwerpunkten soziale Spaltung der Wahlbeteiligung, empirische Analyse von Nichtwählermilieus und politische Partizipation von Jugendlichen.



Laura Konzelmann, Doktorandin am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Universität Mannheim. Studium der Sozialwissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. 2009 bis 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am MZES und am Lehrstuhl für Vergleichende Politische Verhaltensforschung an der Universität Mannheim. Verantwortlich für ein Forschungsprojekt zum Thema Auswirkungen des demographischen Wandels auf politische Einstellungen und politisches Verhalten in Deutschland.



Generation Wahl-O-Mat

Fünf Befunde zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie im Demographischen Wandel

In einigen medialen Debatten wurde bereits davor gewarnt, dass Deutschland zur Rentnerdemokratie wird, in der die Älteren das Sagen haben und die Interessen der Jüngeren in den Hintergrund rücken.

Doch wie unterschiedlich sind die Interessen der Generationen wirklich? Wer orientiert seine politischen Entscheidungen an einem langfristigen Zeithorizont und wer ist eher von den Anforderungen im Hier und Jetzt getrieben? Ändert sich daran etwas, wenn Menschen Kinder bekommen? Führt die sogenannte Rentnerdemokratie wirklich zu einer stärkeren Gegenwartsorientierung der Politik?

Die Studie „Generation Wahl-O-Mat: Fünf Befunde zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie im demographischen Wandel“ zeigt überraschende Ergebnisse auf diese Fragen: Zum einen erweist sich die weit verbreitete Annahme als Trugschluss, dass jüngere Menschen mit Blick auf ihren langfristigen Lebenshorizont mit einer größeren Zukunftsorientierung politische Abwägungen vornehmen. Das Gegenteil ist der Fall: Die ältere Generation, in der viele stabil in einer politischen Weltanschauung verankert sind, entscheidet politisch langfristiger und damit zukunftsorientierter als die Jüngeren.

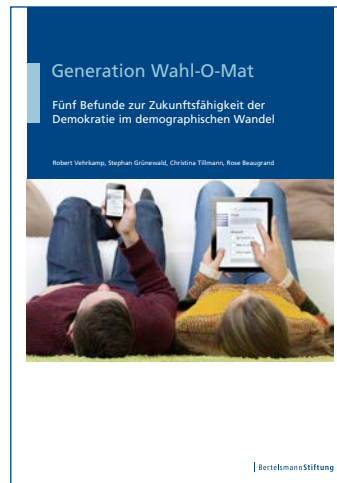


Für Rückfragen und Bestellungen:

Sandra Stratos

E-Mail: sandra.stratos@bertelsmann-stiftung.de

Telefon: +49 5241/81-81403



Robert Vehrkamp, Stephan Grünewald,
Christina Tillmann, Rose Beaugrand

Generation Wahl-O-Mat

Fünf Befunde zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie
im Demographischen Wandel

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2014

Die jüngere Generation urteilt hingegen themenspezifischer und situativer, so dass politische Abwägungen eher den konkreten eigenen Bedürfnissen im Hier und Jetzt folgen. Außerdem haben die AutorInnen herausgefunden, dass Menschen mit Kindern politisch nicht zukunftsorientierter als Kinderlose entscheiden. Sie sind in ihrer Unterstützung für spezifische politische Maßnahmen eher noch stärker in der Gegenwart verhaftet. Die zum Teil als erdrückend beschriebenen Anforderungen des Alltags haben Vorrang vor normativen Überlegungen und dem Wunsch nach einer langfristig sicheren und stabilen Welt für die eigenen Kinder.

Prekäre Wahlen – Hamburg

Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2015

Nie zuvor gaben in Hamburg bei einer Bürgerschaftswahl so wenige Bürger ihre Stimme ab wie 2015 (56,9 Prozent). Sozial prekäre Stadtteile sind zu Nichtwähler-Hochburgen geworden. Die vorliegende Studie belegt die soziale Spaltung der Hansestadt. Das Wahlergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl ist sozial nicht repräsentativ. Zu diesem Ergebnis kommt diese Studie der Bertelsmann Stiftung. Von den mehr als 560.000 Wahlberechtigten, die am 15. Februar 2015 auf ihre Stimmabgabe verzichteten, kommen überproportional viele aus sozial schwachen Milieus.

Die aktuelle Wahlanalyse bestätigt ein Resultat früherer Studien der Bertelsmann Stiftung: Je prekärer die soziale Lage eines Stadtviertels, desto weniger Menschen gehen wählen. In den Hamburger Nichtwähler-Hochburgen wohnen fast 36-mal so viele Haushalte aus sozial schwächeren Milieus, fünfmal so viele Arbeitslose und doppelt so viele Menschen ohne Schulabschluss wie in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung.

Die Beteiligung an der diesjährigen Bürgerschaftswahl in den 103 Hamburger Stadtteilen wies eine nochmal höhere Spreizung auf als bei der vergangenen Bundestagswahl 2013.

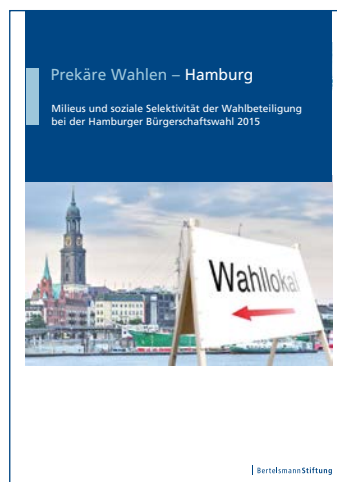


Für Rückfragen und Bestellungen:

Sandra Stratos

E-Mail: sandra.stratos@bertelsmann-stiftung.de

Telefon: +49 5241/81-81403



Robert Vehrkamp, Christina Tillmann

Prekäre Wahlen – Hamburg

Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2015

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2015

Damals lagen gut 30 Prozentpunkte zwischen den zehn Stadtteilen mit der höchsten und denen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung. In diesem Jahr hingegen betrug der Abstand mehr als 35 Prozentpunkte. Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl ist damit sozial noch weniger repräsentativ als das Hamburger Wahlergebnis der Bundestagswahl. Als Hauptursache der drastisch sinkenden und ungleichen Wahlbeteiligung benennt die Studie die zunehmende soziale Spaltung und die räumliche Segregation der Hamburger Stadtgesellschaft.

Prekäre Wahlen – Bremen

Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bremischen Bürgerschaftswahl 2015

Bei der Bremischen Bürgerschaftswahl fiel die Wahlbeteiligung mit 50,1 Prozent auf einen neuen historischen Tiefstand. Sozial prekäre Ortsteile werden zu Nichtwähler-Hochburgen. Die Verankerung der Parteien in den Nichtwähler-Milieus erodiert. Eine aktuelle Studie belegt die soziale Spaltung des Bremer Landesparlaments.

Das Wahlergebnis der Bremischen Bürgerschaftswahl ist sozial nicht repräsentativ. Von den fast 244.000 Wahlberechtigten, die am 10. Mai 2015 auf ihre Stimmabgabe verzichteten, kommen überproportional viele aus sozial benachteiligten Milieus.

Die Bremer Wahlanalyse bestätigt die Resultate früherer Studien der Bertelsmann Stiftung: Je prekärer die soziale Lage eines Stadtviertels, desto weniger Menschen gehen wählen. Verglichen mit den Ortsteilen, die die höchste Wahlbeteiligung verzeichneten, gehören in den Bremer Nichtwähler-Hochburgen fast zwölf Mal so viele Haushalte zu sozial schwächeren Milieus, in diesen Stadtteilen leben nahezu vier Mal so viele Arbeitslose und doppelt so viele Menschen ohne Schulabschluss. Infolge dessen sind die sozio-ökonomisch schwächeren Milieus im Ergebnis der Bürgerschaftswahl deutlich unterrepräsentiert.



Für Rückfragen und Bestellungen: Sandra Stratos

E-Mail: sandra.stratos@bertelsmann-stiftung.de
Telefon: +49 5241/81-81403



Robert Vehrkamp, Christina Tillmann

Prekäre Wahlen – Bremen

Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bremischen Bürgerschaftswahl 2015

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2015

Als Hauptursache der drastisch sinkenden und ungleichen Wahlbeteiligung lassen sich die zunehmende soziale Spaltung und die räumliche Segregation der Bremer Stadtgesellschaft benennen. Ferner verfestigen sich die sozial prekären Ortsteile immer mehr zu Nichtwähler-Hochburgen, in denen die Verankerung der Parteien zunehmend erodiert.

Gespaltene Demokratie

Politische Partizipation und Demokratie- zufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013

Die Wahlbeteiligung in Deutschland wird auf lange Sicht weiter sinken. Vor allem einkommensschwache und bildungsferne Teile der Bevölkerung verabschieden sich aus der aktiven Teilhabe an Demokratie. Wahlenthaltung geschieht jedoch weniger aus Frust oder Protest: Nicht nur werden die Deutschen Jahr für Jahr zufriedener mit der Demokratie und dem politischen System in ihrem Land, sie finden auch, dass die Parteien sich heute deutlicher unterscheiden als vor zehn Jahren. Stärkste Ursache für Wahlmüdigkeit ist vielmehr Gleichgültigkeit – je geringer der Sozialstatus und je größer das politische Desinteresse im Freundeskreis, desto weniger wahrscheinlich wird der Gang zur Wahlurne.

In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland mündete Desinteresse an Politik oftmals nicht in der Wahlenthaltung, weil das freie Wahlrecht damals noch stärker als staatsbürgerliche Pflicht verstanden wurde. Heute findet die Nichtwahl vor allem in den jüngeren Generationen breite gesellschaftliche Akzeptanz.

Die vorliegende Studie basiert auf Zeitreihenanalysen des Partizipationsverhaltens in Deutschland sowie einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung und des Instituts



Für Rückfragen und Bestellungen:

Sandra Stratos

E-Mail: sandra.stratos@bertelsmann-stiftung.de

Telefon: +49 5241/81-81403



Thomas Petersen, Dominik Hierlemann,
Robert B. Vehrkamp, Christopher Wrátil
Gespaltene Demokratie
Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit
vor der Bundestagswahl 2013

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2013

für Demoskopie Allensbach. In der Zeit vom 27. März bis zum 12. April 2013 wurden insgesamt 1.548 Personen mündlich-persönlich („face-to-face“) befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Quotenverfahren, die Stichprobe ist damit für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland repräsentativ.

Impressum

© 2015 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Prof. Dr. Robert Vehrkamp
Dr. Niklas Im Winkel

Redaktionsassistentz

Gaëlle Beckmann
Sandra Stratos

Titelfoto

Schüler üben die Demokratie -
Vier Klassenstufen des Kollegs
St. Blasien nehmen an der
Juniorwahl 2013 teil.
Fotograf Sebastian Barthmes,
St. Blasien

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Druck

Matthiesen Druck, Bielefeld

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Prof. Dr. Robert Vehrkamp
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81526
Fax +49 5241 81-681526
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Niklas Im Winkel
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81263
Fax +49 5241 81-681263
niklas.imwinkel@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de